Heute auf Seite 3: Gegen das Vergessen

Das Ostpreußenblatt



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Jahrgang 51 – Folge 36 | Erscheint wöchentlich Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt | 9. September 2000 | Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Parkallee 84/86, 20144 Hamburg | C 5524

Zum Tag der Heimat:

Eine kalte Dusche

Über Kanzler Schröders Rede in Berlin

Von WILHELM v. GOTTBERG, Sprecher der LO

Im August wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen 50 Jahre alt. Politiker aller Parteien haben dieses beispielhafte Friedens- und Versöhnungsdokument immer wieder gebührend gewürdigt. Der diesjährigen zentralen Auftaktveranstaltung des BdV zum Tag der Heimat – wie immer in Berlin durchgeführt – wurde besondere Aufmerksamkeit zuteil, weil erstmalig ein SPD-Bundeskanzler die Festansprache hielt. Im Vorfeld der Veranstaltung konnte Schröder freundlicher Aufmerksam gewiß sein, hatte doch sein Kabinettsmitglied, Innenminister Schily, im Mai vorigen Jahres beim Tag der Heimatvertriebenen in einer großen Rede eingestanden, daß die SPD und die SPD-geführten Bundesregierungen bisher vom Leid und dem erlittenen Unrecht der Heimatvertriebenen kaum Kenntnis genommen haben.

Minister Schily hatte damit einen auf die Innenpolitik zielenden Normalisierungsprozeß eingeleitet, der überfällig war.

Das Wort des Bundespräsidenten „Versöhnen statt spalten" mag ihm Richtschnur gewesen sein.

Die Vertriebenen im BdV und den Landsmannschaften hatten gehofft, daß der Kanzler nunmehr die Gelegenheit nutzen werde, die noch vorhandenen Gräben zwischen SPD und den wahren Ostdeutschen endgültig einzuebnen. Wenig wäre dazu erforderlich gewesen.

Der Kanzler sprach vor 1500 heimatvertriebenen Landsleuten, die zwar alle ihr schweres Vertreibungsschicksal gemeistert hatten, gleichwohl aber zu einem großen Teil bis heute traumatisiert sind. Mitfühlende Worte für ihr Schicksal, zum Ausdruck gebrachte Trauer für die 2,5 Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung, die Anerkennung, daß die Heimatvertriebenen überproportional Anteil hatten am Wiederaufbau der Bundesrepublik, und auch das Eingeständnis, daß die Integration der Ostdeutschen und der aus Südosteuropa stammenden Deutschen in der Bundesrepublik zumindest in Teilen bis heute nicht abgeschlossen ist, das wären Aussagen gewesen, mit denen Schröder die Herzen seiner Zuhörer gewonnen hätte.

> **Der ungeheure geistige und materielle Verlust durch die Fremdverwaltung blieb unerwähnt**

Wenn er darüber hinaus, wie das der Schlußredner Prof. Arnulf Baring tat, den ungeheuren geistigen und kulturellen Verlust thematisiert hätte, den Deutschland nach dem Kriege durch die Abtretung eines Viertels seines Staatsgebietes hat erleiden müssen, dann – daran kann es keinen Zweifel geben – wäre Schröder mit stehendem Applaus verabschiedet worden.

So gut wie nichts von alledem kam über des Kanzlers Lippen. Gewiß, er kam nicht umhin, der Charta Respekt zu zollen. Hier konnte er nicht hinter die früher gesetzten Maßstäbe zurückfallen. Er machte auch deutlich, daß die Vertreibung Unrecht gewesen sei und keine vorangegangenen Ereignisse eine Rechtfertigung für die Massenaustreibung sein können. Gleichwohl aber beschwor er die gängige These, wonach die Vertreibung und der Gebietsverlust im Osten die Folge ungeheuerlicher NS-Verbrechen gewesen sei.

Darüber hinaus füllte Schröder seine Redezeit mit apodiktischen Feststellungen wie etwa dem Hinweis, die Heimatgebiete der Vertriebenen lägen nunmehr in Polen, Tschechien, Rußland oder Litauen. Worthülsen und Plattitüden fanden sich reichlich in des Redners Ausführungen. Er befürworte den Dialog mit den Vertriebenen, aber dies müsse ehrlich, offen und aufrichtig geschehen. Die Vertriebenenkultur werde auch von seiner Regierung gefördert, aber ohne Heroisierung der Leistung der früheren Bewohner der verlorengegangenen Gebiete. Er begrüße, daß sich der BdV von der extremistisch durchsetzten Jungen Landsmannschaft Ostpreußen distanziert habe, aber er müsse daran erinnern, daß die Vertriebenen 1970, seit Beginn der Brandtschen Versöhnungspolitik sich von falschen Beratern haben instrumentalisieren lassen. Er nannte keine Namen, kann damit aber nur Czaja, Hupka und Rehs gemeint haben.

Schließlich hob er positiv hervor, daß unsere Generationen sich befreien konnten „von der unsinnigen Gleichsetzung ‚Verzicht sei Verrat'", wobei er wohlweislich verschwieg, daß diese These aus dem von Herbert Wehner, Erich Ollenhauer und Willy Brandt unterzeichneten Aufruf der SPD zum Schlesier-Treffen vom 7. bis 9. Juni 1963 stammte. Damals hieß es dort: „Breslau – Oppeln – Gleiwitz – Hirschberg – Glogau – Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern ..."

Resümierend ist festzustellen, daß der Kanzler bei seinem Auftritt vor den Heimatvertriebenen ein erschreckendes Maß an Nichtwissen, aber auch an Nicht-wissen-Wollen offenbarte.

Schröder sprach zum Schluß seiner Rede das von den Vertriebenenverbänden geforderte Zentrum gegen Vertreibung an. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß ein derartiges Zentrum in Berlin wohl überflüssig sei, weil es zahlreiche dezentrale Einrichtungen der Vertriebenenkultur gäbe, wo man das gewünschte noch einbauen könne. Dabei trat zutage, daß auch Schröder an der Verlogenheit des politischen Systems in der Bundesrepublik teilnimmt. Er weiß genau, daß die von ihm geführte Bundesregierung in diesem Jahr durch den Entzug der finanziellen Förderung zahlreichen Einrichtungen der Vertriebenenkultur den Todesstoß versetzt.

Des Kanzlers Auftritt vor den Vertriebenen im Berliner Konzerthaus am Gendarmenmarkt war weder wohlwollend noch pragmatisch, noch opportunistisch, sondern nur kaltherzig und dumm. Was mag er für Berater haben?



Brachte sich in seiner Berliner Rede in Gegensatz zu seiner Parteitradition: Gerhard Schröder hier mit BdV-Präsidentin Erika Steinbach

Foto dpa

Einrede / Von Peter Fischer

Die Erfahrung lehrt, daß niemand leidenschaftlicher sein Tun zu legitimieren trachtet, als der, der in seinen tieferen seelischen Schichten die größten Zweifel an eben diesem Tun verspürt. Als auf dem Höhepunkt stalinistischer Machtausübung die klassenfeindlichen Übeltäter in die vermeintliche Öffentlichkeit der Gerichtssäle geführt und ihre „Verbrechen" reumütig und unter Tränen gestanden, bekam anschließend die Meute der zitierten „parteilichen" und „klassentreuen" Journalisten grünes Licht, um die „Konterrevolutionäre" in den publizistischen Rufmord zu treiben. Seltsam genug, daß niemand Raum für Differenzierungen fand, die selbst die marxistische Doktrin mit ihrer „Milieutheorie" gewährte. Und auch, daß anderntags keiner wenigstens halblaut Zweifel an den so laut unter dem Motto der Rechtmäßigkeit geführten Verurteilungen äußerte.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, die Urteile gegen die drei jugendlichen Verbrecher, die einen Afrikaner in Dessau ermordet hatten, waren notwendig, um mit Nachdruck gegen jegliche Art von krimineller Energie vorzugehen, die eventuell vermeint, auch nur ansatzweise über Menschenleben wie in einem beliebigen US-Kriminalfilm verfügen zu können. Dennoch bleibt für den wacheren Zeitgenossen ein denkwürdig ungutes Gefühl zurück, wie immer wieder beiläufig in öffentlichen Verkehrsmitteln oder im Kaufladen um die Ecke zu erfahren ist.

Dabei gibt es nirgendwo Sympathie für jene jungen Leute, die sich mit ihren kurzen Haaren und ihrem klobigen „Ledernacken"-Gehabe demonstrativ aus dem gewohnten mitteleuropäischen Milieu herausheben und einer offenkundigen Kraftmeierei frönen, die keinerlei Hoffnung auf eine irgendwie geartete geistig-politische Ausrichtung erkennen läßt. Was aber ganz offensichtlich die Stimme des Volkes erkennen läßt, ist, daß der unverhohlene Ordnungsruf, der derzeit in den Medien gegen jene Täter erhoben wird, nun auch strikt gegenüber anderen Kriminellen gelten solle. Da ist der Kaufmann aus dem Edeka-Laden, der darüber klagt, daß Jugendliche zumeist ungestraft Dinge entwenden. Da ist der Hausbesitzer, der Beschwerde führt, daß Farbsprüher seine frisch gestrichenen Hauswände besprühen, ohne daß entsprechend ermittelt wird, und da ist schließlich der politisch aufmerksame Bürger, der sich darüber empört, daß noch der augenfälligste finanzielle Unterschleif eines Politikers bagatellisiert und nicht geahndet wird.

Ist es nicht so, daß jede spektakuläre Mordtat, die in der Regenbogenpresse mit ausgeprägtem Sinn für Grusel und Geschäft breit ausgewalzt wird, eine gleichsam intellektuelle Kommentierung in der „gehobenen Illustriertenwelt" erfährt. Der Mordbube gerät dann alsbald zu einem eher bedauernswerten Opfer sozialer Umstände, die gewöhnlich unspezifisch „die" Gesellschaft zu verantworten hat. Warum, und dies ist die entscheidende Frage in dieser seit nunmehr Wochen nicht nur das Sommerloch, sondern auch all-

Kein Sonderbewußtsein

György Konrad, Präsident der Berliner Akademie der Künste, der schon lange vor dem Fall der Mauer ein schlüssiges Modell Mitteleuropa propagiert hatte, rief nun zu einer umfassenden Würdigung aller durch Krieg und Gewalt zu Tode gekommenen Menschen auf. Es dürfe kein Sonderbewußtsein geben, sondern jedem in „der Mitte Europas" sei ein „eigenes Leid beschieden" gewesen, jeder „habe etwas, was er in das Buch der Verletzungen eintragen könnte". Unter deutlicher Anspielung auf den Balkan-Krieg und die damit verbundene Zerstörung der Neusatzer Brücke meinte er, es sei schwierig, dieses Zerstörungswerk „mit edlen Ideen zu rechtfertigen". Der Autor hatte zuvor gegen das geplante Holocaust-Denkmal polemisiert und Besucher aufgefordert, den Platz zu meiden. **P. F.**

DIESE WOCHE

Keine Verbündeten
Warum Klaus Rainer Röhl in Münster nicht sprechen durfte 2

Bürgerrechte
Staatsanwaltschaft stellte Verfahren ein 4

Wahl-Sonntag
In Serbien stellt sich die Politik den Bürgern 5

Geschichte zum Anfassen
Interview zum Tag des offenen Denkmals 9

Ausnüchterungszellen
Königsberg: Es gibt immer mehr verwahrloste Jugendliche 13

Freundschaften geknüpft
Kinderfreizeit des BdV-Landesverbandes Thüringen 23

Der Dämon Inflation
Die Geschichte des Geldes (II): Zweimal war alles weg 24

mählich den Rechtsstaat überdeckenden Kampagne, wird bei diesen Tätern von Dessau nicht auch nach dem Milieu geforscht? Warum gilt hier nur brutale, nackte Gewalt, wo sonst übergroße oder gänzlich fehlende Mutterbindung, Vaterlosigkeit oder gefühlsarmer Ehemann mildernd als entlastendes Argument angeführt wird.

Es kann doch keine Zweifel darüber geben, daß die demonstrative Kranzniederlegung des Bundeskanzlers am Grab des ermordeten Afrikaners in Dessau eine Geste ist, die, wie billig, nunmehr auch für jedes anderen Opfer einer Mordtat verlangt werden könnte. Die Einrede Kanzler Schröders, „ohne den Richtern zu nahe treten zu wollen", hätten sie ein angemessenes Strafurteil gefällt, tritt ausschließlich und schwerwiegend dem Rechtsstaat und seinen unabhängigen Richtern zu nahe. Wenn schon solidarische Akte, die sich bei Kanzlers Einrede allemal indirekt auf die Gerichte auswirken, dann doch auch bei der Strafverfolgung der SED-Spitzel, der Mauermörder, der dubiosen Strippenzieher hinter den innerdeutschen Kulissen vom Range eines Schalck-Golodkowski, bei den Parteispendenaffären ...

Und es fiel noch etwas unangenehm auf: ein evangelischer Pastor der Landeskirche von Anhalt, der sich offenbar im Soge der Gut- und Schlechtmenschenschablonerie vollständig auf der besseren Seite dieser Welt zu befinden vermeinte, gab ausdrücklich seine Genugtuung zu diesem Urteil vor laufender Kamera kund. Nicht, daß er im Sinne eines Freispruches plädieren sollte, sondern daß er kein Wort des Seelentrostes auch für die jugendlichen Täter fand, ist ein Symptom für den geistlich vollkommen verfahrenen Zustand unserer protestantischen Kirchen. Denn das Besondere, das Herausgehobene dieser Botschaft, gilt allemal den Sündern. Davon abgesehen: Die Sympathisanten, die tätigen Urheber, die das verworfene weltliche Räderwerk erst in Gang gesetzt haben, haben gewiß ihren Lohn schon längst dahin ...

www.ostpreussenblatt.de
Benutzername/User-ID: **ob**
Kennwort/PIN: **7102**

Münster:

Redefreiheit ohne Verbündete

Jetzt sind die Antikommunisten dran: Warum Röhl nicht sprechen durfte

Am morgigen Sonntag sollte der Journalist Klaus Rainer Röhl im Festsaal des Münsteraner Rathauses zum Tag der Heimat sprechen. Geladen hatte der BdV-Kreisverband der westfälischen Stadt. Röhl, regelmäßiger Kolumnist der „Welt am Sonntag", Mitarbeiter der „Welt", des „Rheinischen Merkurs", der „Frankfurter Allgemeinen" und *Ostpreußenblatt*-Autor wird nicht reden. Eine von Linksextremisten angezettelte Kampagne hat es verhindert.

Angestoßen wurde die Attacke gegen Röhl von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten", kurz VVN/ BdA. Die VVN wurde nach dem

SPD-Fraktionschef als „Stichwortgeber des linken Mobs"

Krieg von der KPD gegründet. Selbst der aktuelle Verfassungsschutzbericht stellt klar: „Die VVN/BdA beteiligt sich – z. T. führend – an zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen mit linksextremistischen Zusammenschlüssen; dabei bestätigte sie erneut ihre ‚offene Bündnispolitik' gegenüber gewaltbereiten Antifa-Gruppen". Aktive und ehemalige Mitglieder der DKP seien in der VVN „weiterhin politisch tonangebend".

In einem offenen Brief an Oberbürgermeister Berthold Tillmann ereiferte sich jene VVN nun, Röhl sei „durch zahlreiche rassistische und revanchistische Artikel" aufgefallen und dürfe deshalb kein Forum im Rathaussaal bekommen. SPD-Fraktionschef Udo Reiter schlug umgehend in die Kerbe der Linksextremen und forderte die „unverzügliche Absage" der Veranstaltung.

Der eigentliche Grund für die Hetze dürfte in Röhls Biographie liegen: Er war einst Herausgeber des linken Magazins „konkret" und heiratete in den 60er Jahren die damalige Redakteurin Ulrike Meinhof. Erschrocken über deren Abgleiten in den Terrorismus vollzog Klaus Rainer Röhl einen radikalen Bruch mit der radikalen Linken und wurde zum scharfen Kritiker des Kommunismus. Dadurch zog er sich den fanatischen Haß der Linksextremen zu. Zur Rolle des SPD-Fraktionsvorsitzenden meint Röhl: „Herr Reiter macht sich zum Stichwortgeber des linken Mobs."

CDU-Bürgermeister Tillmann sah nach dem Brief der VVN umgehend „Beratungsbedarf" und wirkte offenbar derart auf den BdV-Kreisverband Münster-Stadt ein, daß dieser schließlich auf die Röhl-Rede verzichtete. Man mag Verständnis haben, daß die örtlichen BdV-Repräsentanten angesichts der geballten Front von Linksextremisten, SPD-Fraktion und CDU-Bürgermeister überfordert waren. Dennoch ist in Münster das falsche Signal gesetzt worden.

Politische Fanatiker wie die VVN-Genossen und ihre Helfer und Stichwortgeber in den Parteien wollen sich nicht mit Andersdenkenden inhaltlich auseinandersetzen. Sie wollen sie politisch auslöschen. Ihre als Kritik getarnte Hetze dient allein diesem Ziel. Jeder Erfolg in diesem finsteren Feldzug wird bloß als Ermutigung gewertet, nächstes Mal noch einen Schritt weiter zu gehen oder andernorts das gleiche zu versuchen. Andere BdV- oder Landsmannschaftsgliederungen werden das Beispiel von Münster zu spüren bekommen. Die Freiheit in Deutschland hat eine Niederlage erlitten.

Das Vorgehen der Linksextremen folgt einer einfachen Parole: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" – so die (schon öfter gebrauchte) Losung einer Antifa-Demo vergangenen Sonntag in Hamburg (siehe Foto Seite 3). Wer „Faschist" ist, wollen, wie das aberwitzige Beispiel Röhls zeigt, die Radikalen willkürlich selbst bestimmen. Auf diese Weise fordern sie das Recht ein, jede ihnen unbequeme Meinung als „Verbrechen" zu stempeln – und die sind bekanntlich verboten.

Was uns da begegnet, ist Stalinismus reinsten Wassers, der mit Hilfe der Vokabel „Antifaschismus" die Unterstützung selbst breitester bürgerlicher Kreise erringen konnte.

So ist es gelungen, die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu dem von den extremen Linken schon immer geforderten Vernichtungsfeldzug gegen alles Rechte umzufunktionieren. Selbst die CDU kämpft jetzt offiziell pauschal „gegen rechts".

Den Linksextremisten und ihren Helfern darf nicht nachgegeben werden. Daher hat sich das *OB* kurzfristig entschlossen, die verhinderte Rede Röhls in Münster auf Seite 3 dieser Ausgabe (aus Platzgründen etwas gekürzt) abzudrucken.

Hans Heckel

„Ende der Diskussion"

Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien

Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von „Zeit", „Süddeutscher Zeitung", „Spiegel", „Stern" und „Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über „Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.

Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein *„The Holocaust Industry"* ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch. Wieder einmal – wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte – konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. So veröffentlichte Finkelstein seine Goldhagen-Kritik zunächst im linken Londoner Theorie-Organ „New Left Review". Auch sein neuestes Buch erschien in dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Londoner Verlag „Verso", dessen Veröffentlichungen traditionell linksaußen angesiedelt sind.

Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein – nicht nur in Deutschland –, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die „Jewish Claims Conference" (JCC) massiv kritisiert.

In den USA fand eine offene Diskussion des Buches kaum statt. In Großbritannien dagegen begann schon bald eine breit angelegte Debatte, an der sich der linksliberale „Guardian" ebenso beteiligte wie der „Observer" oder die „Sunday Times". Diese englische Diskussion veranlaßte offenbar die linksbürgerliche, aber geistig unabhängige „Berliner Zeitung", sich Ende Januar 2000 dieses brisanten Themas in einer zweiteiligen Serie erstmals in Deutschland anzunehmen. Die JCC ließ kurz darauf über die „Welt am Sonntag" die dort geäußerten Vorwürfe Finkelsteins kurz, aber heftig dementieren. Daraufhin folgte eine einmonatige Funkstille zu diesem

Erstmals wurde ein Absprache-Kartell der Medien gebrochen

Thema. Am 5. März wurde ein Interview Finkelsteins mit der Zürcher „Sonntagszeitung" veröffentlicht. Zu jener Zeit tobte sowohl in den USA als auch in Israel eine lebhafte interne Debatte um die Verteilung der zehn Milliarden Mark für die Zwangsarbeiter, in deren Verlauf Finkelstein erneut die JCC scharf angriff; Angriffe, denen sich auch Abgeordnete des israelischen Parlaments, der Knesset, anschlossen. Große Resonanz fand dies in der deutschen Presse nicht. Über Finkelsteins Buch herrschte fast ein halbes Jahr eisiges Schweigen bei der deutschen Presse. Erst Ende Juli, nachdem die Debatte in Großbritannien immer intensiver geworden war und auch einige kleinere nonkonforme Publikationen in Deutschland berichteten, ging die „Welt" mit Finkelstein ins Gericht. Tenor: „Obwohl sich Finkelstein als bissigster Kritiker der Holocaust-Industrie profiliert, profitiert er zugleich von ihr." Das hätte eigentlich schon das Ende der Diskussion sein sollen. Aber überraschenderweise kam wenige Tage später die linksliberale „Woche" mit zwei durchaus wohlwollenden Folgen über das Anliegen Finkelsteins. Als kurz darauf auch noch Ulrich Wickert in seinen ARD-„Tagesthemen" verschiedene Meinungen zu dem Thema zuließ, war das Schweige-Verdikt der Links-Presse endgültig gebrochen.

Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte. Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.

Hans B. v. Sothen

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil:
Peter Fischer

Politik, Zeitgeschehen, Feuilleton, Leserbriefe: Peter Fischer; Hans Heckel; **Wehrwesen, Geopolitik:** Generalmajor a. D. Gerd H. Komossa (Freier Mitarbeiter); **Kultur, Unterhaltung, Frauenseite:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Literatur:** Hans B. v. Sothen; **Heimatkreise, Landsmannschaftliche Gruppen, Aktuelles:** Maike Mattern; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt (Freier Mitarbeiter).

Ständige Mitarbeiter: Alfred v. Arneth (Wien/Bozen), Wilfried Böhm (Melsungen), Jürgen Mathus (Bonn), Dr. Jaroslav Opočenský (Prag), Willy Fehling (Berlin).

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2000 Bezugspreis Inland 13,20 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 16,60 DM monatlich, Luftpost 23,10 DM monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (0 40) 41 40 08-0
Telefon Red.-Sekretariat (0 40) 41 40 08-32
Fax Redaktion (0 40) 41 40 08 50
Telefon Anzeigen (0 40) 41 40 08 41
Telefon Vertrieb (0 40) 41 40 08 42
Fax Anzeigen und Vertrieb (0 40) 41 40 08 51
http://www.ostpreussenblatt.de
E-Post:
redaktion@ostpreussenblatt.de
anzeigen@ostpreussenblatt.de
vertrieb@ostpreussenblatt.de
landsmannschaft@ostpreussenblatt.de

Kommentare

Endstation

Die Partei „Bund Freier Bürger", die von ihren Kritikern frühzeitig und spöttisch „Professoren- und Doktorenpartei" genannt wurde, wird sich zum Jahresende auflösen. Das Ziel, die Einführung der ständig chronisch schwachen Euro-Währung zu verhindern, wurde nicht nur deswegen verfehlt, weil die Partei noch in den Anfängen stand, sondern auch deswegen, weil das Ziel politisch gewollt war. Doch bekanntlich setzten sich die regierenden Parteien ohnehin über den deutlich bekundeten Volkswillen hinweg. Am Ende bleibt nur die spekulative Nachbetrachtung, ob nicht die Gründung schon Folge eines einfachen blau-weißen Rechenspiels war: 2 x 3 ergibt 6, aber weniger als 1 x 5,1.

P. F.

Sammelpunkt Sylt?

Die Dänen reagieren zunehmend empfindlich auf das Verhalten mancher der in ihr Land strömenden Asylbewerber, obgleich ihre Zahl pro tausend Einwohner verglichen mit Deutschland minimal ist. Sie wollen sich nicht gewöhnen an allerlei absonderliche Gebräuche, die die vielscheckige Völkerschar mitbringt in ihr idyllisches Land. Besonders dort, wo die Asylbewerber in Zentren auf die Prüfung ihrer Anträge warten, erfahren die Dänen von ganz anders gearteten Auffassungen von persönlichem Eigentum, als sie in dem skandinavischen Inselstaat üblich sind. Systematisch bestehlen Banden die Ladengeschäfte und brechen in die behaglichen dänischen Wohnungen ein. So wächst das Problem der Bandenkriminalität von Asylbewerbern den dänischen Behörden über den Kopf, wie es dänische Zeitungen ausdrücken.

Daraufhin hat die Sozialdemokratische Innenministerin Jespersen die Initiative ergriffen und eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Maßnahmen gegen kriminelle Asylbewerber entwickeln soll. Sie selbst hat auch gleich einen Vorschlag gemacht: Asylbewerber sollten auf einer dänischen Insel isoliert werden, bis entschieden ist, ob sie tatsächlich als politisch Verfolgte anerkannt werden und in Dänemark bleiben dürfen oder ob ihr Antrag abgelehnt wird und sie Dänemark verlassen müssen.

Die Liberale Venstre Partei und die Dänische Konservative Partei haben den Vorschlag der Innenministerin bereits befürwortet.

Was eine Innenministerin, die zudem noch Sozialdemokratin ist und aus einem Land stammt, das eine längere demokratische Tradition hat als die Bundesrepublik Deutschland, was eine solche nahezu perfekte Politikerin anregt, kann nicht falsch sein. Und so ist anzunehmen, daß auch unsere Rot-Grünen die aus Dänemark kommende Idee verinnerlichen und sie nicht etwa als ausländerfeindlich diskriminieren. Ein hilfreicher Ratschlag sei gegeben: Wie wäre es mit Sylt als deutschem Sammelpunkt für Asylbewerber?

Der Hindenburgdamm wäre leicht von friesischen Freiwilligen zu bewachen. Auf der schönen Insel könnten all die betuchten Prominenten aus Politik, aus der Welt der Zeitungen und des Fernsehens, die dort ihre idyllischen strohbedeckten Datschen haben und die mit dafür verantwortlich sind, daß wir eine multikulturelle Gesellschaft solcher Prägung haben, am eigenen Leibe erfahren, wie es sich zusammenlebt mit den vermeintlichen Asylbewerbern.

H.-J. v. Leesen

Gegen das Vergessen

Eine Rede, die nicht gehalten werden durfte, weil Linksextremisten und ihre Helfer es nicht wollten / Von Klaus Rainer Röhl

Sind Vertriebene Nazis? Für ein paar autonome Schreier, die jeden noch so friedlichen Vertriebenen-Kongreß mit Parolen und Störversuchen begleiten, ja. Ostpreußen, Schlesier, Sudetendeutsche und Pommern, die gekommen sind, um einmal im Jahr die Erinnerung an ihre Heimat wachzuhalten, aus der sie einst – völkerrechtswidrig – vertrieben worden sind, sehen sich plötzlich Sprechchören „Faschisten raus!" ausgesetzt.

Das sind natürlich nur ein paar psychisch gestörte Krawallmacher, will man uns weismachen. Doch Vorsicht. Vieles, was in den Patientenkollektiven der armen (Halb-)Irren erdacht wird, landet ein paar Jahre später als Redesplitter bei der Bundestagspräsidentin, mindestens aber beim Altbundespräsidenten. Und neuerdings bei Rau. So zum Beispiel, daß alle Deutschen von Haus besonders gefährlich sind. Gerade wir als Deutsche. Sind aufgerufen. Müßten, sollten, dürfen nicht. Heimatrecht? Das ist ein heißes Eisen.

Nicht für Tibeter, Kurden, Bosnier, Kosowo-Albaner, Hutus und Tutsis. Besonders für Kosovo-Albaner nicht. Da ist unser Außenminister sehr streng. Der Verteidigungsminister auch. Besonders diese beiden konnten sich während des Kosovo-Krieges gar nicht mehr einkriegen vor lauter Empörung über die Vertreibung und die „ethnische Säuberung". Vertreibungsverbrechen. Ethnische Säuberung. Buchstäblich alle fünf Minuten tönten diese Worte aus dem Mund der Politiker und Pressesprecher, in allen Fernseh- und Rundfunksendungen, in Talkshowrunden und Zeitungskommentaren: Ethnische Säuberung und Vertreibung. Die Worte kommen plötzlich 1999 so selbstverständlich daher wie das Wort Wolken und Sprühregen. Oder – Krieg. Gegen die Vertreibung.

Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes (einer Ethnie) zu „säubern" wie eine Wohnung von Kakerlaken oder einen Keller von Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land, in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch „sauber".

Extremistische Stichwortgeber der Politik

Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.

Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So steht es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.

Gilt es auch für Deutsche?

13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet, Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechei sind seitdem, was die Deutschen anbetrifft, ethnisch sauber.

Doch die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linksliberalen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Ja – Pech gehabt.

Vertreibungsverbrechen sind zu verdammen. Gut so, Rudolf Scharping und Joschka Fischer. Aber wo ist die Empörung über die ethnische Säuberung von Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien und dem Sudetenland, der Vertreibung – und Ermordung von Millionen Landsleuten. Die Vergewaltigungen von rund zwei Millionen deutscher Frauen und Mädchen – zum Teil noch Kindern – war kein einmaliger spontaner Akt unmittelbar nach der Hitze des Gefechts, sie wurde von den Propagandisten wie dem Dichter Ilja Ehrenburg ausdrücklich gefordert, von den Militärbehörden geduldet. Über ein halbes Jahr lang wurden Hundertausende Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht vergewaltigt!

Und dennoch reichten die deutschen Vertriebenen die Hand zur Versöhnung. Zuerst waren es kirchliche Gruppen, Katholiken aus meiner Heimatstadt Danzig.

Und dennoch haben die deutschen Vertriebenen, vertreten durch ihre Organisationen, fünf Jahre nach dem Krieg, am 5. August 1950, die Charta der Vertriebenen veröffentlicht.

Doch in den Augen der Ostblockstaaten, ebenso wie in den Augen der deutschen Linken und Liberalen, blieben die Vertriebenen Revanchisten und Kriegshetzer, wenn nicht Schlimmeres. Heute, mehr als 50 Jahre nach der Charta, fragen sich manche Vertriebene, haben wir damals etwas falsch gemacht, waren wir zu schüchtern, haben wir uns vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt? War der „Verzicht auf Rache und Vergeltung" gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Gedächtnis? Vergessen? Vergessen das Leid, die Todesopfer und die erlittenen Demütigungen, der Lebenszeit und der erlittenen materiellen Verluste? Wird nicht nahezu an jedem Tag, unaufhörlich in allen Medien das deutsche Volk gemahnt, das maßlose Leid der unschuldigen Opfer des Hitler-Regimes nicht zu vergessen? Sind die Millionen ostpreußischer, pommerscher, schlesischer und sudetendeutscher Frauen und Kinder weniger unschuldig, nur weil sie Deutsche waren? Gibt es zweierlei Sorten von unschuldig Ermordeten und Zwangsarbeitern? Wird es nicht Zeit, daß auch von seiten der Tschechen und Polen ein Wort des Bedauerns fällt, die Menschenwürde der Vertriebenen und ihr Recht auf Heimat anerkannt wird? Gegen das Vergessen: Ist es nicht langsam Zeit, an die deutschen Vertriebenen zu denken, die Ermordeten, die Gequälten und Geschundenen, die oft in Lagern jahrelang Zwangsarbeit leisteten, von denen die meisten krank und gebrechlich geworden sind, viele schon gestorben sind und in den nächsten Jahren sterben werden, ohne daß auch nur ein Wort des Bedauerns fällt, auch nur eine Geste der Wiedergutmachung, geschweige denn eine Entschädigung überhaupt zur Diskussion gestellt wird? – Oder sollen nur jene Opfer entschädigt werden, die von New Yorker Anwälten wie Ed Fagan vertreten werden?

Ist es nicht allmählich auch für die deutschen Opfer der Gewalt das Ende der Bescheidenheit angesagt?

Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern und die prominente CDU-Politikerin Erika Steinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung ihres Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf Entschädigung für die erlittenen Enteignungen. Und – das ist der neueste, praktische Schritt der Sudetendeutschen Landsmannschaft in diesen Tagen des Mai, die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter aus dem Zukunftsfonds, einem Gemeinschaftsfonds der deutschen und tschechischen Regierung. Die Landsmannschaft hat 2000 Härtefälle ermittelt, die mit je 4000 Mark entschädigt werden sollen, eine symbolische Geste, nicht mehr, das fordern auch Frau Steinbach und der bayerische Ministerpräsident Stoiber.

Selbst die tschechische Zeitung „Mlada fronta" unterstützt die Forderung der Landsmannschaft, den deutschen Opfern tschechischer Gewalt eine symbolische Entschädigung zukommen zu lassen, aber die Linken und die Grünen befürchten eine schwere Verärgerung der Tschechen, und die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) behauptet (frech), Ziel des Antrages sei das „Hervorrufen schwerer außenpolitischer Verstimmung zwischen Berlin und Prag". („FAZ" 20. Mai 2000).

Vielleicht hätten die deutschen Heimatvertriebenen 1950 und in den vielen Jahren danach sich nicht immer nur entschuldigen sollen. Sondern auch um Entschuldigung der anderen Seite bitten. Die andere Seite, das waren damals Kommunisten, Anhänger eines Terrorregimes, Stalinisten. Warum sollten sich die heute in der Tschechei und Polen herrschenden Demokraten nicht entschuldigen für die Verbrechen bei der Vertreibung? Für die 2,2 Millionen Toten. Wäre das nur eine symbolische Geste ohne Bedeutung? Warum denn war der Kniefall Willy Brandts vor den Opfern deutscher Gewalt von solcher herausragenden Bedeutung? Wäre nicht nach diesem vielbewunderten Kniefall auch ein kleiner, verschämter Knicks vor den Millionen ermordeter deutscher Zivilisten angebracht? „Wer eine friedliche und auch freundschaftliche Nachbarschaft will, muß die Wunden säubern", sagt Frau Steinbach und fordert die Bundesregierung auf, darüber zu verhandeln.

Ein sehr realistischer Gedanke, mit großer Aussicht auf Erfolg, wenn die gewichtige Stimme Deutschlands in der Europäischen Union in die Waagschale geworfen wird. Denn der Wunsch der osteuropäischen Staaten, Mitglied im gelobten Euroland zu werden, ist außerordentlich, ihr Interesse daran, eines Tages am westeuropäischen Wirtschaftswunder und seiner neuen Währung (an die sie womöglich übertriebene Hoffnungen knüpfen!) teilzunehmen, schier unermeßlich. Ungarn hat auch bereits bescheidene Entschädigungsleistungen für die vertriebenen Ungarndeutschen beschlossen und damit ein Signal gesetzt, übrigens auch Rumänien und vor allem die baltischen Staaten Lettland und Estland, die sogar die Ansiedlung der ehemals deutschen Bewohner nicht nur erlauben, sondern auch fördern. Polen und die Tschechei aber mauern. Frau Steinbach: „Die Osterweiterung der EU ist eine nicht wiederkehrende Möglichkeit, Vertreibungsunrecht zu heilen."

Gibt es zweierlei Sorten unschuldig Ermordeter?

Doch bei manchen bundesdeutschen Politikern heißt es frisch-fröhlich und darwinistisch, das Problem löse sich bald von selber. Die Alten sterben ja weg. Ihre Kinder und Erben sollten, dank 68er Schulreformern, von Ostpreußen und Schlesien eigentlich gar nichts mehr wissen, und auch vom Sudetenland nichts. Ewiggestrige, Opas, die langsam aussterben, werden die Vertriebenen gern von ihren politischen Gegnern genannt. Doch das biologische Argument schlägt längst zurück. Alle werden alt. Eigentlich machen die sudetendeutschen Opas und Omas und die Oldies aus Ostpreußen vom Jahrgang 1928/29 im Fernsehen immer einen ganz passablen Eindruck – im Vergleich zu den medizinisch stark vorgealterten 68ern, meist mit Stirnglatze und wenigen strähniggrauen Haarresten, die hinten einen Zopf andeuten sollen. Trau keinem über dreißig! Erst mit dem Molotow-Cocktail in der Hand und dann mit dem Cocktailglas in der Regierung. Noch kürzlich zeigte sich Ministerpräsident Schröder im Gespräch mit seinem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman betont gelassen, wenn nicht unempfindlich gegenüber den Forderungen der Sudetendeutschen. Alles halb so wild, beruhigte er seine Gesprächspartner.



„**Was heute in den Patientenkollektiven der (Halb-)Irren erdacht wird, landet morgen als Redesplitter bei Rau**": *Antifa-Demo vergangenen Sonntag in Hamburg* Foto dpa

Doch niemand ist wild. Ihr sollt nicht gut sein, sondern nur vernünftig, liebe Rot-Grüne!

Vertreibungsverbrechen und ethnische Säuberung eines ganzen Landes durch die Soldaten und Söldner des serbischen Diktators Milošević haben in unserem Land Erkenntnisse und Einsichten gefördert, für die früher dreißig Jahre benötigt wurden.

Vielleicht sehen unsere rot-grünen Regierenden, die in wenigen Tagen gelernt haben, was sie seit 1968 verdrängen wollten, nun, nachdem sie so unendlich viel Leid der Opfer einer ethnischen Säuberung mitangesehen haben, am Ende auch das Schicksal von 13 Millionen vertriebenen Deutschen mit anderen Augen: Greise, Frauen und Kinder, die nach 1945 Opfer einer ethnischen Säuberung, also Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes wurden. Vielleicht sollten diese Opfer auch durch ein Mahnmal geehrt werden, wie das Holocaust-Denkmal.

Da die Auslober des großen Berliner Denkmals alle nichtjüdischen Opfer des Nationalsozialismus von ihrem Mahnmal ausschlossen, fordern die anderen Opfer jetzt eigene Mahnmale.

Wenn möglich ebenfalls riesengroß und in der Nähe des Reichstages. Neben dem Mahnmal für Sinti und Roma (6000 Quadratmeter im Tiergarten) hätten auch die Opfergruppen wie die Homosexuellen oder die Wehrmachtsdeserteure Anspruch auf eine eigene Gedenkstätte, sagte der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Volker Beck. Bald will er ein Stiftungskonzept vorlegen. Sogar für den anarchistischen Reichstags-Brandstifter van der Lubbe soll ein Denkmal gebaut werden – am Reichstag! Weitere Mahnmale sind denkbar. Der Phantasie – und der großflächigen Bebauung sind keine Grenzen gesetzt.

Wo aber soll das Denkmal für die 2,2 Millionen, durch die Vertreibung ermordeten Ostpreußen, Danziger, Pommern, Schlesier und Sudetendeutschen stehen, Frauen, Kinder und Greise, unschuldig auch sie?

Werden deutsche Opfer beim Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: „Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?" Die Antwort kam kurz und wie aus der Pistole geschossen: Nein.

Glücklicherweise gibt es auch andere Stellungnahmen. Unter dem Eindruck, der massenhaften ethnischen Vertreibung der Kosovo-Albaner ist auch bei den Linken das Verständnis für das millionenfache Unrecht gewachsen, das die deutschen Vertriebenen erlitten haben. So erklärte Innenminister Otto Schily sich kürzlich bereit, den Plan Erika Steinbachs zu unterstützen, in Berlin ein „Haus der Vertreibung" zu errichten.

Nehmen wir ihn beim Wort. Ein Mahnmal für 2,2 Millionen ermordeter deutscher Flüchtlinge. Nicht noch eine gigantomanische Bebauung auf dem Reichstagsgelände. Keine Aufrechnung von Millionen Toten gegen andere Millionen. Eine würdige Stätte der Erinnerung, des Gedenkens – und der Forschung – als die bessere Alternative zu den zementenen und stählernen Monstern, Mahnmalen und Brandmalen.

Am Eingang des Hauses der Vertreibung: die Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950.

Bürgerrecht:

„Im Rahmen freier Meinungsäußerung ..."

Staatsanwaltschaft Baden-Baden stellte Ermittlungsverfahren gegen „Schutzbund" ein

Die jüdische Schriftstellerin Salcia Landmann (89), die an ihrer scharfen Verurteilung des Hitlerregimes keinen Zweifel aufkommen läßt, warnte davor, daß bei den Deutschen „das schlechte Gewissen Blüten treibt". Scham über Hitler lähme die Kritikfähigkeit der Deutschen auch gegenüber Juden. Schon in den 70ern, besonders deutlich aber Anfang der 90er Jahre, nahm Frau Landmann gegen weiteren Massenzustrom von Ausländern nach Mitteleuropa Stellung. Das deutsche Asylrecht nannte sie „entartet". Sie schrieb: „Daß die heutigen Deutschen sich einreden, sie schuldeten diesen Milliardentribut an die Asylanten, die obendrein oft genug ihre Sozialhilfe betrügerisch mehrfach kassieren und durch kriminelles Verhalten ganze Stadtviertel verunsichern, dem Andenken der gemordeten Juden, grenzt an Aberwitz."

An die Mahnungen von Frau Landmann wurde man in diesen Tagen erinnert, als in Briefkästen im badischen Rastatt Flugblätter vorgefunden wurden, mit denen sich die örtliche Presse und sogar der Staatsschutz öffentlichkeitswirksam beschäftigten. Wie das „Badische Tageblatt" berichtete, werde in einem Flugblatt, für das der „Schutzbund für das deutsche Volk e. V." in Frankfurt/Main verantwortlich zeichne, „gegen Ausländer in Deutschland" und „die deutsche Ausländerpolitik gehetzt". Der Sprecher der Rastatter Kriminalpolizei teilte mit, man habe mit den Staatsschutzkollegen in Frankfurt/Main Kontakt aufgenommen, die ebenfalls gegen den „Schutzbund" ermittelten. Das Flugblatt werde der Staatsanwaltschaft vorgelegt, die zu entscheiden habe, ob eine „strafrechtliche Verfehlung" vorliegt. Der Schutzbund gebe vor, die Entwicklung aus deutscher Sicht zu beleuchten. Er sehe unter anderem die deutsche Erbmasse schwinden und beklage einen fortschreitenden Umvolkungsprozeß. Der „Schutzbund für das deutsche Volk" wurde am 26. September1981 gegründet, nachdem maßgebliche Politiker der großen Parteien vor den gefährlichen Folgen einer ungebremsten Zuwanderung gewarnt hatten, ohne den Worten Taten folgen zu lassen.

Angestrebte Veränderung bleibt im grundgesetzlich geschützten Bereich der freien Meinungsäußerung

In einem weiteren Flugblatt des Schutzbundes („Prominente zum Ausländerproblem") werden Politiker zitiert: „Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) warnte vor einem Nationalitätenproblem in der Bundesrepublik. Vor dem Kabinett vertrat er die Ansicht, daß beim Zuzug von Gastarbeiterangehörigen die zulässige Grenze inzwischen erreicht und in manchen Fällen schon überschritten sei" („Ruhr-Nachrichten" vom 13. Februar 1975).

Der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn (SPD), erklärte: „Wenn die Zahl der Ausländer, die als Minderheit in einer Nation leben, eine bestimmte Grenze überschreitet, gibt es überall in der Welt Strömungen des Fremdheitsgefühls und der Ablehnung, die sich dann bis zur Feindseligkeit steigern ... Allzuviel Humanität ermordet die Humanität" („Osnabrücker Zeitung" vom 13. September 1980).

Zu einem Zeitpunkt, als in der BRD 4,67 Millionen Ausländer lebten (heutiger Stand 7,4 Millionen), berichtete die Deutsche Presseagentur am 5. März 1982: „Die Ministerpräsidenten der elf Bundesländer halten es aus Sorge über eine wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik für erforderlich, den Zustrom von Gastarbeitern und Asylanten weitgehend zu stoppen."

Die CDU Hessen verkündete 1982 in einem Wahlflugblatt: „Mit 4,7 Millionen im Bundesgebiet ... ist die Ausländerzahl in unserem Land zu hoch ... Die CDU will erreichen, daß in ca. 5 Jahren die Zahl der Ausländer in Deutschland um etwa 1 Millionen abnimmt. Andernfalls entstehen Probleme, mit denen die nächste Generation kaum noch fertig werden kann."

Die Staatsanwaltschaft Baden-Baden hat nach einem Bescheid vom 18. August 2000 – Az. : 300 Js 2685/00 das Ermittlungsverfahren gegen den „Schutzbund für das deutsche Volk" eingestellt. Die Begründung lautet: „Der Tatbestand der Volksverhetzung ist mangels Aufstachelung zum Haß gegen Bevölkerungsteile nicht gegeben. Es fehlt auch ein Angriff auf die Menschenwürde der Ausländer. Die Ansichten des Schutzbundes halten sich im Rahmen der freien Meinungsäußerung des Artikels 5 der Grundgesetzes. Dem Schutzbund für das deutsche Volk wurde zur Last gelegt, am 1. März 2000 in Rastatt zwei Flugblätter mit volksverhetzendem Inhalt verbreitet zu haben. Die Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß das Ermittlungsverfahren aus rechtlichen Gründen einzustellen ist, weil die überprüften Flugblätter zwar eine kritische Haltung gegenüber der in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Ausländerpolitik erkennen lassen, diese Tendenz allein jedoch nicht den Tatbestand des § 130 StGB erfüllt. In der ‚Zitatensammlung' werden Äußerungen verschiedener Politiker oder anderer Personen zur Frage der Ausländerpolitik wiedergegeben. Indessen erfüllt keines der einzelnen Zitate die Tatbestandsvoraussetzung der Volksverhetzung. Ausgehend vom objektiven Sinngehalt der Zitate wird weder Haß gegen die in § 130 Abs. 1 oder Abs. 2 StGB geschützten Gruppen aufgestachelt, noch wird zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen diese aufgerufen. Auch wird deren Menschenwürde nicht dadurch angegriffen, daß die Gruppen beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden. Die lediglich durch die Zusammenstellung der ausgewählten Zitate hervortretende negative Einstellung zur bestehenden Ausländerpolitik erfüllt nicht die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 130 StGB. Das Flugblatt zur deutschen Ausländerpolitik baut auf einer insoweit zutreffenden Darstellung der ausländerrechtlichen gesetzlichen Regelungen auf. Unter Bezugnahme auf die vorbezeichnete Zitatensammlung wird zum Ausdruck gebracht, daß auch demokratische Politiker unterschiedliche Auffassungen zur bestehenden Ausländerpolitik vertreten. Der Verfasser des Flugblattes macht deutlich, daß er für die Zukunft eine Veränderung der politischen Haltung in Fragen der Ausländerpolitik wünscht. Diese angestrebte Veränderung hält sich im Rahmen der im Grundgesetz geschützten politischen Meinungsäußerung und erfüllt nicht den Strafbestand des § 130 StGB."

Aron Winter

Gedanken zur Zeit:

„Gesäßbackengeographie"

Unsterblicher Mythos / Von Wilfried Böhm



Glaubt man bestimmten Medien, leben wir in einer vom Faschismus beherrschten Welt. Der „Stern", das Flaggschiff marxistischer Agitation neosozialistischer Prägung, widmete unlängst in einer Ausgabe, deren Titelbild das zur Fratze verzerrte Gesicht eines Neonazis zeigt, sechs Seiten dem amerikanischen Bestsellerautor Gore Vidal. Dieser rühmt sich, als Redenschreiber für Präsidenten und am Hof von John F. Kennedy eine Rolle gespielt zu haben. „Ich komme aus der herrschenden Schicht" läßt der „Stern" Mister Vidal sagen, um dessen Glaubwürdigkeit zu unterstreichen. Dermaßen eingeführt und legitimiert, teilt der Literat und Lebemann den „Stern"-Lesern mit, in den USA seien Präsidenten nur ein „Sprachrohr der Konzerne" und wendeten sich der Außenpolitik zu, um Kriege anzetteln und Bomben werfen zu können. Die wörtlichen Höhepunkte der Vidalschen Völkerhetze gegen Amerika lauten: „Wir sind das ignoranteste Volk der westlichen Welt", und: „Wir bereiten uns auf einen neuen Hitler vor. Wir leben in einem faschistischen Staat." Deutschland, so Vidal, sei schon immer die „loyalste Provinz" Amerikas gewesen, und Schröder und Fischer „treue Untertanen". Kennedy, der „rechts" war, hätte „Kriege gewinnen" wollen, weil er Ruhm wollte.

Vidals Amerikaner-Beschimpfungen im „Stern" sind ein gefundenes Fressen, gleichermaßen für Neosozialisten und für Neonazis, als deren Stichwortgeber der „Stern" erscheint. „Rechte" „mutig" zu bekämpfen, gibt der „Stern" vor, ja er sammelt sogar Geld für diesen Zweck. Das skandalöse Vidal-Interview entlarvt jedoch den Alarmismus des „Stern" als Teil des antifaschistischen Kampfes gegen „rechts".

Daß der „Stern" in diesem Fall auf den Beifall der Extremisten zur „Linken" und zur „Rechten" rechnen kann, beweist die ganze grundsätzliche Unsinnigkeit des Links/Rechts-Schemas bei der Schubladisierung von Menschen und Meinungen. Es war der Sozialdemokrat Willy Brandt, der die „Gesäßbakkengeographie" nicht mochte, mit der Menschen in „Linke" und „Rechte" eingeteilt werden. Sie geht auf eine Zufälligkeit während der französischen Revolution vor mehr als zweihundert Jahren zurück, als die Royalisten nach einer „Fraktionssitzung" den Sitzungssaal der Nationalversammlung von rechts betraten, während die Anhänger der Revolution von links in den Saal kamen. Wären an diesem Tag die einen von oben die anderen von unten oder von vorn und hinten gekommen, hätten wir es heute in der politischen Terminologie wahrscheinlich mit „Oben- und Untenextremismus" oder mit „Hinten- und Vornextremismus" zu tun ...

Gewiß ist nur: diese Schubladisierungen sind Blödsinn, und alle in Wissenschaft und Politik, die ernst genommen werden wollen, sollten sie endlich in den Papierkorb der Geschichte werfen. Hin und wieder blitzt solche Erkenntnis in seriösen Zeitungen auf, aber dennoch bleiben sie so stur bei „rechter" Gewalt, wie sie auf Knopfdruck die Rechtschreibreform vollstrecken.

„Rechts" und „Links" sind zutiefst reaktionäre Begriffe, die im zu Ende gegangenen Jahrhundert den totalitären Massenbewegungen als Schlagwaffe dienten, die jede von sich behauptete, der entschlossenste Gegner der anderen zu sein und die sich damit gegenseitig hochjubelten. Dabei sortierten sich viele Nationalsozialisten gern „links" ein. Goebbels sprach noch in seiner berüchtigten Rede, in der er zum „Totalen Krieg" aufrief, vom „sozialistischen Krieg" des ganzen Volkes. Die Kommunisten hingegen bezeichneten die Nationalsozialisten als „Faschisten" oder „Nazis", um diese verbal vom „Sozialismus" zu trennen. Mit Haß und Gewalt zerstörten Kommunisten und Nationalsozialisten die Weimarer Republik, beide unter der roten Fahne, die einen hatten darauf Hammer und Sichel, die anderen das Hakenkreuz. Die schrecklichen Folgen des Totalitarismus sind bekannt. Später nutzten die Kommunisten den „Antifaschismus" als Herrschaftsinstrument ebenso, wie sie ihn heute, nach ihrem moralischen, wirtschaftlichen und politischen Scheitern, als Instrument zu ihrer Rückkehr in die Geschichte einsetzen.

Nach wie vor ist für sie der „Antifaschismus" die erste Stufe auf dem Weg zum Sozialismus. Das Rechts-Links-Schema leistet dem Vorschub. Beides ist zutiefst reaktionär und soll die wahre Alternative verschleiern, die „Freiheit oder Sozialismus" lautet, gleichgültig, ob dieser in seiner roten oder braunen Version auftritt. Die Menschen des Jahres 2000 stehen vor anderen Aufgaben, als die vor zweihundert Jahren. Wer ihr Denken in reaktionäre Schemata zwingen will und nicht den Kampf gegen jede Art gewaltsamen Extremismus führt, handelt verantwortungslos.

Ostseekonferenz:

Königsberg glatt vergessen

Das Schicksal der Ostprovinz nicht übergehen

Die Ostseeanrainerstaaten wollen enger zusammenarbeiten. Das wurde bei dem zweitägigen „Forum Nördliche Dimension" deutlich, das auf Initiative von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) vergangene Woche in Schwerin stattfand. Ringstorff mahnte auf der Konferenz gemeinsam mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel (SPD), konkrete Projekte der länderübergreifenden Zusammenarbeit an. Die Teilnehmer des Forums sprachen sich angesichts des U-Boot-Unglücks in der Barentsee auch für eine engere Zusammenarbeit mit Rußland vor allem in Sicherheitsfragen aus.

Doch alle Pläne haben einen Haken: Wie soll man mit Königsberg umgehen? Ministerpräsident Ringstorff entwarf beispielsweise die Vision einer durchgehenden Hanse-Autobahn, die von Rostock über Danzig bis St. Petersburg geht. Es blieb einem Schweden vorbehalten, das Augenmerk auf Königsberg zu lenken. Der Staatssekretär im schwedischen Außenministerium, Sven-Eric Söder, mahnte eine engere Kooperation mit Rußland vor allem bei der nuklearen Sicherheit und dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität an. Der schwedische Spitzenbeamte verwies zudem darauf, daß Königsberg als russische Exklave bald nur noch von EU-Mitgliedstaaten umgeben sein werde. Daher müßten jetzt Bedingungen für einen Beitritt der Region Königsberg zum EU-Binnenmarkt geschaffen werden. Das nördliche Ostpreußen war sicher nicht das Hauptthema der Tagung, sondern eher ein Randaspekt, dennoch erkannten viele Konferenzteilnehmer, daß man die Projekte ohne eine Lösung der Königsberg-Frage nicht realisieren könne.

Auch der finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen sieht mit Blick auf Königsberg Handlungsbedarf. Lipponen hat einen Ausbau der Kooperation zwischen der Europäischen Union (EU) und Rußland angemahnt. „Jetzt ist die richtige Zeit, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der EU und Rußland zu nutzen", sagte Lipponen.

Das Schweriner Forum wird von Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein sowie dem Auswärtigen Amt veranstaltet. An dem „Forum" im Schweriner Schloß nahmen etwa 180 Gäste aus elf Ländern teil. Die Idee einer „Nördlichen Dimension" geht auf den finnischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen vom Herbst 1997 zurück. Ziel der Initiative ist eine engere Koordinierung und Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Organisationen, Staaten, Regionen und Wirtschaft im Norden Europas.

Geographisch erstreckt sich die „Nördliche Dimension" auf alle EU-Ostseeländer (Bundesrepublik, Dänemark, Schweden, Finnland) und die ebenfalls an das Binnenmeer angrenzenden Staaten des Baltikums (Estland, Lettland, Litauen), Polen und Rußland sowie, nordwestlich des EU-Raumes, Norwegen und Island.

Hagen Nettelbeck

In Kürze

Besuch aus Kärnten

Der Freiheitliche Akademikerverband des südlichsten Bundeslandes Österreichs hat eine Bildungsreise durchgeführt, die von Stettin aus über Kolberg, Köslin, Stolp bis nach Danzig, Marienburg, Frauenburg, Allenstein und zurück nach Thorn, Gnesen und Posen führte. Zu Kontakten mit der verbliebenen deutschen Minderheit kam es dabei ebenso wie zum Besuch der historischen Stätten und der Küste. Dieses Interesse ist um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß vor 80 Jahren weite Teile Kärntens davon bedroht waren, jugoslawisch zu werden.

Richterkritik an Kanzler

Rainer Voss, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, hat Bundeskanzler Schröder und Manfred Püchel (SPD), den Innenminister Sachsen-Anhalts, wegen ihrer Forderung nach harten Strafen im Kampf gegen Rechts scharf kritisiert. Der Bundeskanzler habe nicht die Aufgabe, Gerichten öffentlich „Ratschläge zu erteilen", sondern „sich da rauszuhalten". Und der von Püchel „ausgeübte Erwartungsdruck" auf die Justiz sei ein „Skandal" und komme dem nahe, „was im Dritten Reich üblich war".

Wirtschaft in Stettin

Petra Hintze, die Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg hat auf einer Pressekonferenz angekündigt, daß ihre Kammer mit der polnischen Wirtschaftskammer Nord am 11. Oktober in Stettin ein neues „Haus der Wirtschaft" eröffnen wolle. Das erklärte Ziel ist die Verbesserung der grenzüberschreitenden Kontakte zwischen deutschen und polnischen Unternehmen durch eine intensive Beratung vor Ort.

Unterrepräsentiert

„In der EU-Kommission beläuft sich der deutsche Personalanteil im Höheren Dienst derzeit auf 12,6 Prozent, Frankreich stellt 14,7 Prozent, Großbritannien elf. Der deutsche Anteil am Haushalt der EU beträgt jedoch mit 43 Milliarden Mark rund 26 Prozent." Nachzulesen sind diese Deutschland diskriminierenden Fakten in einem aktuellen Bericht des Auswärtigen Amtes.

Jugoslawien:

Der Superwahl-Sonntag

Präsident und Bundesparlament stellen sich am 24. September dem Bürger

Am 24. September finden in Jugoslawien fünf Wahlen statt. Neu bestellt werden an diesem Superwahl-Sonntag der jugoslawische Präsident, die beiden Kammern des jugoslawischen Bundesparlaments, die Gemeinderäte in den serbischen Städten sowie das Regionalparlament der Wojwodina. Bereits ein Vergleich der Wahlberechtigtenzahl mit der Zahl jener, die tatsächlich wählen können und möglicherweise zur Wahl gehen werden, macht die besondere Lage der Bundesrepublik Jugoslawien deutlich. Theoretisch sind für die Wahl des Staatspräsidenten und des Bundesparlamentes etwa sieben Millionen Bürger wahlberechtigt; tatsächlich wählen können aber nur etwa fünf Millionen Menschen, denn wegen des Kosovo-Krieges finden in dieser Provinz keine der zuvor genannten Wahlgänge statt. In Montenegro werden die Wahlen durch die prowestliche Regierungskoalition unter der Führung von Präsident Milo Djukanović boykottiert, während die Milošević treuen Parteien unter Führung des jugoslawischen Regierungschefs Momir Bulatović daran teilnehmen werden. Klar ist, daß die Undurchführbarkeit der Wahl im Kosovo und der Boykott durch die prowestlichen montenegrinischen Parteien die Chancen der Milosevic-Gegner beträchtlich schwächen.

Die erste Kammer des Bundesparlamentes, die sogenannte Bürgerkammer, umfaßt 138 Abgeordnete, von denen 108 in Serbien und 30 in Montenegro in direkter Wahl in einem Wahlgang gewählt werden. Die 30 montenegrinischen Mandate dürften weitgehend den Pro-Milošević-Parteien zufallen, weil die Koalition unter Milo Djukanović nicht antritt. Angesichts dieser Ausgangslage wird es für Milošević-Gegner fast unmöglich sein, eine Mehrheit oder gar eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Bürgerkammer zu erringen.

Ähnlich düster sind die Aussichten der serbischen Opposition auch hinsichtlich der zweiten Kammer des Bundesparlaments, der Kammer der Republiken. In diese entsenden Serbien und Montenegro je 20 Abgeordnete, die ebenfalls direkt und in einem Wahlgang gewählt werden. Auch hier dürfte der überwiegende Teil der montenegrinischen Mandate an Milošević gehen, denn seine Gegner treten in dieser kleineren jugoslawischen Teilrepublik nicht an. Somit dürfte Milošević auch in dieser Kammer nach den Wahlen erneut über eine Mehrheit verfügen.

Begründet haben die prowestlichen Regierungsparteien Montenegros ihren Wahlboykott mit der handstreichartigen Änderung der Bundesverfassung Anfang Juli. Dadurch wurde die Direktwahl des jugoslawischen Staatspräsidenten und der Abgeordneten der



Am 24. September geht es auch um seine Macht: *Slobodan Milošević*

Republikenkammer des Bundesparlaments eingeführt. Dies schwächte zwangsläufig die Position der kleineren jugoslawischen Teilrepublik, die trotz ihrer nur etwa 650 000 Einwohner gegenüber Serbien (etwa 8 Millionen) in der Föderation eine privilegierte Stellung genoß. Eine Teilnahme an den Wahlen würde einer nachträglichen Legitimierung dieser einseitigen Verfassungsänderung gleichkommen und außerdem die montenegrinische Regierung stürzen, in der auch eine Partei vertreten ist, die klar für die Unabhängigkeit von Serbien eintritt.

Bei der Wahl des jugoslawischen Staatspräsidenten werden die Chancen der serbischen Opposition weniger durch den montenegrinischen Boykott, als vielmehr durch die eigene Uneinigkeit geschwächt. Die sogenannte demokratische Opposition tritt nämlich mit zwei Kandidaten gegen Amtsinhaber Slobodan Milošević an. Die größte Gruppierung, die „Serbische Erneuerungsbewegung" (SPO) von Vuk Drašković hat den Belgrader Bürgermeister Vojislav Michajlović nominiert. 15 kleinere Oppositionsparteien haben sich zum Wahlbündnis „Demokratische Opposition Serbiens" (DOS) zusammengeschlossen und den Juristen und Nationalisten Vojslav Koštunica aufgestellt.

Trotz dieser Uneinigkeit hat die Opposition bei der Präsidentenwahl größere Siegeschancen als bei den Lokalwahlen in Serbien. Letztere könnten für die Opposition zum Verlust so mancher vor vielen Jahren mühevoll errungenen städtischen Bastionen führen, denn hier kommen zur Uneinigkeit als weitere Handicaps massive Korruptionsvorwürfe vor allem gegen die in Belgrad regierende SPO sowie die Wahlrechtsreform, derzufolge die Gemeinderäte in den Städten dieses Mal nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt werden. Diese Änderung des Wahlrechts begünstigt vor allem die sozialistische Partei mit Slobodan Milošević, sofern denn die sogenannte demokratische Opposition auch bei diesen Wahlen mit zwei Listen (SPO und DOS) antreten sollte, und danach sieht es bisher aus.

Otto Schiller

Zitate · Zitate

Präsident Clintons Gedanke von den Führungspartnern USA und Deutschland war nicht gerade weise, denn dies ist eines jener Schlagworte, die nichts Gutes bringen. Tatsächlich treibt dieser Gedanke alle auf die Barrikaden, denn letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eben das, eine dominante Rolle Deutschlands, zu verhindern. *Henry Kissinger*
ehemaliger US-Außenminister
„Welt am Sonntag", 13. November 1994

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vormachtstellung in Europa nicht akzeptieren können.
„Sunday Correspondence", London und „Frankfurter Allgemeine" 17. September 1989

In Nürnberg hatten die Siegermächte beschlossen, einen Angriffskrieg als Verbrechen zu bezeichnen. Für internationales Recht jedoch ist Kriegführen, auch bei einem Aggressionskrieg, kein Verbrechen, und es bestehen keine Möglichkeiten, jemand anzuklagen, weil er an einem Krieg beteiligt war. *Richard Goldstone*
„Le Monde", Paris, 2. Februar 1996

Ich kann mich entsinnen, wie ich in der Nacht, bevor wir endlich den Krieg erklärten, auf die Knie sank und betete: „O Gott, bitte, laß uns morgen in den Krieg gehen!"
So – noch immer froh über diese „Gebetserhörung" – *Lord Ismay*, Sekretär des Empire-Verteidigungsrates, bei einem Essen für Präsident Eisenhower am 1. September 1959 im Winfield House in London.
„New York Herald Tribune", 2. September 1959

Der auch in Friedenszeiten geführte – psychologische – Krieg entbrannte 1938 in England und Polen gegen Deutschland in bisher nie erreichter Heftigkeit. Kein Tag verging mehr, an dem die Zeitungen dieser beiden Länder nichts Nachteiliges über Deutschland brachten, an dem sie nicht die Saat des Hasses gegen uns Deutsche ausstreuten. Meisterhaft wurde diese psychologische Kriegführung von London aus dirigiert; wie ein Mann richteten sie sich die englischen, in innenpolitischen Fragen sich vielfach befehdenden Blätter außenpolitisch gegen Deutschland aus ... Gemessen an den Leistungen Englands auf diesem Gebiet ist er (Goebbels) nur ein Stümper gebliehen.

Im übrigen liefen in England und Frankreich praktische, auf längere Sicht berechnete Kriegsvorbereitungen schon Monate vor Beginn des Polenfeldzuges an. Hierüber gibt ein vom 13. Juli 1939 datiertes Schreiben des polnischen Ministeriums für Handel und Industrie Auskunft, das an die polnischen Handelsräte in Paris und London gerichtet worden ist. Der Entwurf dieses Schreibens wurde während des Krieges sichergestellt.
Hier ein Auszug: „Das Ministerium hat in Erfahrung gebracht, daß die französischen und englischen Seeschiffahrtsunternehmen von ihren Regierungs-Überwachungsstellen schon jetzt genaue Instruktionen für den Fall des Kriegsausbruches erhalten haben, ebenso Vorschriften über Konstruktionsveränderungen, Umbauten und Ergänzungsbauten. *Oscar Reile*
„Der Deutsche Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg, Ostfront"

Sonderbar, daß es den Wölfen immer wieder gelingt, die Welt von der Gefährlichkeit der Schafe zu überzeugen. *Austin O'Malley*

„Ich als Nichtdiplomat ..."

Außenminister Joschka Fischer will den Auswärtigen Dienst „reformieren"

Für eine „dringende Reform des Auswärtigen Dienstes", so Fischer, gebe es drei Gründe. Zum einen habe sich das Anforderungsprofil verändert. Außerdem übernehme Deutschland mehr und mehr Verantwortung für die aktive Gestaltung der Weltpolitik. Zum dritten spielten auch die Sparzwänge eine Rolle. „Als Quereinsteiger, Nichtdiplomat und Querkopf", so der Bundesaußenminister zu den versammelten Botschaftern, „ist mir klar geworden, daß sich der Auswärtige Dienst von alten Zöpfen trennen muß." Die Arbeit der deutschen Missionen im Ausland müsse bürgerfreundlicher werden: „Der Dienst am Bürger steht heute gleichberechtigt mit dem Dienst am Staat." Den erfahreneren unter den deutschen Diplomaten schwant nichts Gutes. Ist es schon ungewöhnlich genug, daß alle Chefs der auswärtigen diplomatischen Missionen gemeinsam in die Zentrale zurückbeordert werden, um sich belehren zu lassen, so klingt die Forderung nach mehr Bürgernähe etwas merkwürdig.

Schon bisher leistete das Botschaftspersonal in den auswärtigen Missionen der Bundesrepublik bürgernahen Dienst an den Deutschen, die im Ausland auf deutsche Hilfe angewiesen waren. Wie soll sich eine solche geforderte Bürgernähe also konkret äußern? Werden weitere Schalter eröffnet oder zusätzliche Dienststellen in der Pampa eröffnet? Wohl kaum. Schon angesichts der von Fischer selbst eingeräumten finanziellen Lage wird wohl eher das Gegenteil der Fall sein. Auch künftig werden so wichtige Konsulate wie das in Stettin geschlossen werden. Auf die Eröffnung eines Konsulates in Königsberg wird man wohl noch lange warten müssen. Die Streichungen bei der deutschen auswärtigen Kulturpolitik gelten in vielen Gastländern schlicht als barbarisch. Bürgernah ist das alles nicht.

Die 68er hatten stets eine Abneigung gegen Formen

Was also will Fischer? Der Begriff der „Abschaffung der alten Zöpfe" steht wie eine Drohung im Raum. Wieder einmal will der Grüne Image-Politik mit scheinbar weichen Themen machen. Aber das diplomatische Parkett ist bekanntlich glatt. Und diplomatische Gepflogenheiten haben sich über Jahrhunderte eingespielt. Sie sind Teil einer zivilisierenden und friedensfördernden Kultur zwischen den Völkern. Feine Nuancen spielen hier eine Rolle. Nicht alles kann abgeschafft oder verändert werden, ohne daß es den reibungslosen Informationsfluß zwischen den Völkern stört.

Alte Zöpfe? Sie erfüllen im komplizierten Beziehungsgeflecht zwischen den Völkern oft eine wichtige Rolle, schaffen eine Atmosphäre der Vertautheit und damit des Vertrauens. Unseligen Angedenkens ist etwa die vor noch nicht allzu langer Zeit ausgesprochene grüne Forderung, man solle doch das militaristische Gehabe des Wachbataillons bei der Begrüßung von Staatsgästen abschaffen. Daß dies von vielen Staatsoberhäuptern als Affront und Beleidigung ihrer Person und ihres Landes empfunden worden wäre, wird manchen Parteigenossen von Joschka Fischer wohl bis ans Ende ihrer Tage unbegreiflich bleiben. Die Achtundsechziger mit ihrer Abneigung gegen Formen und Konventionen können hier mehr Schaden als Nutzen anrichten.

Zudem legte Fischer Wert auf die Feststellung, daß „die Botschafter in aller Welt ein positives Bild von Deutschland vermitteln" sollten. Dazu gehöre der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus. Von der bisherigen strengen politischen Unabhängigkeit des klassischen Diplomaten, der sein Land repräsentiert und sich allein dessen nationalen Interessen verpflichtet fühlt, hin zum politischen Beamten, zum Verfechter des globalen Dorfes, der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten als Repräsentant supranationaler Interessen. Fand in den Jahren nach der Übernahme des Auswärtigen Amtes durch die FDP (1968 bis 1998) eine „Säuberung" von den preußischen Traditionen des Amtes statt, so wird jetzt politisch-korrekte Randgruppenpolitik verfolgt. Sowieso wird das Volk, dessen Interessen man früher zu verteidigen schwor, durch eine „Bevölkerung" ersetzt werden. Und die souveräne deutsche Nation als Subjekt der eigenen Interessenvertretung durch die Politik im allgemeinen und durch die Diplomatie im besonderen ist bekanntlich ebenfalls „überlebt". Fischer setzt jetzt in der Diplomatie fort, was Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) bereits vor Jahren bei der Bundeswehr vorexerziert hat. Die Auflösung der nationalen Souveränität bei den Organen, die für den Schutz dieser Souveränität einst eine zentrale Rolle gespielt haben.

Hans B. v. Sothen

Memel:

Schwere Geburt eines Gesetzes

Korruptionsvorwürfe verzögern litauische Freihandelszone / Von Bodo Bost

Ganz anders als beim gesunkenen russischen Atom-U-Boot „Kursk" hat der Untergang des in Memel beheimateten Frachtschiffes „Linkuva" am 21. Juni kaum das Interesse der westlichen Medien gefunden. Daß bei diesem Unglück 350 km südlich der mexikanischen Stadt Acapulco 18 litauische Seeleute aus Memel den Tod fanden, änderte daran wenig.

Obwohl die Crew über die Gefahr unterrichtet war, fuhr das Schiff ins Zentrum des Hurrikans „Carlotta". Zur Katastrophe kam es, weil die „Linkuva" überladen war. Da das Wrack des Frachtschiffes bis heute nicht gefunden werden konnte – trotz intensiver Suche der US-amerikanischen und mexikanischen Seestreitkräfte –, erklärte man die Seeleute am 28. Juli schließlich für tot.

In Litauen selbst stand in diesem Sommer neben dem Schiffsunglück u. a. die Zukunft des Memeler Hafens im Mittelpunkt des öffentlichen politischen Interesses.

Alle kennen die „Kursk", keiner die „Linkuva"

Das Gesetz über eine Freihandelszone im wichtigsten Hafen der Baltenrepublik, deren Eröffnung bereits für den 1. Oktober 2000 geplant war, hatte schon am 23. Mai die Zustimmung des zuständigen Seimas-Kommitees erhalten, ehe Staatspräsident Valdas Admkus Mitte Juli sein Veto einlegte.

Politiker und Journalisten rätselten zunächst, was den Präsidenten zu diesem unüblichen Vorgehen veranlaßt haben mag, und schnell war wieder von Intrigen die Rede. Doch dann erklärte die Sprecherin des Präsidialamtes, Violetta Gaischauskaite, am 11. August, daß Adamkus noch Verbesserungen forderte, die das Gesetz gegen die Gefahr von Korruption und Protektionismus absicherten.

Der Präsident vertrat die Ansicht, daß sich durch die Vorlage vom Mai einige Beamte hätten bereichern können und dem unlauteren Wettbewerb Tür und Tor geöffnet würde. Eine eigens einberufene Ermittlungskommission soll nun prüfen, ob bei der Formulierung des Gesetzestextes tatsächlich eine Lobby am Werk war, der es in erster Linie darum ging, sich selbst finanzielle Vorteile zuzuschanzen.

Ein in diesem Kontext häufig genannter Name ist der von Bronislova Lubis. Er ist Direktor von KLASCO, der größten Frachtdienstleistungsfirma im Memeler Hafen.

Nach der Zurückweisung des Freihandelsgesetzes an den Seimas und der dann am 29. August erfolgten Annahme einer korrigierten Vorlage wird es jetzt eventuell noch bis zum 1. Juli 2001 dauern, bis die Freihandelzone eröffnet werden kann. Die Infrastrukturarbeiten für die Zone, an der bislang allein die amerikanische Zigaretten-Firma Phillip Morris öffentlich Interesse bekundet hat, sind unterdessen weit fortgeschritten.

Bereits gemeldet hat sich auch die NATO, und dies obwohl noch gar nicht abzusehen ist, wann Litauen dem Nordatlantikpakt beitritt. Das Bündnis erhob Auflagen für einen Umbau der Hafenanlagen, um diese für NATO- Schiffe tauglich zu machen.

Zur Zeit kommen die meisten der in dem Hafen umgeschlagenen Güter noch aus der Russischen Föderation und den GUS-Staaten. Mit 48 Prozent steht Rußland klar an der Spitze aller Länder. Aus diesem Grund hat die Hafenverwaltung erst kürzlich, nämlich am 16. Mai, in Moskau eine eigene Repräsentanz eröffnet, die die Handelsbeziehungen Memels mit den Russen und anderen Ländern der GUS weiter verbessern soll.

Die von den Kreuzfahrern erbaute Burganlage der Stadt an der Dangemündung im heutigen Hafenbezirk, nach der einst Simon Dach den Ort „Mümmelburg" benannte, soll nun bald der Öffentlichkeit wieder zugänglich sein. Das bisher von einer Schiffswerft benutzte Gelände gehört der Kreisverwaltung und wurde mittlerweile der Stadt Memel übertragen.

Diese hat beim Deutschen Zentrum für Handwerk und Denkmalpflege in Fulda, das schon die Dome von Riga und Königsberg saniert hat, einen Antrag auf Übernahme der Renovierungsarbeiten gestellt.

Von seiten der EU ist wiederholt beanstandet worden, daß die litauische Verfasung noch immer in Artikel 47 eine Klausel enthält, die es Ausländern verbietet, Boden zur landwirtschaftlichen Nutzung zu erwerben.

Nachdem bereits 1996 die Verfassung dahingehend geändert worden ist, daß Ausländer Grund und Boden in der Republik Litauen für nicht landwirtschaftliche Zwecke kaufen dürfen, hält Parlamentspräsident Vytautas Landsbergis nun eine weitere Öffnung auch im Interesse litauischer Landbesitzer für geboten. So manche von ihnen seien nicht in der Lage, ihr Land zu bewirtschaften, und müßten es wegen des Verbots eines Verkaufs an Ausländer brachliegen lassen, betonte Landsbergis.

In einigen Teilen des Landes ist die Privatisierung des Bodens nach wie vor nicht abgeschlossen. Im Bezirk Heydekrug zum Beispiel, der eine Fläche von 224 325 ha umfaßt, hatten fast 11 000 Menschen den Restitutionswunsch angemeldet, doch erst 3000 von ihnen bekamen ihr Land bislang zurück.

Ein Aktivposten im Kulturleben Memels war auch in diesem Sommer wieder der deutsche Bevölkerungsteil. Laut Einschätzung des Kreispäsidenten ist er sogar der regste unter allen örtlichen Minderheiten, obwohl zahlenmäßig viel kleiner als der der Russen.

Im Juni gab es die Premiere einer „Deutschen Kulturwoche", an der fast alle kulturellen Gruppen der deutschen Minderheitenvereine des Landes teilnahmen. Im Folgemonat fand dann in Nidden auf der Nehrung das vierte Internationale Thomas-Mann-Festival statt.

Leider ist jedoch auch das Memelland von den Kürzungen der Bunresregierung bei der Kulturarbeit nach §96 BVFG nicht verschont geblieben. Nicht nur, daß es um die geplante Errichtung eines Honorarkonsulates in Memel in letzter Zeit wieder ruhiger geworden ist. Auch die 1989 ins Leben gerufene Zeitschrift „Deutsche Nachrichten" in Memel ist betroffen. Sie erhält schon seit einem Jahr keine bundesdeutschen Redakteure aus dem Jung-Journalisten-Programm mehr.

Dafür konnte eine vom Verein der Deutschen, der Stadtverwaltung und dem Simon-Dach-Haus gebildete Initiativgruppe schon zum zweiten Mal Mittel des Europarates zur Förderung von Minderheitensprachen für ein deutschsprachiges Radioprogramm im Lokalradio „Bumsas" verbuchen.

Dort gehen zumeist ehrenamtlich arbeitende Studenten jede Woche mit einem einstündigen Programm auf Sendung und tun das ihre, der deutschen Kultur im Memelland eine Zukunft zu geben.





Dicht beisammen: *Naturwunder Kurische Nehrung ... und Memeler Hafen*

Blick nach Osten

Wiener AKW-Ängste

Wien – Die österreichische Außenministerin Ferrero-Waldner hat die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, gemeinsam gegen die für Mitte des Monats vorgesehene Inbetriebsetzung des ersten Reaktors des grenznahen tschechischen Atomkraftwerks im südböhmischen Temelin vorzugehen. Das AKW-freie Österreich fordert eingehende Überprüfungen der Sicherheit und Umweltverträglichkeit des Reaktors. Österreichische Vertreter haben das Thema wegen des Vorwurfs der Umgehung von EU-Standards ins Europaparlament gebracht.

Nordische Finanzoffensive

Stockholm – Die Skandinaviska Enskilda Banken (SEB), eine der größten schwedischen Kreditanstalten, kündigte Ende August an, bis zum Jahresende mehrere Banken im Baltikum voll übernehmen zu wollen. Schon jetzt besitzt die SEB große Anteile an der litauischen Vilniaus Bankas (42 Prozent), der lettischen Unibanka (50,5 Prozent) sowie der estnischen Uhispank (50,2 Prozent), der wiederum die Saules Banka in Lettland gehört.

Kunst in Kaunas

Kaunas – In Kaunas wird zwischen dem 5. und 22. September mit zahlreichen Veranstaltungen an den vor 125 Jahren geborenen bedeutenden litauischen Maler Mikalojus Ciurlionis (1875-1911) erinnert. Seine zumeist mystischen und sehr symbolischen Bilder thematisieren neben der heimatlichen Natur die Urfragen nach der Entstehung der Welt und dem Sinn des Lebens. Besonders viele Werke des in Druskininkai aufgewachsenen Ciurlionis sind in einer ihm gewidmeten Galerie in Kaunas zu sehen.

Mächtige Lobbies

Preßburg – Der Vorstand der Slowakischen Nationalbank hat sich am 30. August gegen die Herausgabe einer silbernen Gedenkmünze zu Ehren des bekannten Kinderbuchautors Lodo Ondrejow entschieden. Vorausgegangen waren Proteste jüdischer Organisationen, die dem Autor vorwarfen, er habe 1941 die arisierte Buchhandlung Steiner übernommen.

Breslau mahnt Warschau

Breslau – Auf Anregung des Breslauers Paul Kapitza hat die Zeitung „Gazeta Wyborcza" einen Aufruf zur Rückführung des kurz nach Kriegsende nach Innerpolen verschleppten schlesischen Kulturgutes in die Oderstadt veröffentlicht. Nach Angaben der AGMO e. V. haben sich daraufhin etwa 1500 heutige Einwohner Breslaus mit entsprechenden Eingaben an den Direktor des Warschauer Nationalmuseums gewandt.

Estland:

Genbanken der Völker

Balten übernehmen isländisches Modellprojekt / Von Martin Schmidt

Der estnische Präsident Lennart Meri äußerte gegenüber dem isländischen Ministerpräsidenten David Oddsson den Wunsch, von den bisherigen Erfahrungen der Isländer beim Aufbau einer nationalen Gendatenbank lernen zu wollen.

Sein Land plane den Aufbau einer genetischen Datenbank des eigenen Volkes, erklärte Meri dem Staatsgast, der Ende August anläßlich eines Treffens der baltischen und nordischen Ministerpräsidenten in Estland weilte.

Das Unternehmen „De Code Genetics" unter Leitung des an der amerikanischen Harvard-Universität lehrenden Neuropathologen Kari Stefansson will in Island eine bislang einmalige Komplettbeforschung einer ganzen Menschenpopulation durchführen. Es soll eine Datenbasis angelegt werden, die nach Möglichkeit sämtliche genetischen Informationen sowie Krankheitsgeschichten der Inselbevölkerung enthält. Auf dieser breitangelegten Informationsbasis wollen die Wissenschaftler dann die Beziehungen zwischen der Erbmasse und den auftretenden Krankheiten untersuchen.

Die heutige isländische Bevölkerung stammt fast durchweg von jenen Wikingern ab, die sich im 9. Jahrhundert auf der Atlantikinsel niedergelassen hatten. Seitdem gab es nur sehr geringfügige Zuwanderungen. Diese weitgehende biologische Homogenität macht die Isländer zu einem besonders interessanten Forschungsgegenstand für Humangenetiker.

Das isländische Parlament hat bereits im Dezember 1998 ein grundlegendes Gesetz verabschiedet, das „De Code Genetics" zum Zweck humangenetischer Forschungen den alleinigen Zugriff auf die Daten aus den Patientenakten zusichert.

Im Gegenzug sollen die Isländer später Medikamente, die auf dieser Grundlage entwickelt worden sind, kostenlos erhalten. Außerdem winken auf längere Zeit gewaltige Investitionen und in deren Folge eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze.

Die Einwohner Islands hatten bis Ende Juni vergangenen Jahres Gelegenheit, individuell Widerspruch gegen die Verwendung der eigenen Krankendaten und der Angaben über die Familienverhältnisse einzulegen. Mittlerweile läuft das Großforschungsprojekt auf Hochtouren.

Island unterhält ebenso wie die anderen nordischen Staaten enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Baltikum. Die Außenminister Norwegens, Schwedens, Dänemarks, Finnlands und Islands sowie der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen

Nordisch-baltische Achse

verliehen dieser Tatsache auf ihrem jüngsten Treffen im dänischen Middelfart am 29./30. August auch sprachlich Ausdruck: Statt die Zusammenkünfte wie bisher unter der Formel „5 plus 3" abzuhalten, beschlossen sie, künftig von den „8er-Runden" zu sprechen.

Die Reform der Reform der Reform?

Klarer Schlußstrich unter eine verfahrene Angelegenheit

Von R. G. KERSCHHOFER

„Stellt Euch vor, es ist Reform, und keiner geht hin!" Das Vorstellungsvermögen der Recht-schreib-Reförmlinge war zweifellos unterentwickelt, denn die Volksabstimmung mit Kugelschreiber und Tastatur brachte ein klares Ergebnis: Das oktroyierte Reförmchen wird von einer überwältigenden Mehrheit abgelehnt bzw. ignoriert, und neben ein paar Gesinnungstätern macht nur mit, wer beruflich dazu gezwungen ist. Für diesen Ortho-Murks wurden also Milliarden verpulvert, Energien vergeudet und Gräben aufgerissen! Immerhin haben Management-Schulen nun ein Fallbeispiel anzubieten, wie man's nicht machen soll: Unklare Zielsetzungen und Kompetenzen, keine Kosten-Nutzen-Analyse und keine persönliche Haftung für Resultate.

Wer standhaft geblieben war und es auf sich genommen hatte, dafür ins erzkonservative oder ultranationalistische Eck gestellt zu werden, darf aber wieder hoffen: Die normative Kraft des Praktischen veranlaßt so manchen früheren Konformisten zu reuiger Umkehr, und die „FAZ" könnte dabei den entscheidenden Impuls geliefert haben! Es geht daher mehr denn je um gezielte Öffentlichkeitsarbeit, um Vermittlung jenes *Grundwissens* und jener *Kernargumente*, die zur Abwehr von Manipulation und Scharlatanerie unerläßlich sind: Das betrifft die *politischen Aspekte*, das heißt deklarierten Beweggründe und (heimtückischen) Nebenabsichten, die *linguistischen Aspekte*, von denen eine echte Reform ausgehen müßte, und die Möglichkeiten, im Rahmen der alten Ordnung – quasi evolutionär – *Verbesserungen* herbeizuführen.

Ein Fallbeispiel dafür, wie man's nicht machen soll

Wozu eigentlich eine „Reform"? Reform ist wie eine Investition: Der Soll-Zustand muß besser sein als der Ist-Zustand, und der Umstellungsaufwand darf keinesfalls den Gewinn übersteigen. Eine Rechtschreib-Reform muß also der Sprachgemeinschaft in ihrer Gesamtheit nützen, nicht bloß den Verlagen, Kulturbürokraten und Experten. Und schon gar nicht den marxistischen Agitatoren: Denn so wie die Bolschewiken und Maoisten nach ihrer Machtübernahme Schriftreformen durchführten, angeblich zur Bekämpfung des Analphabetismus, so treten auch ihre Epigonen mit pseudo-pädagogischen Vorwänden für radikale Reformen ein. (In der neuaufgeflammten Debatte wurde bereits wieder die extreme Kleinschreibung aufs Tapet gebracht!) Es ging und geht aber immer nur darum, das „Alte" für die Jungen möglichst unlesbar zu machen, – wie etwa auch durchs Abwürgen von Kurrentschrift und Fraktur! Kulturkommissare können dann bestimmen, was gedruckt und gelesen werden soll. Unerwünschte Schriften – ob Bücher oder Feldpostbriefe – kommen heute allerdings nicht auf den Scheiterhaufen, sondern ins „Recycling".

Nun, die totalitaristischen Pläne sind zwar nicht aufgegangen, doch die Globalinskis können sich trotzdem freuen: Das angerichtete Rechtschreib-Chaos paßt durchaus zum Ziel der Entdeutschung. Es paßt zur Muttersprachlosigkeit, wie man sie bereits in den Kindergärten durchzusetzen versucht. Es paßt zum EU-Sprachenstreit. Es paßt zu einem unter marktwirtschaftlichen Vorwand geführten Kampf gegen die Buchpreisbindung, der ein Kampf gegen das Qualitätsbuch ist. Es paßt ganz allgemein zur Untergrabung etablierter Normen und Autoritäten. Und es paßt zur Schwächung unserer Kultur und Wissenschaft, unserer Wirtschaft und Überlebensfähigkeit!

Das publikumswirksamste Argument der Reformer lautet bekanntlich, daß es um „Erleichterungen" beim Schreiben und beim Erlernen der Regeln gehe. Unterschwellig wird dadurch die Zielvorstellung vermittelt, möglichst so zu schreiben, „wie man spricht". Doch genau wie der Zweck der Sprache nicht im Sprechen, sondern im Verstandenwerden liegt, muß es auch bei der Schrift in erster Linie um die *Lesbarkeit* gehen! Erleichterungen für den Schreiber können Nebenwirkung sein, doch kein Ziel an sich. Dazu noch eine zeitökonomische Überlegung: Es wird um ein Vielfaches mehr gelesen als geschrieben!

Um das Grundproblem *jeder* Rechtschreibung zu illustrieren, empfiehlt sich ein Rückblick auf die Entwicklung unserer Schrift: Am Anfang standen bildliche Darstellungen, die bestenfalls Gedächtnisstützen waren, aber keinen Bezug zur Sprache hatten. Mehrere frühe Hochkulturen schafften unabhängig voneinander den nächsten Schritt: Analog zum linear empfundenen zeitlichen Ablauf gesprochener Worte, also akustischer Symbole, wurden in ebenso linearer Weise bildliche Darstellungen angeordnet, die dasselbe bezeichnen sollten. Auch hier gab es noch keine Beziehung zwischen Laut und Schrift, wohl aber Entsprechungen im bezeichneten Inhalt – mit sequentieller Analogie von zeitlicher und räumlicher Dimension. In der Folge kam es zu Stilisierung und Abstraktion der bildlichen Symbole, wobei das jeweils verfügbare Schreibmaterial eine bedeutende Rolle spielte. Chinesisch steht nach wie vor auf dieser Stufe, und das ist weder Zufall noch Nachteil, denn wesentlich ist stets die Struktur der zu schreibenden Sprache: Für monosyllabische Tonsprachen wie das Chinesische ist die Symbol-Schrift eher geeignet als ein Alphabet und dient obendrein als einigendes Band für Volksgruppen, die mündlich oder in Lautschrift nicht miteinander kommunizieren könnten!

Im Niltal und in Mesopotamien gelang die Bezeichnung von Silben und Einzellauten: Ausgewählte bildliche Symbole wurden zu Symbolen für akustische Merkmale, speziell für den Anlaut des zugehörigen Wortes („Akrophonie"), und diese rudimentäre phonetische Schrift ermöglichte es auch, Neues – etwa Namen und Lehnwörter – zu schreiben. Darauf aufbauend schafften die Phönizier den nächsten Schritt, nämlich den gänzlichen Verzicht auf Bildzeichen. Auch das war kein Zufall, denn ihre auf einem bedeutungstragenden Konsonantengerüst beruhende Sprache legte die Abstraktion zur reinen Buchstabenschrift nahe – zu einer Konsonantenschrift ohne Bezeichnung der Vokale. Auf die phönizische Schrift gehen sämtliche Alphabete zurück – auch jenes, mit dem das jahrhundertelang mündlich überlieferte „Buch der Bücher" nachträglich aufgezeichnet wurde. Die indogermanische Struktur des Griechischen inspirierte letztlich die Erfindung von Vokalzeichen, und von da an gibt es eine kontinuierliche Entwicklung zur lateinischen bzw. zyrillischen Schrift und zu diversen Ansätzen normierter Rechtschreibung.

Die eindeutige Entsprechung von Laut und Schrift bleibt jedoch Illusion! Unsere Wörter bestehen aus „Phonemen", aus idealisierten Lauten, die – abhängig von den Nachbarlauten – unterschiedliche „phonetische", das heißt akustische Ausprägungen haben. Andererseits kann, was in phonetischer Hinsicht gleich scheint, Ausprägung unterschiedlicher Phoneme sein. Rein phonetische Schriften aber sind – außer als Hilfsmittel beim Erlernen von Fremdsprachen – unbrauchbar, und selbst die Zuordnung von Phonemen zu „Graphemen", das heißt Schriftzeichen, birgt Widersprüchlichkeiten. *Die Fähigkeit des Lesens und Schreibens ist und bleibt daher undenkbar ohne profunde Kenntnis von Wortschatz und Grammatik der jeweiligen Sprache, und Sprache bleibt undenkbar ohne jenes Weltwissen, in dem sie quasi „aufgespannt" ist.* Es bringt nichts, das Erlernen der Rechtschreibung „erleichtern" zu wollen! Freiräume sind sogar didaktisch verfehlt, denn der altväterische Spruch von Hänschen und vom Hans, der's nimmermehr lernt, ist heute neurophysiologisch untermauert: Gerade im sprachlichen Bereich gibt es frühe, prägende Entwicklungsstadien!

Bei der Wahl der Rechtschreibung müssen seinesgleichen Interessen und damit die Lesbarkeit von Texten Vorrang haben vor Erleichterungen für den Schreiber: *Ein Leser. Unser Bild zeigt das um 1850 entstandene Gemälde „O glücklicher Augenblick" von Carl Spitzweg (4. Februar 1808–23. September 1885)*

Jede Schreibung ist irgendwie defektiv – und trotzdem ist Reglementierung nötig, um Mißverständnisse zu minimieren. Jede Norm ist ein Kompromiß aus Ideal und Ökonomie, Präzision und Alltagserfordernis, Aktualität und Tradition – und trotzdem ist nicht jede Norm gleich gut! Es geht um die Vereinheitlichung unter Berücksichtigung aller lexikalischen, syntaktischen, morphologischen, phonologischen und phonetischen Besonderheiten der betreffenden Sprache – sowie der *Lebensinteressen ihrer Sprecher!*

Eine ernstzunehmende Reform setzt also ein großangelegtes, zwischen allen beteiligten Ländern akkordiertes Forschungsprojekt voraus, das auf ein gestecktes Ziel hin alle theoretisch möglichen Änderungen vorurteilslos zu analysieren hat – sowohl einzeln als auch in ihrem Zusammenwirken. Das betrifft Länge und Kürze von Vokalen, Konsonantenverdopplung, S-Schreibung (s, ss, ß), zusammengesetzte Grapheme und diakritische Zeichen („ae" statt „ä"?), Stammprinzip bei Erb- und Lehnwörtern, Schreibung von überlieferten Fremdwörtern (griechisch, lateinisch) und von neuen (englisch), Groß- und Kleinschreibung, Getrennt- und Zusammenschreibung, Abteilungsregeln und Interpunktionen. Obwohl in der Linguistik nach wie vor eher die mechanistischen Vorstellungen dominieren, lassen die heute verfügbaren empirischen Methoden zusammen mit den Erkenntnissen von Natürlichkeits-Theorie und Neurolinguistik für viele Einzelfragen brauchbare Aussagen erwarten, auf die dann eine Gesamtempfehlung aufbauen kann.

Vielleicht wird sich herausstellen, daß in einer zur Nominalisierung neigenden Sprache das Substantiv nicht zufällig „Hauptwort" heißt und daß seine Großschreibung den Vorteil für den Leser ist! Vielleicht auch, daß es wegen des Sinnzusammenhangs von Ableitungen aus dem Griechischen vorteilhaft ist, weiterhin zwischen „Theta" und „Tau" zu unterscheiden und orthographische Bastarde zu vermeiden! Und vielleicht, daß pseudo-phonetische Vereinfachungen eher nachteilig sind – siehe Hänschen und Hans! Da die überlieferte deutsche Orthographie ohnehin nicht an historischer Überfrachtung oder anderen Extremen leidet, wird sich vielleicht herauskristallisieren, daß eine Reform völlig unrentabel ist – dann war das Geld für die Studie besonders gut angelegt!

Das ist Überleitung zur Frage, welche Verbesserungen ohne Reform möglich sind – stets unter dem *Primat der Lesbarkeit.* Man sollte die assoziative Funktionsweise unseres Gehirns berücksichtigen: Das Verstehen gehörter oder gelesener Sprache läuft nämlich keineswegs so linear ab, wie es Bandaufnahmen oder Schriftzeilen suggerieren! Die Abarbeitung des Wahrgenommenen erfolgt vielmehr parallel, überlappend und in Blöcken, welche – der Natur des Kurzzeitgedächtnisses entsprechend – nicht zu lang sein dürfen. Der Prozeß ist konditioniert durch sprachliche und außersprachliche Umstände, spielt sich also im Rahmen einer Erwartungshaltung ab, die hilfreich – oder irreführend sein kann.

Die zu dekodierende Information steckt nicht nur in den segmentalen Elementen, also den Phonemen, Morphemen und Lexemen (Wörtern), sondern auch in suprasegmentalen Merkmalen, die als Intonation oder Prosodie bekannt sind: Variationen des Schalldrucks (Wort- und Satzakzent), Hebung oder Senkung des Tonfalls, Dehnungen und Pausen beeinflussen die Erwartungshaltung und tragen wesentlich zum Verständnis des Gesprochenen bei. Die gleiche Wortsequenz kann – je nachdem – Feststellung oder Frage, Vorwurf, Überraschungsreaktion etc. sein, aber gerade diese Aspekte sind in der Schrift nicht oder bloß mangelhaft berücksichtigt! Es erscheint deshalb zweckmäßig, das Geschriebene besser „aufzubereiten", es zu strukturieren und zu „portionieren", wofür – abgesehen von Satzbau und Stilistik – graphische Hervorhebungen, Bindestriche, Gedankenstriche, Beistriche und andere Satzzeichen in Frage kommen.

Überlegt verwendete Bindestriche machen zusammengesetzte Wörter leichter lesbar, insbesondere wenn sie nicht-lexikalisierte spontane Kombinationen sind („Bleistift-Mörder") oder aus mehr als zwei Wortstämmen bestehen („Autobahn-Raststätte") oder mindestens ein Fremdwort enthalten („Frustrations-Schwelle", „Inzest-Tabu") oder zahlreiche Ableitungs-Morpheme aufweisen („Verteidigungs-Anstrengungen") oder Eigennamen umfassen („Schröder-Versprechungen") oder wenn falsche Assoziationen vermieden werden sollen. (Bei „Druckerei-Erzeugnissen" und „Europa-Parlament" etwa könnten ohne Bindestriche „Eier" bzw. „Opapa" mitschwingen!)

Gedankenstriche und Beistriche sind geeignet, jene minimalen Pausen und Tonschwankungen anzudeuten, die beim Hören eine Beiordnung oder Unterordnung von Satzgliedern erkennen lassen. Wer sich dessen bewußt ist, hat auch nur selten Schwierigkeiten mit Beistrichregeln! Gedankenstriche signalisieren, wie der Name sagt, Gedankensprünge oder Einschübe. Bei ihrer – wohlgemerkt: sparsamen – Verwendung läßt sich eher als mit Beistrichen jener Schachtelsatz-Effekt vermeiden, der das Verständnis so erschwert.

„Schreiben, wie man liest" muß oberste Maxime der Rechtschreibung sein, und das spricht auch für Zusammenschreibung gemäß dem *prosodischen Wort,* also etwa für „mithilfe", „zugunsten", „leidtun": Denn wo Substantive ihren substantivischen Charakter verloren haben, führen Großschreibung und Trennung in die Irre!

Abschließend noch ein Kommentar zu Versuchen, die gescheiterte Reform durch nachträgliches Herumbasteln zu sanieren: Es ist stets besser, eine Fehlinvestition sofort und gänzlich abzuschreiben, als dem schlechten Geld gutes nachzuwerfen.

Die Weichen falsch gestellt

Der Völkerrechtler Theodor Schweisfurth kritisiert das Bodenreformurteil des Bundesverfassungsgerichts



Zentrales Grundbuchamt der DDR: *Eigentumsvernichtung nach der Wiedervereinigung*

Das Bundesverfassungsgericht, als eine Art „Reparaturbetrieb" mißlingender und mißliebiger Gesetzesvorhaben und „Ersatzinstanz" für politische Schwächlinge und die Scheu von Regierenden zu klaren Entscheidungen ohnehin zunehmend überfordert, hat in diesem Sommer nun noch ein gravierendes Problem hinzubekommen, das – ob von den einzelnen Richtern akzeptiert oder nicht – an seine Grundfesten rührt und die Identität als staatstragende Institution und das nicht unwesentliche „Image" für seine künftige Rolle und Akzeptanz in Frage stellt. Die neue Herausforderung kommt von der Rechtswissenschaft selbst, in Gestalt eines Buches des Völkerrechtlers Professor Theodor Schweisfurth (früher Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, jetzt Heidelberg).

Die von verschiedenen führenden Rechts- und Staatswissenschaftlern bereits als grundlegende Arbeit zur Weiterverfolgung der Verfahren gegen die vollkommen mißglückten gesetzlichen Regelungen und Urteile in der Frage der Konfiskation 1945–1949 und deren Folgen für den Rechtsstaat, innere Einheit und Aufbau Ost bezeichnete Studie – sie entstand aus einer Schlußvorlesung in der Universität Frankfurt/Oder – hat tatsächlich das fälschlich als „Bodenreform"-Thema verengte Problem des Rechtsverfalls im neuen Deutschland exemplarisch beleuchtet.

Wie die starrsinnige Fortsetzung der Eigentumsvernichtung nach der deutschen Wiedervereinigung, im Machtkalkül der Politiker ersonnen, von „Fiskalisten" in Ministerien und Ämtern in ihrer Vorstellung vom Behaltenwollen geerbter Beute umgesetzt, auch nicht vor dem Bundesverfassungsgericht haltgemacht hat, das analysiert Schweisfurth in seiner bestechend logischen, kristallklaren, zum Glück auch allgemeinverständlich geschriebenen Darstellung. Der völkerrechtlichen Analyse folgt die Herausarbeitung der Konsequenzen für das deutsche Recht; eigentlich sogar mit einer Forderung an die deutsche Politik und für die demokratisch-freiheitliche Gesellschaft.

Schweisfurth erinnert daran, daß der Raubzug der Kommunisten gegen das Bürgertum und die politisch aus ihrer Sicht zu beseitigende Klasse keine Enteignung war, sondern „nur" ein Besitzentzug, Konfiskation also. Denn Eigentum kann ohne Entschädigung nicht weggenommen werden. Die Verfolgungsopfer blieben bis 1990 Eigentümer ihres konfiszierten Besitzes.

In der Übernahme der Behauptung der Bundesregierung – zumindest im 1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts („Herzog-Spruch") zur „Bodenreform" (so auch falsch in der BVG-Terminologie), – die gesamten Konfiskationen lägen in der Verantwortung und Zuständigkeit der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht, hat sich – wie Schweisfurth scharfsinnig herausschält – das oberste Gericht selbst entscheidend widersprochen, wenn nicht sogar seine Entscheidungen wertlos gemacht. – Denn wenn die Vorgabe der sowjetischen Zuständigkeit richtig war, *mußten* die Maßstäbe des Völkerrechts beachtet werden – und genau dies haben Roman Herzog und seine Kollegen nicht getan.

Das Völkerrecht sagt völlig eindeutig, daß privates Eigentum überhaupt nicht für Enteignungen durch Besatzungsmächte in Betracht kommt, denn Kriege werden bekanntlich gegen Staaten, nicht gegen private Bürger und deren Eigentum geführt. Der französische Originaltext der Haager Landkriegsordnung (HLKO) sagt es so: „Privates Eigentum *kann* nicht konfisziert werden" – das ist mehr als ... „Die Konfiskation ist verboten".

Das Bundesverfassungsgericht hat das Völkerrecht mißachtet

Die Sowjetunion, als Signatarland der HLKO an diese Regelung fest gebunden, hat also unzweifelhaft das Völkerrecht verletzt, was rechtlich zu überprüfen war. Wenn also, so Schweisfurth, eine Konfiskation rechtlich unmöglich war, dann ist sie auch ohne jede rechtliche Wirkung, also nichtig. Unheilbar nichtig auch, weil dem Konfiskationsverbot die höchste Qualität zukommt, es ist sozusagen „ius cogens", das heißt zwingendes Recht. Fazit: Es gab gar keine wirksame Enteignung.

Um so erstaunlicher, daß in dem Urteil vom 23. April 1991 trotz der eindeutigen Basierung auf der sowjetischen Zuständigkeit auf das Völkerrecht und seine übergeordnete Bedeutung, ja nicht einmal auf den eindeutigen Text der HLKO eingegangen wird. Laut Schweisfurth hätten Herzog und seine Kollegen feststellen müssen, daß die Eigentumsrechte der Konfiskationsopfer fortbestanden. Ein schwerwiegender Vorwurf des „Rechtsirrtums" an die Adresse einer obersten Gerichtsinstanz. In der Argumentationskette des Autors wird dann weiter herausgearbeitet, daß erst mit dem Artikel 41 Absatz I des Einigungsvertrages von 1990 der kommunistische Besitzentzug zu einer – wenngleich rechtswidrigen – Enteignung geführt hat. Die lange Zeit des Besitzentzuges hat nichts an den – so lange nicht umsetzbaren – Eigentumsansprüchen geändert. Die Rechte der Eigentümer erhielten 1990 neuen und praktischen Wert.

Schweisfurth betont zur Klarstellung auch die völkerrechtliche Abschlußfreiheit der Vertragsparteien im Einigungsvertrag. BRD und DDR wußten, daß eine Enteignung der von den Konfiskationen Betroffenen nicht stattgefunden hatte. Das Resumé ist düster für die Täter: Die Bundesrepublik leistete Beihilfe zur Erhaltung eines schwerwiegenden Unrechtsbestands, sie verging sich gegen zwingendes Völkerrecht. Die Konsequenz: Der Artikel 41, Abs. 1 des Einigungsvertrages (EV) selbst ist nichtig.

Mit dem Beitritt der DDR ist zwar die völkerrechtliche Seite des Einigungsvertrages gegenstandslos geworden, denn nach dem Erlöschen der DDR wurde er zum Landes- das heißt Bundesrecht, aber auch die neue Rechtslage ist völkerrechtlich bedeutsam. Denn das Recht der Länder muß mit dem Völkerrecht im Einklang stehen. Dies aber ist in diesem Fall – wie der ganze Ablauf der Rechtswidrigkeit und die dadurch entstandene rechtsstaatlich chaotische Lage zeigt – nicht gegeben und muß dringlich geregelt werden. Schließlich die brisante Feststellung Schweisfurths: Mit dem (neu geschaffenen) Artikel 143, Absatz 3 des Grundgesetzes, die (nichtige) Bestimmung des Artikel 41 Absatz 1 EV als verfassungsrechtlich bestandskräftig erklärt, sei dem Ganzen „auch noch die Dornenkrone völkerrechtswidrigen Verfassungsrechts aufgesetzt worden. Und die Verfassungsänderung, die dem zugrunde liegt? Schweisfurths Rechtsprüfung nach Artikel 79 des Grundgesetzes bestätigt andere Rechtswissenschaftler: Bei der eingebauten Verfassungsänderung hat der deutsche Gesetzgeber die ihm gesetzten Grenzen nicht eingehalten. Also die Bestimmungen des Artikel 143 Absatz 3 wiederum nicht Rechtens.

Also: Verfassungswidriges, Verworrenes als geltendes Recht? Kann das dauerhaft Bestand haben, auch wenn soviel dezidiert politisches Interesse am Unrecht am Spiel ist? Professor Schweisfurth meint, daß Richtervorlagen und Verfassungsbeschwerden weiterhelfen werden, wenn diese sich auf das Völkerrecht stützen und die Fehlentwicklung seit 1990 juristisch unwiderlegbar nachzeichnen. Artikel 100 des Grundgesetzes und das Völkerrecht liefern hierfür die klare Grundlage. Da die eindeutigen Regeln des Völkerrechts den Gesetzen der Länder vorgehen, dürfen, so Schweisfurth, die Folgebestimmungen des – nichtigen – Artikels 41, Abs. 1 EV, also vor allem die des Vermögensgesetzes, nicht angewendet werden.

Die Berufung auf die Rechtslage der DDR führt zu neuen Verfahren

Man sieht also deutlich: Ein rechtsstaatlich sauberer Weg zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit des so strapazierten Rechtsstaats in dieser Frage wäre immer noch zu finden und damit mehr Rechtsfrieden zu schaffen, Ruhe gibt es – so darf man folgern – nach dem Erscheinen dieses Buches in der Politik- und Rechtsszene weniger denn je. Und was rechtlich und rechtsstaatlich geboten ist, kann man nicht ewig mit dem billigen Hinweis abtun, dies sei politisch nicht gewollt oder nicht durchsetzbar ...

Anzumerken bleibt auch noch dieses: Wenn Schweisfurth das Bundesverfassungsgericht insofern „im selbstgewobenen Fallstrick" fängt, weil dieses ja ausdrücklich auf die sowjetische Zuständigkeit und damit auf das (mißachtete) Völkerrecht abhebt, so nützt ein etwaiger später „Hakenschlag" nichts: Die Wegnahmen seien wohl doch im wesentlichen eine Maßnahme, die in die deutsch-rechtliche Verantwortung falle. Ist diese These richtig – wofür einiges spricht – und sollte sie jetzt, vielleicht aus taktischen Gründen wegen der Völkerrechtsdiskussion in den Vordergrund geschoben werden, so ist auch dann eine ernsthafte Wiederaufnahme von Verfahren gefordert, denn die Argumente des Bundesverfassungsgerichtes bauen ja auf der „Vorbedingung" und der „Besatzungshoheit" auf; ihnen wäre auch in diesem Falle der Boden weggezogen.

Manches wird sich mit der Diskussion um dieses Buch noch rascher verändern: Man darf erfreulicherweise davon ausgehen, daß der verantwortungsbewußte Widerstand gegen die unhaltbaren, leider von Karlsruhe mit geschaffenen Zustände wächst und wächst.

Anläßlich dieser juristischen Aufarbeitung von Rang und der aufgezeichneten Ansätze zur Lösung oder doch Milderung des Unrechttatbestands ist auch zu sagen: Dem Gemeinwesen wäre es sicherlich sehr dienlich, wenn Rechtsstaatler unter den Politikern von sich aus der „unendlichen Geschichte" eine neue Wendung geben würden, nicht zuletzt um dem höchsten Bundesgericht ein wenig von seiner Überforderung abzunehmen. Noch allerdings sieht es nicht so aus, daß die hartgesottenen Unrechtsstrategen in den verschiedenen Lagern der politischen Verantwortung ihre Hoffnung aufgeben, mit Hilfe geschwächter Institutionen das Gleichbehandlungs- und das Eigentumsrecht nachhaltig zu verändern und so dem Rechtsstaat seine Grube zu graben.

Vestigia terrent, Herr Professor Herzog, Frau Professor Limbach und Kollegen ... – Und im übrigen: Kurskorrektur ist schnell möglich, Richtervorlage und Verfassungsbeschwerden – von Schweisfurth im Juni angeregt – liegen schon in Karlsruhe im Posteingang. Sie nicht anzunehmen oder abzublocken wäre nicht sehr weise und schon gar nicht rechtsfriedenstiftend; und – wie die zu erwartende Entscheidung zum rechtswidrigen Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG), fast auf Regierungslinie – eine gefährlich-erfolgreich falsch gestellte Weiche für die Zukunft dieses Staatswesens.

Ulrich Landskron

Theodor Schweisfurth: SBZ-Konfiskation privaten Eigentums 1945 bis 1949. *Völkerrechtliche Analyse und Konsequenzen für das deutsche Recht, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, 95 Seiten, 38 Mark. Der Band ist erschienen in der Reihe „Leipziger Schriften zum Völkerrecht, Europarecht und ausländischen öffentlichen Recht", Band 3.*

Geschichte zum Anfassen

Unser aktuelles Interview zum Tag des offenen Denkmals

Wieder wird in diesem Jahr der zweite Sonntag im September ganz im Zeichen des Denkmalschutzes stehen. Zum „Tag des offenen Denkmals“ am 10. September erwarten die Veranstalter bundesweit eine große Zahl von Architektur- und Geschichtsliebhabern, die sich für das Erbe der Väter begeistern können. In vielen Städten und Gemeinden werden Kulturdenkmale, die sonst meist verschlossen sind, für Besucher geöffnet sein. Windmühlen, Dorfkirchen und Bürgerhäuser, Schlösser, Burgen und Herrenhäuser, historische Friedhöfe, industrielle Anlagen oder Bauernhöfe bieten „Geschichte zum Anfassen“. Zum achten Mal wird in Deutschland der „Tag des offenen Denkmals“ durchgeführt. In diesem Jahr hat die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die diese Aktion im Rahmen der „European Heritage Days“ koordiniert, Görlitz in Sachsen als zentralen Veranstaltungsort gewählt. Zur Problematik des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege befragte OB-Redakteurin Silke Osman den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Professor Dr. Gottfried Kiesow.

Professor Kiesow, zum achten Mal Tag des offenen Denkmals in Deutschland. Welche Absicht verbirgt sich hinter dieser Aktion? Gibt es denn nicht genug Museen oder Schlösser, die über unsere reiche Vergangenheit informieren?

Kiesow: Unser kulturelles Erbe ist wesentlich vielfältiger und umfangreicher als das, was sich in Museen und Schlössern präsentieren läßt. Es geht ja gerade darum, die Denkmale in unser tägliches Leben einzubinden, die historischen Altstädte zu beleben, in alten Gebäuden zu wohnen, zu arbeiten – und zu feiern. Nur für wenige Denkmale kommt eine museale Nutzung in Frage, die Mehrzahl steht „mitten im Leben“. Diese alltäglichen, aber oft nicht zugänglichen Denkmale zu öffnen, das ist die Idee des Tages des offenen Denkmals.



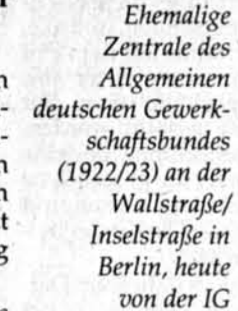
Gottfried Kiesow: *Geboren 1931 im Kreis Landsberg an der Warthe, studierte er von 1951 bis 1956 Kunstgeschichte, Klassische Archäologie und Geschichte in Göttingen. Seit 1961 arbeitet er als Denkmalpfleger. Nach mehrjähriger Tätigkeit in Niedersachsen wurde er 1966 als Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen berufen, wo er bis zu seiner Pensionierung 1996 tätig war. Bereits 1985 einer der Mitbegründer der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, wurde er 1994 zu deren Vorstandsvorsitzenden gewählt.* Foto DSD, M. L. Preiss

Mit dem diesjährigen Schwerpunkt-Thema „Alte Bauten – Neue Chancen: Umnutzung von Denkmalen“ wollen wir außerdem ganz bewußt einmal die Möglichkeiten von neuer, denkmalgerechter Nutzung in alten Bauten vorstellen. Die Zeugen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sind hier sicher ganz besonders reizvoll – ich erwähne nur die Speicherbauten in Hamburg – aber auch die denkmalgerechte Umnutzung eines Bürgerhauses als Büro, der Einbau einer Bibliothek in einen von der Gemeinde nicht mehr genutzten Kirchenbau, die Umnutzung einer historischen Scheune für einen Verein oder als Ferienwohnung – es gibt unendlich viele kreative Ideen, die den dauerhaften Erhalt unserer gebauten Umwelt erst ermöglichen. Hierfür das Auge zu schärfen, dazu leistet der Tag des offenen Denkmals einen hervorragenden Beitrag.

Wieder ist es mit Görlitz eine Stadt in Mitteldeutschland, die als zentraler Veranstaltungsort gewählt wurde. Ein Zeichen, daß die Stiftung ihre Aufgabe nach der Wende vor allem in der Rettung erhaltenswerter Bausubstanz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sieht? Gibt es nicht auch in den alten Bundesländern noch viel zu tun?

Kiesow: Mit der zentralen Eröffnungsveranstaltung will die Stiftung das Augenmerk auf besondere Kostbarkeiten in den einzelnen Bundesländern lenken. Nach der Fachwerkstadt Quedlinburg, der Hansestadt Wismar ist in diesem Jahr die Renaissance-Stadt Görlitz in Sachsen Gastgeber. Alle drei Städte sind Förderschwerpunkte der deutschen Stiftung Denkmalschutz, deren satzungsgemäße Aufgabe die Rettung bedrohter Denkmale in ganz Deutschland ist. Nach der Öffnung der Grenzen wurde allen Beteiligten schnell klar, daß die Bedrohung der historischen Bauten in den östlichen Bundesländern – ich spreche lieber von östlich, da etwa Sachsen natürlich wesentlich älter ist als das Bundesland Hessen, wo ich die letzten Jahrzehnte als Landeskonservator tätig sein konnte – wesentlich ernster und akuter war. Daher lag der Förderschwerpunkt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in den letzten Jahren auch dort.

Und auch wenn in den letzten zehn Jahren vom Bund, den Ländern, den Gemeinden, den Bürgern als Bauherren und einer Vielzahl privater Initiativen eine ungeheure Aufbauleistung vollbracht wurde, wird dies – in etwas abgeschwächter Form – sicherlich auch noch eine Weile so bleiben. Man darf jedoch nicht übersehen, daß auch in den westlichen Bundesländern in Anbetracht der Kürzung der öffentlichen Mittel gerade im kulturellen Bereich privates Engagement um so mehr gefordert ist. Daher setzt die Stiftung mit ihrer Förderung ganz bewußt auch hier Zeichen.



Professor Kiesow, Sie sind im Kreis Landsberg an der Warthe geboren. Wenn Sie heute die verfallenen Gebäude, die Schlösser und Kirchen, die Bürgerhäuser vor allem im nördlichen Ostpreußen sehen, blutet Ihnen als Denkmalschützer nicht das Herz? Und sehen Sie überhaupt eine Chance einen Teil dieses baulichen Erbes zu retten?

Kiesow: Wenn ich eben die ungeheure Leistung der letzten zehn Jahre in den östlichen Bundesländern hervorgehoben habe, so war dies sicherlich nur deshalb möglich, weil die Bundesrepublik als Ganzes – trotz allem Jammern und Klagen – insgesamt ein wirtschaftlich äußerst starkes und leistungsfähiges Land ist. Je weiter wir nach Osten sehen, desto problematischer wird die Situation. Die Entwicklung einer leistungsfähigen Wirtschaft, aus der heraus dann auch die Erhaltung, Pflege und Erneuerung der Kultur entstehen kann, wird hier noch dauern. Es ist zu hoffen, daß dies so schnell geschieht, daß es nicht für viele historische Bauten – vor allem im russischen Teil Ostpreußens – zu spät ist. Wenn ich jedoch das Engagement und den Einsatz der Kollegen in Polen, Tschechien, Ungarn oder in den baltischen Ländern sehe, stimmt mich dies zuversichtlich. Die Einbindung der osteuropäischen Länder in die EU ist daher auch für die Erhaltung unseres gemeinsamen europäischen kulturellen Erbes von besonderer Bedeutung.

Vielfach ist es privates Engagement, das die Erhaltung erhaltenswerter Bauten überhaupt erst möglich macht. Wie kann man das Verständnis für die wertvollen Zeugnisse unserer Vergangenheit bei der Jugend fördern?

Kiesow: Sie haben vollkommen recht, daß die Denkmalpflege ohne die vielfältigen privaten Fördergemeinschaften, Vereine und Bürgerinitiativen nicht mehr auskäme. Die Bürger müssen die Denkmale – die ja einmal von Bürgern geschaffen wurden! – wieder in ihre Verantwortung übernehmen. Viele Denkmale gerade in den östlichen Bundesländern sind nur dank des jahrzehntelangen Engagements von mutigen Privatpersonen erhalten worden, die unter schwierigsten Bedingungen für deren Rettung eingetreten sind. Und hier finden wir immer wieder äußerst engagierte und motivierte junge Leute, die erkannt haben, daß Denkmalschutz etwas mit der Erhaltung eines lebenswerten Umfeldes für sie und die nächste Generation zu tun hat. Die erkannt haben, daß Denkmalschutz – die Reparatur von Bauten! – ressourcensparend ist. Denkmalpflege war schon „nachhaltig“, bevor dieses Wort überhaupt erdacht wurde.

Der Tag des offenen Denkmals zeigt deutlich, daß Denkmalschutz auch Millionen von jungen Bürgerinnen und Bürgern auf die Beine bringt, die damit deutlich dokumentieren, daß sie sich interessieren und engagieren für ihre Wurzeln, um die Gegenwart und Zukunft gestalten zu können. Mit dem Projekt „Jugendbauhütte“ in Quedlinburg versuchen wir, ein Freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege anzustoßen. Wir hoffen, dieses auch berufsorientierend wirkende Jahr analog zu den freiwilligen sozialen und ökologischen Jahren auch gesetzlich zu verankern, da Denkmalschutz ein ebenso gesellschaftlich relevantes Thema ist.

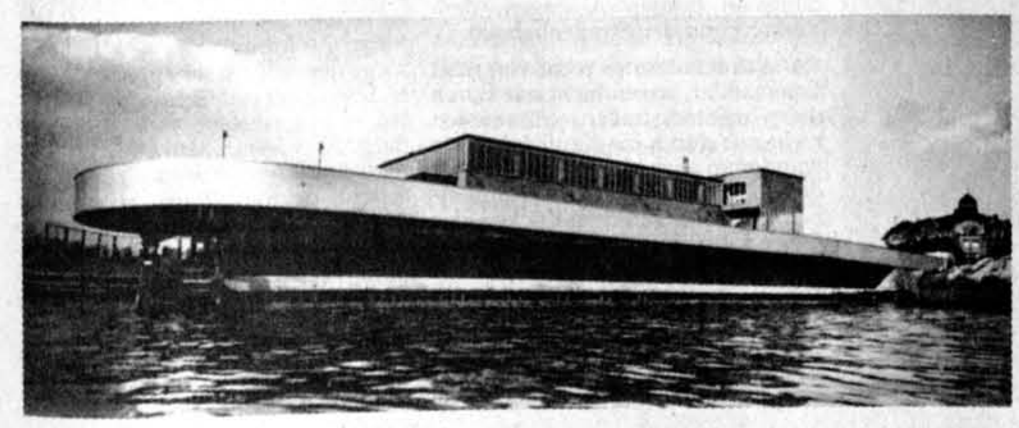
Wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahrtausends. Allerorten wird zurück-, aber auch nach vorn geblickt. Haben Sie einen Wunsch für die Zukunft?

Kiesow: Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz hat – trotz aller Unterschiede – den National Trust in England immer als ihr Vorbild angesehen. Da der NT 100 Jahre älter ist, hoffe ich, nicht verwegen zu sein mit meinem Wunsch, daß sich in Deutschland mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz eine ähnlich erfolgreiche Bürgerinitiative entwickelt, die sich auch einmal statt unserer bisher über 100 000 treuen Förderer auf eine Mitgliederzahl von über 2,6 Millionen stützen kann. Dann würde ich mir keine Sorgen mehr darum machen, daß dem Denkmalschutz auch von politischer Seite die Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen würde, die er verdient.

Wir danken Ihnen für dieses Gespräch, Professor Kiesow.



Max Taut: *Ehemalige Zentrale des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes (1922/23) an der Wallstraße/Inselstraße in Berlin, heute von der IG Bergbau, Chemie, Energie genutzt*



Paul Baumgarten: *Ehemalige Müllverladestation in Charlottenburg (1936), heute als Architekturbüro genutzt*

Fotos (2) Archiv

Alte Bauten – Neue Chancen

In ganz Deutschland und in vielen weiteren europäischen Staaten wird der Tag des offenen Denkmals im September begangen. Auch in der Hauptstadt Berlin werden wieder viele Sehenswürdigkeiten zugänglich sein, die sonst für die Öffentlichkeit verschlossen sind. Auf Führungen und Dokumentationsveranstaltungen werden Eigentümer und Pächter auf die Besonderheiten der Bauwerke aufmerksam machen.

Gerade auch die Industriekultur soll in diesem Jahr besonders berücksichtigt werden. Und Berlin als die „ehemals größte Industriestadt Europas und als Schaltstelle des technischen Fortschritts“, so der Berliner Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder, biete besonders viele eindrucksvolle Beispiele; er wies auf die Möglichkeiten der Umnutzung auch industrieller Bauten hin. „Durch die Verknüpfung von Erhaltung und Weiterentwicklung alter Bauten leisten Denkmalschutz und Stadterhaltung einen Beitrag für die Begreifbarkeit von Vergangenheit und zur Daseinsvorsorge für künftige Generationen.“

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Umnutzung eines Gebäudes ist die ehemalige Müllverladestation in Charlottenburg, 1936 von dem vor 100 Jahren in Tilsit geborenen Architekten Paul Baumgarten geschaffen. Heute beherbergt sie das Architekturbüro Kleihues. Zu besichtigen sind auch Bauten der Königsberger Brüder Taut in Berlin: die Gartenstadt Falkenberg (Bruno Taut, 1913/14), Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker (Max Taut, 1925/26), Max-Taut-Schule in Lichtenberg (1929–34), Schulpavillon von Bruno Taut in Neukölln (1928) oder die ehemalige Zentrale des ADGB von Max Taut (1922/23) in Berlin-Mitte. **os**

Ein Fest für Tante Minna

Von ANNE BAHRS

Ganz groß" wollte sie ihren 80. Geburtstag feiern, das hatte Tante Minna schon lange vorher angekündigt, damit ihre Geschwister, ihre Kinder, die inzwischen ja auch schon oder beinahe Rentner und erfahrene Großeltern sind, die Neffen und Nichten mit Anhang und dann natürlich auch das „liebe lütte Krabbelvolk" ihren Terminplan darauf einstellen konnten. Zum Glück fiel dieser Tag in die Urlaubszeit. „Man könnte im Garten ein großes Zelt aufbauen!" lautete ein Vorschlag. „Und wo sollen alle Leute schlafen?" Tante Minna zählte an ihren und ihrer Kinder Finger die Häupter ihrer Lieben ab und überzeugte, daß nur ein anderer Vorschlag respektabel sei. Sie hatte vorgesorgt, Prospekte von Hotels und Ferienquartieren in der Umgebung besorgt, und nun sollte sich jedes Familienoberhaupt selbst ums Quartier kümmern. Basta!

Wie gut, daß Tante Minna klipp und klar sagte, wie sie es meinte. Aber Helga und Heinz erklärten sich bereit, die Gesamtorganisation zu übernehmen. Denn irgendwie mußten doch auch Überraschungen untergebracht werden können für Tante Minna, die sich immer noch zum eigenen Tun berufen fühlte.

Das war auch stets nötig gewesen, besonders, seit sie im letzten Kriegswinter mit ihren vier Kindern und den wenigen Habseligkeiten, die sie anziehen und tragen konnten, auf die abenteuerlichste, grausamste Weise von Neidenburg in Ostpreußen nach Irgendwohin flüchten mußte. Endlich landeten sie in Dänemark und fanden später in der Nähe von Heide in Dithmarschen im Altenteilerhaus eines Marschenhofes mehr schlecht als recht Aufnahme im beschlagnahmten Quartier, in dem auch schon andere Flüchtlinge lebten. Dort konnte Tante Minna aber ihre Kinder in die Schule schicken. Die lernten von den einheimischen Gören das Holsteiner Platt und verloren allmählich den breiten, liebevollen Wohllaut des ostpreußischen Dialektes, den Tante Minna heute noch spricht.

Auch daß man dort in alle Richtungen weit ins Land gucken kann, wurde dem Nachwuchs schnell vertraut. Tante Minna aber sehnte sich noch immer nach den großen Wäldern Ostpreußens, nach Blüten-, Tannen- und Honigduft, der sie dort umgab. Das Heimweh wurde mit viel Arbeit niedergehalten. Die alltäglichen Sorgen zu meistern forderte alle Kraft. Tante Minna wollte sich nicht unterkriegen lassen. Denn wenn ihr lieber Karl, der vermißte, doch die mögliche Gefangenschaft in Rußland überleben und sie endlich finden könnte, mußte sie ihm doch ein Willkommen bereiten.

Tatsächlich kam eines Tages die Karte vom Roten Kreuz mit der Glücksbotschaft, daß die Suche nach Karl Gutzeit erfolgreich war. Der verwundete Unteroffizier wäre nun transportfähig und würde aus der Gefangenschaft entlassen. Am 20. Juli 1950 sollte er im Aufnahmelager Friedland eintreffen.

Ganz närrisch vor Aufregung und Freude zeigte die Mutter diese Nachricht ihren Quartiersleuten, und alle, die außer ihrer Familie auf dem Hof untergekommen waren, rieten ihr, sofort nach Friedland zu reisen. Für die Kinder sollte gesorgt werden. Und dann trat Tante Minna die dritte abenteuerliche, aber die glücklichste Reise ihres Lebens an und kam mit ihrem Mann zurück. Die Kinder hatten ihren Vater wieder.

„Das ist nun bald 50 Jahre her. Darum muß gefeiert werden, ganz groß!" Wieder und wieder hatte Tante Minna diesen Wunsch geäußert, zuletzt energisch und so deutlich, daß eine Debatte darüber gar nicht in Betracht kommen konnte.

„Und was können wir dir schenken, liebe Tante, liebe Schwester, Schwägerin, liebe Großmutter, liebe Mutter? Sage nicht: Ich habe doch alles, ich brauche doch nicht mehr! – Du bringst uns in Verlegenheit!" – „Um Gottes willen, das muß ich verhindern! Ich wünsche mir Geld, nichts als Geld!" war Tante Minnas kurze Antwort, die uns verblüffte, denn sie war doch stets sehr gebefreudig, auch nicht arm und im persönlichen Anspruch stets bescheiden.

„Geld schenken, so eine nüchterne Angelegenheit, ist nicht jedermanns Sache!" meinte Helga. „Wie kommt Tante Minna nur auf diese Idee? Sie leidet doch keine materielle Not, ist noch sehr rüstig und lebt in dem schönen Häuschen, das Onkel Karl bauen lassen konnte, nachdem er auf dem Bauernhof einen Bienenstand errichten und betreuen durfte, der ihm Arbeit und auch dem Hof Geld einbrachte. Seitdem war die ganze Familie dort wohlgelitten. Als Onkel Karl eine gute Prothese bekam und in Heide in seinem Beruf als Lehrer arbeitete, kaufte er das transportable Bienenhaus und machte sich dann als Imker selbständig. Da war die Bauersfamilie beinahe traurig." Vor fünf Jahren dann mußte Karl Gutzeit die große Reise ohne Wiederkehr antreten.

„Ich habe eine Idee!" sagte eines Tages Vetter Karl Gutzeit jun., und er schien davon selbst begeistert zu sein. „Wir führen als Geburtstagsüberraschung ein Laienspiel auf, bringen ‚Neidenburg und die masurische Imkerei' auf die Bühne von Heitmann's Gasthof. Den Saal können wir mieten. Das steht fest. Das Stück spukt schon in meinem Kopf herum. Ich stelle mir vor, daß unsere Elke als junge Minna Gutzeit auftritt und zeigt, wie ihre Großmutter wohl im Lehrer- und Imkerhaus gewirkt hat. Demnächst werden wir mit unseren Kindern und Enkeln ein Imkermuseum besuchen, uns informieren, wie es zuging, bis der Honig ins Glas kam, und uns aus Büchern schlau machen, um die Bienengeschichte Ostpreußens spielen zu können.

Onkel Friedrich ist doch der richtige Typ, um als Imkerkönig Georg Borrmann aufzutreten. Wißt ihr noch, wie wir dessen 70. Geburtstag gefeiert haben? Das war ein Fest! Auch etliche ostpreußische Imker, die er als Bienenexperte im Westen wieder gesammelt und organisiert hat, waren gekommen. Alle haben wieder mit der Bienenzucht begonnen und sich manche Mark hinzuverdient. Aber zu einem Staat mit 500 Bienenvölkern, wie er ihn damals in Ostpreußen besaß, ist auch Georg Borrmann nicht wieder gekommen. Es gebe hier leider keine masurischen Wälder und Wiesen, beklagte er."

Wie gut, daß Vetter Karl Gutzeit nun als Rentner Heimatforschung betreiben und in dieser Eigenschaft seine Mutter gehörig ausfragen konnte. Das ließ sie sich gern gefallen. Von der Landsmannschaft Ostpreußen hatte er sich Filme und Bücher geliehen, und so fiel es ihm nicht schwer, seinen „Imkerkönig Georg Borrmann" auf der Bühne erzählen zu lassen, schon zur Zeit der Ordensritter habe die Imkerei in Ostpreußen eine ganz große Rolle gespielt. Im Jahre 1340 sei die Burg Lötzen gegründet worden, und alle Siedler in ihrem Schutz seien Bienenzüchter gewesen – wie in Neidenburg.

„Ich lasse unsere jungen Leute – die Kostümierung sollte nicht schwer fallen – als Waldbauern auftreten, die an Neujahr ihren Zins in Form von Honig und Wachs auf der Burg abliefern mußten. Dabei hat es wie damals recht ordentlich zuzugehen: ‚links Honig – rechts Wachs!' müssen die Burgleute den Bauern zurufen und ihnen – hier imaginär – den flüssigen Honig abnehmen, abmessen, in Kannen füllen und das zusammengedrückte Wachs wiegen.

Dann kommt der nächste Akt: Wie die Ritter von Neidenburg halten wir einen ‚nahrhaften Markt' ab, wie ein Ordenschronist im Jahre 1595 schon berichtete. Da wurden Fleisch, Flachs, Schafwolle und Rauchwerk gehandelt, auch Honig in Waben oder in den wohlgeformten bauchigen Krügen, schön verziert, wie sie in der Töpferstadt Neidenburg hergestellt wurden. Ihr wißt doch, wie stolz unsere Mutter war, als sie zwei solcher Krüge auf einem Flohmarkt ergattern konnte! Die werde ich mir unter Vorwand ‚für einen guten Zweck' ausleihen, wenn wir einen solchen Markt auf die Bühne bringen.

Da darf dann auch der echte Bärenfang nicht fehlen! Ich werde diesen hochprozentigen Likör auftreiben. Den wird dann unsere Jubilarin probieren, ehe sie zum Einkaufen auf die Bühne gebeten wird. Zuvor muß sie aber noch den Stand ‚Geldgeschäft' aufsuchen, und dort werden dann alle ihre Enkelkinder, Nichten und Neffen hinterm Tresen erscheinen und ihr nacheinander aushändigen, was sie beantragt hat, natürlich gesammelt oder eingefangen und hübsch verpackt: Moos, Mäuse, Kohle, Koks, Flocken, Moneten, Pinkepinke, Münzen, Almosen, Alimente, Gutscheine, Backschisch, Blüten, Schecks, Darlehen, Gutscheine, Zinsen, Erlöse, Gratifikationen, Kapital, Kaution, Kröten, Zaster, Möpse, Piepen, Mammon, Nadelgeld ... Und wem fällt noch was ein?

Zuletzt komme ich auf die Bühne und überreiche Mutter einen ganz besonderen, einen originalen Geldschein, mit dem ihr sehnlichster Wunsch dann wohl erfüllt werden kann. Ich habe nämlich über die ‚Notgeldbörse' einen echten 10-Pfennig-Neidenburger-Papiergeldschein erwerben können, der am 20. Juli 1920 in Umlauf kam, also an Mutters Geburtstag. Was sagt ihr dazu?

Auf der einen Seite ist ein Stich von Neidenburg, auf der anderen Seite die Erinnerung an die denkwürdige Volksabstimmung, in der sich die Neidenburger mit überwältigender Mehrheit für Deutschland entschieden haben, zu sehen. Für 10 Pfennige hätte Mutter als Schulkind beim Bäcker ihrer Heimatstadt eine Tüte voll Bruchkeks bekommen oder ein ganz besonders großes Eis kaufen können. Davon hat sie doch so oft erzählt ...

Ich sage Mutter dann, daß sie mit diesem Neidenburger Geld nun den Wirt abfinden solle. (Aber – das muß jedoch geheim bleiben!): – Wir machen gemeinsam eine Umlage und haben die Rechnung schon beglichen, damit der Gastwirt Heitmann zu ihre sagen kann: ‚Diesen Geldschein sollten Sie sich einrahmen lassen, Frau Gutzeit!'"

Ja, das war eine aufregende Planung für das Jubiläumsfest. Und dann ist auch alles so geschehen. Tante Minna hat ihren 80. Geburtstag „ganz groß" gefeiert, sich dabei köstlich amüsiert, und alle Mitwirkenden und sonstigen Verwandten sind davon immer noch begeistert.





Notgeldscheine aus Neidenburg: *Erinnerung an eine schwere Zeit*

Fotos (2) Bahrs

September

Von MARGOT MICHAELIS

Der Sommer hält
die Hände auf
die Schwalbenfeder
bleibt ihm noch
die Hagebutte
atmet tief
es ist die Zeit
der Herbstzeitlosen

Ostpreußen und seine Maler 2001: Der neue Kalender auf das Jahr 2001 kann jetzt wieder bestellt werden. Bis zum 30. September kostet er für unsere Leser nur 34,80 DM (inkl. Versandkosten), später 39,80 DM. Der Begleiter durch das Jahr mit Motiven aus Ostpreußen von Richard Birnstengel, Hannes Schmucker (siehe oben „Verschneiter Dorfweg", 1944), von Max Pechstein, Karl Eulenstein, Eduard Bischoff oder Hans Kallmeyer ist direkt zu bestellen bei Dr. Wolfgang Schwarze Verlag, Richard-Strauß-Allee 35, 42217 Wuppertal, Tel. 02 02/62 20 05/06.

Ferienende

Von ANNEMARIE MEIER-BEHRENDT

Nachdenklich am Bleistift lutschend saß der kleine Junge am vorletzten Ferientag an seinem Arbeitstischchen. Vor sich hatte er eine von der Mutter erbettelte Postkarte, die er der älteren Schwester zu schreiben gedachte. So klein oder so jung war er mit seinen zehn Jahren nun auch wieder nicht mehr, wie ihn die anderen Familienmitglieder hinstellten, aber doch immerhin der Zuletztgeborene, das „Nachschrabsel".

Einige seiner Ferientage hatte er bei der Schwester und ihrem Mann, seinem Schwager, in der großen Stadt verbringen dürfen. Die Stadt nahm den Jungen ganz gefangen mit den vielen hohen Häusern, den blitzenden Schaufenstern mit den vielfältigsten bunten Auslagen, dem Verkehr und den Straßenbahnen.

Die drei hatten es recht vergnügt miteinander, zogen nicht nur durch die Großstadtstraßen, bummelten nicht nur durch die Kaufhäuser, sie wanderten auch hinaus vor die Stadt durch Feld und Wald, jeder mit einem Rucksack auf dem Rücken, der Junge natürlich mit einem kleineren und leichteren, doch befanden sich in allen köstliche, von der Schwester vorbereitete Dinge. An einem wunderschönen See hatten sie gerastet und Picknick gemacht, waren mit einem Boot über das spiegelglatte Wasser geglitten. Vögeln gleich hatten sie an einem anderen Tag aus luftiger Höhe von einem Aussichtsturm über die Landschaft geschaut und sich gegenseitig auf Besonderheiten aufmerksam gemacht.

Es gab auch einen Regentag, unaufhörlich rannen die Regentropfen, bildeten Pfützen auf den Gehwegen. Das hatte sie alle nicht sonderlich gestört, sie waren ins Kino gegangen und hatten viel über den lustigen Film gelacht. Auch im Zoo waren sie gewesen, wo er sich über die vielen Tiere gewundert und gefreut hatte, die ihm nur aus Büchern und vom Fernsehen bekannt waren.

Es waren erlebnisreiche Tage gewesen, die endlos schienen und viel zu schnell vergingen, an denen der Junge die Aufmerksamkeit und Fürsorge der Älteren sehr genossen hatte. Schwester und Schwager hatte er bei seiner Abreise viele Male gedankt, sich verstohlen ein paar Tränen aus den Augenwinkeln gewischt, doch wollte er auch gerne seine Dankbarkeit schriftlich bekunden. Er suchte nach passenden Worten, schrieb dann nach langem Überlegen in seiner krakeligen Schrift auf die Karte: „... es war schön bei Euch, ich komme sehr gerne wieder. Ich danke Euch für alles Liebe, was Ihr mir angetan habt ..."

Für Sie gelesen

Kindheit im Krieg

Eltern und Großeltern haben sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer wieder fragen lassen müssen: „Wie konnte das alles geschehen? Wie konntet ihr dabei mitmachen?" Aber auch: „Wie habt ihr diese schlimme Zeit durchstehen können?" Antworten zu finden, war für viele nicht leicht – bis heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später. Einer, der versucht hat, Antworten auf die Fragen der Kinder und Enkel zu geben, ist der Schriftsteller und Journalist Kurt Gerdau, vielen Lesern auch durch seine Beiträge im *Ostpreußenblatt* bekannt. Er läßt in seinem neuen Buch den **Choral der Zeit**, so auch der Titel, erklingen (Husum Verlag, geb. mit Schutzumschlag, 29,80 DM). Als damals 14jähriger hat er den Krieg hautnah miterlebt, hat als Hitlerjunge seine Pflicht getan und hat wie so viele Tausende seine Heimat verlassen müssen. Einfühlsam schildert Gerdau seine Empfindungen, seinen Glauben an das rechte Tun. Ein aufrichtiges Buch. SiS

Vergnügen oder Begierde?

100 Jahre Modefotografie: Der Chic vergangener Zeiten in Hamburg

Daß es Moden unter den Menschen gibt, ist eine Folge ihrer geselligen Natur", schrieb der Schlesier Christian Garve 1792 in einem Essay über die Mode. „Sie wollen einander gleichförmig sein, weil sie miteinander verbunden sein wollen", zog der Mitarbeiter an Herders „Kritischen Wäldern" den Schluß aus diesem Verhalten. „Jede in die Augen fallende Unähnlichkeit in Kleidung, Wohnung und Lebensart ist ein Abstand, der die Zuneigung verhindert und der vertraulichen Mitteilung der Ideen im Wege steht ..."

Nun mag diese Feststellung auch heute noch auf viele Menschen zutreffen, auf Menschen, die mit der Mode gehen – allerdings erst dann, wenn sie sich durchgesetzt hat. Wer mag denn schon unangenehm auffallen und als rückständig gelten? Andere wieder wollen aus der Gleichförmigkeit ausbrechen, stürzen sich auf jeden neuen Trend, ja kreieren selbst neue Moden. Auffallen um jeden Preis, das ist ihre Devise.

Mode, „das ist die Geschichte des menschlichen Verlangens und Vermögens, sich stets neu zu erfinden", hat F. C. Gundlach einmal gesagt. Und er muß es wissen, schließlich ist er einer der bedeutendsten Modefotografen Deutschlands. Seine Sammlung internationaler Modefotografie stiftete Gundlach 1991 dem Hamburger **Museum für Kunst und Gewerbe**, wo sie den Grundstock der Museumssammlung bildet. Etwa 200 Aufnahmen meist deutscher Fotografen aus den vergangenen 100 Jahren sind nun in einer Ausstellung zu sehen (dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr, donnerstag 10 bis 21 Uhr; **bis 28. Januar 2001**). Darunter auch eine Fotografie der in Thorn geborenen Lotte Jacobi (1896–1990) aus den dreißiger Jahren, eine Frau auf einem Motorrad zeigend.

„Ich bin Künstlerin, keine kommerzielle Fotografin", hat Lotte Jacobi einmal gesagt. Und das gleiche wird auf ihre Kollegen und Kolleginnen zutreffen, deren Arbeiten in dem Haus am Hamburger Hauptbahnhof zu sehen sind: Richard Avedon, Hort P. Horst, Irving Penn, Peter Lindbergh, Imre von Santho, Yva, Will McBride, Charlotte March zum Beispiel.

Die älteste Aufnahme stammt aus dem Jahr 1893 und zeigt eine „Dame zwischen Bäumen". Ihre Taille ist eng geschnürt, Rüschen schmücken das Kleid, ein Strohhut mit Applikationen ziert den Kopf der Dame, die sich malerisch an die Zweige eines Baumes lehnt. Wie anders die in schrillen Farben aufgenommenen Models aus den achtziger und neunziger Jahren. Sie springen, hüpfen, machen viel Spektakel. Die Mode ist kaum noch wichtig, allein die Inszenierung zählt. „Modefotografie ist ein Seismograph gesellschaftlicher Veränderung" sagt F.C. Gundlach. „Dem Modefotografen fällt die Aufgabe zu, den Zeitgeist von heute zu visualisieren und den von morgen zu antizipieren." Die Modefotografie mache ein Lebensgefühl deutlich, „für das die Mode nur noch Anlaß oder Inspiration ist".



Mode aus den dreißiger Jahren: *Sportlich elegant, mit einem Cabriolet als Blickfang*

Foto Vaclv Jirú, Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg

Der Gang durch die Jahrzehnte der Modefotografie ist gleichzeitig auch ein Gang durch die Geschichte. Allzu deutlich wird der Wandel des Geschmacks, der von der Mode diktiert wird. Nicht umsonst heißt es in Abwandlung eines alten Sprichworts: „Mode regiert die Welt." Oder: „Nicht was schön ist, ist Mode, sondern was Mode ist, ist schön." Der Schlesier Christian Garve sah es versöhnlicher, als es feststellte, Mode sei ein Vergnügen, „welches wir an Schönheit finden, und die Begierde, welche wir haben, durch schöne Sachen anderen zu gefallen." **Silke Osman**

„Die Göttliche" aus Schweden

Geliebter Kintopp: Greta Garbo

Wohl kaum ist über eine Frau aus der Welt des Films so viel geschrieben worden wie über jene Schwedin, die über Deutschland ihren Weg nach Hollywood angetreten hat – und sich über Generationen hinaus ihren Ruhm und ihre Bewunderung erhalten konnte. Jeder hat sie noch in Erinnerung – so strahlend, wie sie war, als sie sich aus dem Beruf zurückzog. Das war ihm Jahre 1941.

Das Geburtsjahr von Greta Garbo bleibt umstritten, wie es sich bei einem Lebenslauf, der Legende ist, gehört. Lexika und Literatur schwanken zwischen 1903 und 1906. Angenommen wird der 18. September 1905. Ihre Eltern ließen das Kind auf den Namen Greta Lovisa taufen. Vater Karl Alfred Gustafsson erkrankte bald und starb 1919. Die ausklingende Kinderzeit der Garbo fand damit abrupt ihr Ende, denn großes Vermögen war nicht vorhanden. Nach einer Gehilfinnen-Tätigkeit in einem Frisiersalon bekam sie eine Stelle als Verkäuferin in dem Warenhaus Paul U. Bergström und Apotheke für drei Werbefilme für den PUB-Konzern.

In der Schule des „Dramatischen Theaters" in Stockholm nahm sie Schauspielunterricht und wurde zu Probeaufnahmen für die Verfilmung des Romans von Selma Lagerlöf „Gösta Berling" eingeladen.



Greta Garbo: *Sie wurde zur Legende* Foto kai-press

Doch die Testbilder gefielen keinem der Verantwortlichen so recht, bis auf einem: Mauritz Stiller. Mauritz Stiller ist der Name, der fortan im Leben der Greta Garbo immer eine große Bedeutung haben sollte. Stiller wird nach Hollywood berufen. Er holt die Schauspielschülerin hinterher. Nachsichtig wird sie von MGM akzeptiert. Man drückt, Stillers wegen, in Hollywood ein Auge zu – und zahlt auch ein symbolisches Honorar für die junge Dame. Vorher drehte sie in Deutschland „Die freudlose Gasse" – einen vielbeachteten Streifen mit dem bedeutenden Regisseur G. W. Pabst.

Die wohl schönsten Garbo-Streifen wurden „Menschen im Hotel", „Mata Hari", „Maria Walewska", „Anna Karenina", „Königin Christine", „Die Kameliendame" und „Ninotchka", unter anderem mit dem Ostpreußen Felix Bressart. Ihr letzter Film „Die Frau mit den zwei Gesichter" (1941) flopte. Viele Kritiker waren nicht wohlwollend, etliche sogar nicht objektiv oder wenigstens konstruktiv. Die Garbo filmte nicht mehr, weil sie die Kritiken zu diesem Film schwer getroffen und schockiert hatten. Sie zog sich vom Film zurück und lebte, immer wieder von Reportern umlauert, von Gerüchten des Comebacks umschwirrt, ein Leben, das zur Legende wurde. Billy Wilder meinte lakonisch und nicht ohne Sarkasmus: „Sie wird trotz aller Pläne und Comeback-Vorhaben nicht mehr filmen. Zu viel Angst und zu viel Geld." Die Kolumnistin Elsa Maxwell äußerte: „Sie verzehrt sich an dem Gedanken, alt zu werden – und wie ein Kind verbindet sie Alter mit Häßlichkeit."

Obwohl mehrfach für den Oscar nominiert, bekam die Garbo die Trophäe nie während ihrer aktiven Laufbahn verliehen. 1955 erhielt sie den Ehren-Oscar für ihre unvergeßliche Leinwand-Darstellung. Sie starb Ostersonntag, 15. April 1990, in einem New Yorker Krankenhaus. Diese durch Schlichtheit imponierende und zum Leitbild für Millionen gewordene Schwedin, die 1941 freiwillig ihre Karriere abbrach und die sie „Göttliche" nannten, starb einsam und reich.

kai-press

Kastanien aus Königsberg

Von GERT O. E. SATTLER

Komm' in den Park, wo Roßkastanien steh'n,
und laß und wieder alte Wege geh'n
genau wie einst, wir suchten ohne Maß
gleich hinterm Schloß Kastanien tief im Gras.

Sie platzen reif aus grünem Igelhaus,
wir machten Kinderschmuck und Ketten draus,
wir trugen sie im Herbst bei Spiel und Tanz,
die braunen Früchte mit dem roten Glanz.

Wir küßten uns, es war nicht nur ein Traum,
im Abendlicht am Roßkastanienbaum,
der seine Krone reckte, groß und weit,
und uns beschützte in der Jugendzeit.

Wenn ich Kastanien seh', dann sehn' ich mich
nach deiner Liebe und ich dank' an dich,
komm in den Park, wenn du auch heimlich weinst,
Kastanien laß uns sammeln, so wie einst.



Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,

zuerst ein Suchwunsch, der eilt: Die Kreisgemeinschaft Heilsberg sucht dringend ein Foto von Emma Dankowski, * 30. Juli 1900 in Schulen, Kreis Heilsberg, gestorben in Trier. Frau Dankowski war eine anerkannte Mundartdichterin für das „Breslauische". Vielleicht befindet sich ein Bild noch im Familienbesitz oder Freundeskreis, oder es gibt eine Abbildung in einem Buch oder einer Zeitschrift. (Aloys Steffen, Remigiusstraße 21 in 50937 Köln, Telefon 02 21/41 30 71, Fax: 02 21/41 75 93.)

Unser Landsmann Wilhelm Matrisch, der mit seiner Frage nach der Landfrauenschule Metgethen in der Ostpreußischen Familie ein großes Echo geweckt hatte, kommt nun mit einer anderen Frage zu uns. Es geht um eine Familienchronik, die er für einen Verwandten vervollständigen soll. Und da fehlen einige Angaben zu Personen, die trotz größter Bemühungen bislang nicht zu erhalten waren. Wie die über seine Cousine Erna Pasuch, deren Geburtsdatum in den Jahren 1925 bis 1927 liegt. Sie war das zweite Kind des Landwirts Karl Pasuch in Balden, Kreis Neidenburg und hatte noch zwei Brüder, den etwas älteren Walter und den jüngeren Paul. Nach dem frühen Tod der Mutter Anfang der 30er Jahre wurden die Kinder bei verschiedenen Pflegeeltern untergebracht. Während das Kriegs- und Nachkriegsschicksal der beiden Brüder geklärt werden konnte, ist von der Schwester nur soviel bekannt, daß sie während der Kriegsjahre im Ev. Johannisstift in Königsberg gelebt hat und dort 1945 von den Russen verschleppt worden sein soll. Wahrscheinlich ist sie schon in der Gefangenschaft verstorben. Es sollen noch Angehörige der Mutter von Erna Pasuch leben. Vielleicht erinnern sich auch ehemalige Leidensgefährtinnen an Erna Pasuch? Und wer kann Näheres über das Johannisstift mitteilen? (Wilhelm Matrisch, Hinterm Stern 29 in 22041 Hamburg.)

Auch Hilda Stroscher wendet sich an unsere Ostpreußische Familie sozusagen als letzte Möglichkeit, um noch etwa über das Schicksal ihrer Großmutter zu erfahren. Alle Nachforschungen blieben bisher ergebnislos. Johanna Moskau, geb. Preuß, aus dem ostpreußischen Landsberg kam auf der Flucht bis zum Lager Küstrin. Dort verliert sich ihre Spur. Wer kann sich von ehemaligen Lagergefährten an Frau Moskau erinnern und weiß, wohin ihr weiterer Lebensweg geführt hat? (Hilda Stroscher, Friedrichshöhe 4 B/218 in 42799 Leichlingen.)

Eine E-Mail aus den USA: Hiltrud Maria (Masuch) Webber sucht Hansi Kaemmer, einen Freund aus ihrer Kinderzeit in Domnau. Beide Familien gingen zusammen auf die Flucht. Die Mutter des Gesuchten, Auguste Kaemmer, soll auf der Nordseeinsel Sylt gewohnt haben. Dieser Suchwunsch könnte schon recht gute Aussichten auf Erfolg haben. (Hiltrud Maria [Masuch] Webber, 1104 McCubbins Avenue, Cabool, Mo 65689 USA.)

Und wieder einmal ein Gedichtwunsch – auf diesem Gebiet spurt unsere Ostpreußische Familie ja großartig. Es handelt sich um „den letzten Willen eines ostpreuischen Bauern". Ob das auch der Titel ist, dürfte fraglich sein. Es beginnt: „Mein Sohn", sprach sterbend ein ostpreußischer Bauer zu seinem Sohn, „halt mir in Ehren die Gräber im Feld ..." Eva Kühnel hat diesen Gedichtwunsch für einen ehemaligen Köngsberger Klassenkameraden von der Haberberger Mittelschule vermittelt. Seine Adresse; Horst Buttkus, Weinauring 16 in 02763 Zittau.

Eure

Ruth Geede

Pirsch an der Reichsstraße 139

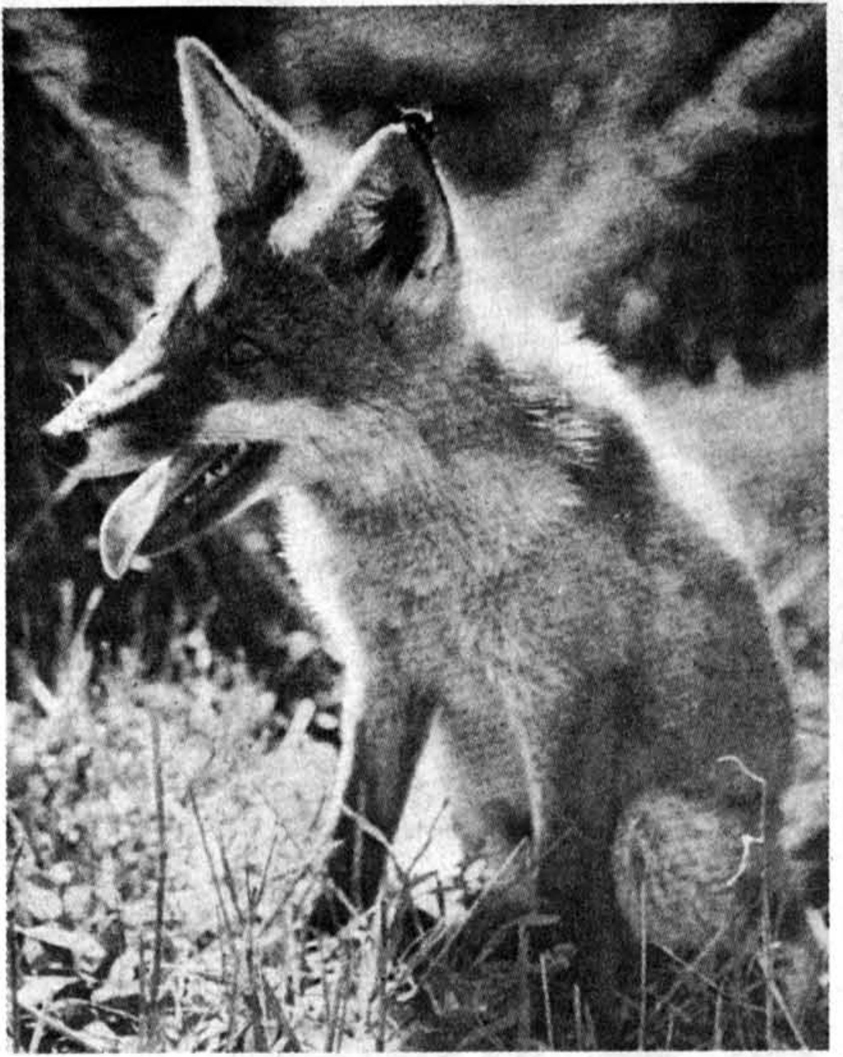
Die Fuchsjagd im Klein-Pentlacker Forst, Kreis Gerdauen

Der Pentlacker Wald gehörte zu den bedeutendsten Waldgebieten im Kreis Gerdauen. Das Waldgebiet befand sich etwa sieben Kilometer östlich von Nordenburg an der Reichsstraße 139, Nordenburg–Insterburg. Der größte Waldanteil war im Eigentum der Familie von Dunker in Burgsdorff und wurde von meinem Vater, Förster Erich Langer, verwaltet.

Zu den zahlreichen Wildbeständen gehörten Rotfüchse, die in den Wintermonaten, auch zur Erhaltung der Niederwildbesätze, intensiv bejagt wurden. Außerdem war der Verkauf von Fuchsfellen mit 20 bis 40 Reichsmark je Stück damals eine nicht unbedeutende Nebeneinnahme. Diese Fuchsjagden waren nur bei freundlicher Witterung aussichtsreich, da sich Füchse dann draußen auf Nahrungssuche befinden. Bei Regenwetter oder Schneetreiben halten sich Füchse vorübergehend in unterirdischen Bauen auf.

Aus arbeitszeitlichen Gründen fanden Fuchsbejagungen vorwiegend sonntags statt. Diese Jagdausübungen waren kleinere Drückjagden mit wenigen Teilnehmer, wobei die anderen Wildbestände wenig beunruhigt werden sollten. Füchse lassen sich von wenigen Treibern leicht aus ihren Tageseinständen „drücken", wobei sie beim Auswechseln überwiegend ihre altbekannten Fuchswechsel annehmen.

Als Schützen mit Schrotgewehren bewaffnet fungierten überwiegend mein Vater und sein sehr passionierter Jagdfreund Karl Albarus aus Klein-Pentlack und später auch ich als Jungjäger. Als Treiber waren meine Mutter und wir Kinder aber auch zeitweise oder gelegentlich Edith Albarus und Erich Hinz aus Klein-Pentlack sowie Christoph Milthaler aus Friedrichsflur dabei.



Rotfuchs in Ostpreußen Foto Rautenberg

Der Ablauf der Fuchsdrückjagden war folgender: Die Schützen stellten sich bei den jeweils etwa 30 bis 40 Hektar großen Treiben in die Nähe der bekannten Fuchswechsel an. Hierbei war auf eine gute Dekkung und, nicht zuletzt, auf die Windrichtung zu achten, zumal Füchse ein hervorragendes Geruchsvermögen haben. Die Treiber stellten sich zum Durchdrücken des Waldkomplexes in gleichmäßigen Abständen an und begannen nach einer vorbestimmten Uhrzeit das Treiben ziemlich geräuschlos durchzudrücken. Hier wurde nur ab und an mit Stöcken an Bäume geklopft, was Füchse veranlaßte, den Tageseinstand zu verlassen. Das laute Treiben mit Holzraspeln und lautem Zurufen, wie bei allgemeinen Niederwildjagden, war zu unterlassen. Grundsätzlich wurden bei diesen Treiben von den Schützen nur Füchse beschossen. Für die Treiber war das Vernehmen der Schrotschüsse ein nicht erheblicher Ansporn, auch durch dichtere Waldpartien zu gehen.

Nach vier bis fünf Treiben wurde die Fuchsjagd am frühen Nachmittag beendet. Die Tagesstrecke bestand meist aus ein bis drei Füchsen, die im Forsthaus nach einem verspäteten Mittagessen abgebalgt werden mußten. Hierbei war auf eine sehr sorgsame Arbeit zu achten, um Fellverletzungen zu vermeiden. Selbst die Zehen und der Kopf mit den Lauschern (Ohren) gehörten zum Fuchsbalg.

Nach dieser Arbeit waren die Fuchsfelle zum Austrocknen auf vorgeformte Holzbretter zu spannen und zu befestigen. Nach etwa zwei bis drei Wochen war der Trocknungsvorgang abgeschlossen. Das Fuchsfell wurde nunmehr gründlich gekämmt und gebürstet, um es auch optisch für den Verkauf vorzubereiten. Die Preise für Fuchsfelle waren sehr abhängig von der Größe, aber auch von der Beschaffenheit des Gesamteindrucks.

Bei schlechter Witterung befanden sich Füchse vorwiegend in Bauen, zum Teil konnte das Einwechseln von Füchsen in den Bau bei Neuschnee leicht festgestellt werden. Bei dieser Jagdart war es Aufgabe der Teckel, den oder die Füchse aus dem Bau zu treiben. Treiber waren bei dieser Jagdart nicht erforderlich. Die Schützen stellten sich vor dem Schnallen der Hunde schußgerecht am Fuchsbau auf. Durch den Hundelaut, aber auch durch die Angriffslust der tapferen Hunde verließen Füchse den bis dahin schützenden Bau. Dabei sprangen sie mit hoher Geschwindigkeit aus einer der zum Teil vielen Röhren des Baus. Nunmehr war es Aufgabe von Vater oder Karl Albarus, mit gut gezielten Schrotschüssen den Fuchs zu erlegen.

Es kam selten vor, daß sich ein Fuchs von den Hunden in eine Sackröhre des Baues treiben ließ. Der Fuchs mußte dann zum Erlegen vor dem Hundelaut durch einen Bodeneinschlag ausgegraben werden. Leider waren dann Füchse, besonders in den Jahren 1937/39 von Räude befallen, was die Felle unbrauchbar machte. Aber auch die Teckel waren durch Ansteckungen gefährdet.

Fuchsjagden der vorgeschriebenen Art waren beliebt, zumal sie überwiegend in recht winterlichen Wäldern stattfanden. Hierbei kam auch der Genuß der landschaftlichen Schönheit für die Teilnehmer nicht zu kurz. **Willi Langer**

Das historische Kalenderblatt: 5. September 1977

Im Fadenkreuz linker Terroristen

Die Entführung Hanns-Martin Schleyers stellte das Land auf eine harte Bewährungsprobe

Von PHILIPP HÖTENSLEBEN

Die Bilder in den Abendnachrichten des 5. September 1977 schockieren die deutsche Öffentlichkeit zutiefst. Tote Polizisten und Sicherheitsbeamte eines der mächtigsten Männer dieses Landes, des Präsidenten der Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer, liegen neben zerschossenen Autos. Von Schleyer selbst fehlt jede Spur. Er ist entführt worden.

Zur Tat bekennt sich die linksextremistische Terrorbande Rote Armee Fraktion, die unter dem Kürzel RAF traurige Berühmtheit erlangt und in die Geschichte Westdeutschlands eingeht. Die Bande fordert die sofortige Freilassung von elf inhaftierten Gesinnungsgenossen und ein Lösegeld von nicht weniger als 15 Millionen Dollar. Diese Summe entspricht nach damaligem Umrechnungskurs etwa 35 Millionen Mark.

Damit hat der bewaffnete Kampf linker Terroristen gegen Staat und Gesellschaft seinen Höhepunkt erreicht, dessen Anfänge etwa zehn Jahre zurückliegen. Aus einem kleinen Teil der studentischen Protestbewegung entwickelt sich nach 1968 eine terroristische Gruppierung, die nach den Namen zweier ihrer Anführer zunächst Baader-Meinhof-Bande genannt wird. Mit Brandanschlägen auf Kaufhäuser beginnt die Serie der Gewalt. Darauf folgen Bombenanschläge, die vorwiegend gegen Einrichtungen der Polizei und der amerikanischen Streitkräfte gerichtet sind. Diese terroristischen Aktivitäten stehen anfangs noch unter einer sozialrevolutionären Zielsetzung, während sie später vor allem der Freipressung inhaftierter Terroristen dienen und schließlich in Gewaltausübung um der Gewalt willen münden. Auf die Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Jürgen von Drenkmann im November 1974 folgt drei Monate später die Entführung von Peter Lorenz, Vorsitzender der Berliner CDU. Um sein Leben zu retten, entschließt sich die Bundesregierung, der Forderung der Terroristen nachzugeben und fünf ihrer inhaftierten Komplizen nach Südjemen auszufliegen. Dies wird schnell als Fehler erkannt und führt zu der Überzeugung, daß eine weitere Demütigung des Rechtsstaates nicht wieder hingenommen werden dürfe.

Mit der Entführung Schleyers erreicht die Welle terroristischer Gewalt ihren Höhepunkt. Das Jahr 1977 stellt die Bundesrepublik Deutschland, die sich in bewußter Abkehr von Weimar als wehrhafte Demokratie versteht, vor ihre bis dahin härteste Bewährungsprobe. Es ist in dem Jahr bereits der dritte brutale Anschlag auf herausragende Persönlichkeiten und Repräsentanten der deutschen Politik und Wirtschaft.

Nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter am 7. April sowie dem Anschlag auf den Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, am 30. Juli trifft es nun den hochangesehenen Präsidenten der deutschen Arbeitgeberverbände. Dieser Anschlag ist auch als weitere Provokation und Herausforderung an die deutsche Staatsmacht gerichtet, die sich bis dahin eher ohnmächtig den gezielten und überraschenden Terroranschlägen ausgesetzt gesehen hat.

Die Bevölkerung ist verstört, und ein Gefühl von allgegenwärtiger Bedrohung und Angst macht sich breit. Die Behörden indes legen ein gigantisches und unsichtbares Fahndungsnetz, die sogenannte „Rasterfahndung", über die Republik, um deren bislang gefährlichsten und unberechenbarsten Gegner unschädlich zu machen.

Der Erlaß der sogenannten Anti-Terror-Gesetze verschafft den Behörden neue Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen für eine dringend benötigte effizientere Fahndung. Die Polizeikräfte sollen den als intelligent geltenden und überaus skrupellos agierenden Tätern, die ohne zu zögern rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch machen, nicht mehr hilflos ausgeliefert sein.

Abgemagert, erschöpft und offensichtlich auch mißhandelt, muß Schleyer – wie ein Stück Vieh mit einem Schild um den Hals – für die Terroristen posieren, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Das Fotodokument von Schleyer registriert die deutsche Öffentlichkeit mit Abscheu, Entsetzen und ohnmächtiger Wut. Der Krisenstab um Bundeskanzler Helmut Schmidt tagt in Permanenz. In dieser schweren Bewährungsprobe für die junge Republik sucht man auch den Rat der Opposition. Franz Josef Strauß und Helmut Kohl stehen Bundeskanzler Schmidt mit ihrer politischen Erfahrung in den unzähligen Nachtsitzungen zur Seite.

Die seit langem bekannten internationalen Verflechtungen des Terrorismus werden erneut deutlich, als am 13. Oktober palästinensische Luftpiraten eine Lufthansamaschine entführen und die Freilassung der inhaftierten Terroristen fordern.

Die politische Führung, wie auch die CDU/CSU-Opposition, ist sich einig, daß der Staat weder erpreßbar sein noch zum Spielball von Terroristen geraten dürfe. Man will deshalb Härte zeigen und im Austausch mit der Geisel keine inhaftierten Terroristen freilassen, auch wenn dies den Tod der Geiseln bedeuten sollte.

Zu allem Unglück ereignen sich Fahndungspannen, und auch eine geplante Lösegeldübergabe scheitert. Am 18. Oktober stürmt ein Sonderkommando des Bundesgrenzschutzes in Mogadischu das entführte Flugzeug und befreit die Geiseln. Das Schicksal Hanns-Martin Schleyers ist allerdings damit besiegelt. Einen Tag später wird in einem Kofferraum eines geparkten Wagens seine Leiche gefunden. Der wehrlose Mann ist von seinen Entführern brutal erschossen worden.

Wütend und verzweifelt ruft die Familie Schleyers, die sich von den politischen Entscheidungsträgern im Stich gelassen fühlt, das Bundesverfassungsgericht an. Die Frage, ob der Staat, der nach dem Grundgesetz zum Schutz des Lebens verpflichtet ist, nicht auf die Bedingungen der Entführer hätte eingehen müssen, um das Leben von Schleyer zu retten, wird schließlich verneint. Der Staat habe eine Freiheit in der Wahl der Mittel und einen eigenen Verantwortungs- und Entscheidungsbereich. Mit der Freilassung der Terroristen wäre zwar das Leben von Schleyer möglicherweise gerettet worden, durch die freigepreßten Terroristen sei aber andererseits das Leben anderer gefährdet gewesen.

Im Rückblick bezeichnet Helmut Schmidt die Entscheidung, Schleyers Tod in Kauf zu nehmen, als die wohl schwerste Entscheidung seiner gesamten Amtszeit. Auch wenn die Staatsräson eine derartige Entscheidung geboten haben mag, für die Familie Schleyer ist dies kein Trost. Die Witwe Schleyers kehrt danach Deutschland den Rücken und lebt fortan in den USA. Seine Mörder haben ihre Haftstrafen zwischenzeitlich verbüßt und leben heute wieder unter uns.

„Die machen jetzt erst mal Mittag"

Erfahrungen am neu ausgebauten Grenzübergang Beisleiden / Pr. Eylau

Rechts voraus taucht Preußisch Eylau auf, bald wird die Grenze zwischen dem jetzt russischen Königsberger Gebiet und dem nun polnischen Südostpreußen erreicht sein. Da steht schon der erste Posten, der fast alle Autos nach rechts auf einen großen Platz leitet. Nur ganz wenige Pkws, die eine Sondergenehmigung vorweisen und ausnahmslos russische Nummernschilder haben, dürfen direkt zur Grenze durchfahren.

Kurz überschlagen stehen auf diesem „Vorspeicher" genannten Warteplatz weit über hundert Autos, gut drei Viertel davon sind polnische, der Rest russische und andere aus der ehemaligen Sowjetunion stammende. Mit uns zusammen sind insgesamt ganze drei deutsche Fahrzeuge auszumachen.

Aller Erfahrung mit russischen Beamten entsprechend, empfiehlt es sich für Deutsche, das Fahrzeug dort abzustellen, wo man jederzeit ungehindert wegfahren kann und ja nicht in einer Schlange eingekeilt werden kann.

Es gießt in Strömen, da wünscht man sich kaum etwas weniger, als ellenlang Schlange zu stehen. Am anderen Ende des „Vorspeichers" ist das Budchen mit dem zuständigen Beamten. Das Schalterfenster ist geschlossen, ein Pappschild mit der Aufschrift „pszerwa" – dem polnischen Wort für Pause – soll abwimmeln. Vorsichtiges Winken mit den roten deutschen Pässen hilft. Sofort geht das Fenster auf, die Pässe werden kurz eingesehen, dann werde ich zur Zahlstelle geschickt, wo die üblichen zehn Rubel für die Genehmigung, zur „Staatsgrenze" fahren zu dürfen, fällig sind.

Zurück zur ersten Abfertigungsbude geht wieder sofort das Fenster auf, und an allen wartenden Polen vorbei werde ich abgefertigt und mit dem obligatorischen Laufzettel versehen. Wir können zur Grenze fahren. Im Laufschritt zurück, ins Auto gesprungen und losgefahren, bevor es sich irgend ein russischer Beamter anders überlegt. Bis hierhin läuft alles ab wie immer, aber nur für Deutsche, für viele Russen und Litauer sowie für fast alle Polen heißt es warten.

Nach ein paar Kilometern ist die Grenze erreicht, mehr als hundert



Der Grenzübergang Beisleiden / Pr. Eylau: *Russisches Abfertigungsgebäude* Foto Jäger-Dabek

Meter quillt die Schlange aus dem Warteplatz heraus auf die Straße. Wieder laufe ich vor bis zu einer Abfertigungshütte am Straßenrand, wo es nach rechts auf den Warteplatz geht. Immer noch schüttet es wie aus Eimern vom Himmel. Ein kurzer Überblick läßt mich den zuständigen Mann herausfinden, vor einem Beamten in Zivil zücke ich unsere deutschen Pässe, die er kurz ansieht. Auf meine Frage, ob ich etwa auch auf den Warteplatz müsse, bedeutet er mir, so als ob es niemand sehen dürfe, vorzufahren.

Wieder im Sprint zurück zum Auto und schleunigst losfahren – wenn man Zeit sparen will, muß man gut zu Fuß sein an dieser Grenze. Bis kurz vor den Zaun, der die russischen Abfertigungsgebäude abschirmt, kann ich fahren, nur fünf Autos stehen vor mir. Erst hier spürt man das volle Chaos und die Spannung, die über dieser Grenze liegt.

Ab und an öffnet sich der Zaun, um den Gegenverkehr aus dem Kontrollpunkt herauszulassen, oder eines der an uns vorbeirauschenden, ausnahmslos russischen Autos mit einheimischer Nummer durchzulassen. Die Nerven liegen blank, es geht anderthalb Stunden lang nicht weiter, weil sich die Schlange hinter dem russischen Kontrollpunkt keinen Meter bewegt. Wo vorne nichts hinausgeht, kann hinten nichts hereingelassen werden. Entgegenkommende Lkws und Busse quälen sich auf der engen Straße um uns Pkw-Hindernisse herum, russische Polizisten brüllen, ich blaffe zurück, umstehende Polen drehen sich belustigt griend ab.

Der Straßenzustand bis zum polnischen Staatsgebiet ist katastrophal, ein Belag nicht zu erkennen, wir alle stehen in einer Schlammwüste mit ausgedehnten Wasserlöchern, in denen vor allem manche der kleinen polnischen Fiats stekken zu bleiben drohen. Selbst große Wagen, wie einen polnischen VW Passat, kann man immer tiefer einsinken sehen. Als es weitergeht, schafft er es gerade noch, sich aus eigener Kraft herauszuwühlen.

Endlich fahren wir zum Kontrollpunkt, die Kontrollen sind wie immer etwas umständlich, detailverliebt, aber korrekt. Danach lohnt es sich kaum für die zwanzig Meter, die man fahren kann, den Motor anzustellen. Wieder bilden sich Schlangen, die schnell bis zum Kontrollpunkt reichen. Das Ausgangstor der russischen Abfertigung ist geschlossen.

Jenseits des Zauns steht Auto an Auto bis hin zu den polnischen Abfertigungsgebäuden. Solange dort nicht passiert, geht es auch hier nicht weiter. Immerhin hat sich das Wetter gebessert, man kann aussteigen. Die Stimmung unter den Wartenden ist nicht mehr so angespannt, das schlimmste wähnen alle hinter sich, man kommt schnell ins Gespräch.

Anna B., eine brünette, kurzhaarige Mitvierzigerin, erzählt vom Leben im südlichen Teil Ostpreußens. Czeslaw D., ein grauhaariger Endfünfziger, steigt aus einem in Polen Maluch genannten kleinen Fiat, kommt heran und beteiligt sich am Gespräch. Anna B. ist von Beruf Bauingenieurin und seit zwei Jahren arbeitslos. Ihr Mann sei Leiter eines Einkaufszentrums und verdiene umgerechnet 750 Mark im Monat, erzählt sie. Ob ich wohl wisse, daß ein Mann in dieser Position bei uns bald das Zehnfache verdiene, fragt sie. Sicher hätte ich ja bemerkt, daß in Polen viele Preise inzwischen Westniveau hätten, keinesfalls aber die Einkommen, pflichtet Czeslaw bei.

Beide haben Kinder, die in Allenstein studieren, da muß man mit einer monatlichen Zusatzbelastung von 1000 Zloty (etwa 500 Mark) rechnen, versichern sie. Er sei ja schon Rentner, erklärt Czeslaw, aber seine Frau arbeite nur für das Studium der beiden Töchter.

Man habe ihr schon Jobs für 500 Zloty im Monat angeboten, zu denen sie dann auch noch weit hätte fahren müssen, sagt Anna. Arbeit in ihrem Beruf gebe es vielleicht in Warschau, Masuren sei tot. Inzwischen ganz aufgetaut, gibt sie freimütig zu, Kleinschmugglerin zu sein, mindestens viermal im Monat fahre sie über die Grenze. Jeder muß „kombinieren", um durchzukommen, meint Czeslaw und bestätigt verschmitzt lächelnd, selbst auch nur zum Schmuggeln ins Königsberger Gebiet zu fahren. Auf die Frage, ob es sich denn lohne, antworteten beide etwas zurückhaltend, daß immer etwas übrig bleibe, wenn auch die Nebenkosten stark gestiegen seien.

Beide haben „nur" gut zwölf Stunden gewartet, nur, weil sie geschmiert haben. Nein, ohne Bestechung oder Bekanntschaft würde man Moos ansetzen, versichern beide, solche bedauernswerten Zeitgenossen würden bis zu vier Tagen hier stehen.

Die Höhe des Schmiergeldes ist variabel und hängt ganz von Laune und Bedarf der Empfänger ab, mal zahlt man 5 Dollar, mal 20 Dollar, manchmal auch zwanzig. Mittlerweile gäbe es auf dem „Vorspeicher" sogar eine richtige Toilette, klagt Anna, hinter die Büsche dürfe man nicht mehr, und sogar für diesen „Saustall" werde Geld verlangt, mal zwei Rubel, mal einen Dollar, die Männer hätten es da ja viel leichter.

Keiner meiner Gesprächspartner regt sich auf, als ich offen zugebe, überhaupt nichts bezahlt zu haben. Gleichmütig meinen sie, wir Deutschen hätten ja mit dem ganzen Theater gar nichts zu tun, da sei es ganz normal, daß wir ohne das „Lapowka" genannte Schmiergeld und langes Warten durchkämen.

Auf meine Frage, ob sie das nicht als Diskriminierung empfänden, überlegen sie kurz. Eigentlich ja, meint Anna, die Schikanen träfen schließlich hauptsächlich Polen und natürlich „deutsche Polen", wie sie unsere Landsleute in der Heimat nennt, die ja auch mit polnischen Pässen und Autos reisen.

Etwas resignierend zuckt Czeslaw mit den Schultern, das sei ein Behördenkrieg, den sie, die kleinen Leute, nun ausbaden müßten. „Unsere sind da auch nicht viel besser," gibt ihm Anna in Richtung des polnischen Kontrollpunktes deutend recht. „Sie sehen doch, da geht ja auch nichts weiter. Die machen jetzt erst einmal eine Stunde Mittag."

Ihre Prognose sollte sich als richtig erweisen. Nachdem sich eine Stunde lang absolut nichts gerührt hat, geht es plötzlich relativ zügig und sogar freundlich weiter, binnen zwanzig Minuten sind wir und weitere fünfzehn Fahrzeuge abgefertigt. **Brigitte Jäger-Dabek**

Ausnüchterungszellen – für Kinder

Königsberg: Es gibt immer mehr verwahrloste Jugendliche

Schon häufig wurde über Kinder im nördlichen Ostpreußen berichtet, die von ihren Eltern verlassen wurden und ihr Dasein auf der Straße fristen. Häufig stammen diese Kinder aus zerrütteten Familienverhältnissen, aus Elternhäusern, in denen Vater oder Mutter Alkoholiker waren oder auf andere Weise auf die schiefe Bahn gerieten und ihren Kindern kein normales Leben mehr bieten konnten. Der Weg dieser Vernachlässigten ist meistens vorgezeichnet. Er führt direkt in die Abhängigkeit von Alkohol, Drogen oder eingeatmeten Lösungsmittel-Dämpfen.

Laut inoffiziellen Schätzungen leben im Königsberger Gebiet Hunderte von Kindern, die Klebstoffe „schnüffeln". Bis auf wenige Ausnahmen stammen sie alle aus ärmlichen Verhältnissen. Armut und Zerfall sind ihnen bereits in ihre jungen Gesichter geschrieben. Niemand braucht sie, allen voran ihre eigenen Eltern nicht. Die Polizei fängt sie ein, weil dies von ihr verlangt wird. Seit August letzten Jahres werden alle Kinder und Jugendlichen, die betrunken oder mit Vergiftungserscheinungen erwischt werden, in die „Krassnaja"-Straße in Königsberg gebracht, wo sich eine Art „Ausnüchterungszelle" für Kinder befindet. Offiziell heißt diese Einrichtung „Soforthilfe-Zentrum für Minderjährige". Doch tatsächlich handelt es sich hier um eine Ausnüchterungsanstalt. Derartige Strukturen hat es bisher im Gebiet nicht gegeben. Die Ausnüchterungsanstalt wurde in der Nähe des Kinderheims Nr. 1 eingerichtet, und zwar deshalb, weil die Polizei laut Gesetz nicht berechtigt ist, Minderjährige in Gewahrsam zu nehmen, sondern sie irgendwo anders unterbringen muß. Da der Zustand, in welchem die Polizei die jungen Schnüffler aufgreift, meist schrecklich ist, werden sie in die Ausnüchterungszentrale für Kinder gebracht. Das Zentrum wird von Tatjana Lebedewa, einer ausgebildeten Pädagogin, geleitet. Einige Mitarbeiter helfen ihr bei der Ausübung ihrer äußerst schwierigen Aufgabe. Die vernachlässigten Kinder sind in ihrem extremen Zustand zu allem fähig. Beobachtet man sie beispielsweise beim Mittagessen, so fällt vor allem der Geruch nach Lösungsmitteln auf. Die Kinder können auch hier nicht aufhören zu „schnüffeln". Die Erzieherinnen kämpfen zwar dagegen an, jedoch selten erfolgreich. Die um den Tisch herum sitzenden Kinder haben nicht nur keine Manieren, sie benehmen sich wie kleine Bestien, die Raufereien um ein Stück Essen vom Zaun reißen. Die Erzieherinnen bemühen sich, ihnen beizubringen, wie man sich benimmt, doch da sie meistens noch betrunken und in einem toxischen Zustand sind, erscheinen die Bemühungen aussichtslos.

Laut Gesetz dürfen aufgegriffene Kinder in der „Ausnüchterungszelle" (auch diese Bezeichnung ist juristisch nicht begründet) maximal zwei Tage festgehalten werden. Und danach müssen sie in ein Heim oder in irgendeine Heilanstalt überführt werden, nur um sie nicht wieder auf die Straße zu schicken. Um die Kinder beispielsweise in ein Krankenhaus oder eine Entziehungsanstalt einzuweisen, wird die Einverständniserklärung der Eltern benötigt. Gerade die bekommt man meistens nicht. Deshalb schwebt das Kind weiter zwischen Himmel und Hölle. Genauer gesagt, es übernachtet in Heizungsschächten und auf Bahnhöfen, schnüffelt Haushaltschemie und gelangt so wieder in das Zentrum.

Während der Entwöhnung essen die Kinder sehr viel, sie werden auskuriert und bekommen viel Fett, damit sie etwas zulegen können. Das Zentrum ist sehr bescheiden ausgestattet. Es fehlen sämtliche Gegenstände, die darauf hindeuten könnten, daß es sich hier um eine Kindereinrichtung handelt. In einer Ecke legen Kinder ein Puzzle. Das ist auch schon alles. Deshalb vertreiben sich viele die Zeit mit Schlägereien. Dennoch ist für diese Kinder nicht jede Hoffnung verloren. Sie wollen Wärme und Güte. Andrej H. beispielsweise würde gerne die Schule besuchen. Er weiß allerdings selbst, daß es ihm kaum möglich wäre, hinter einer Schulbank zu sitzen. Er ist 15 Jahre alt, besitzt weniger Elementarkenntnisse als ein Erstkläßler. Daneben gibt es viele, die mit Mühe lesen können. Ihre Universitäten sind Keller und „Warme Orte". Die Stadtverwaltung schätzt die Zahl der Obdachlosen auf 150 in Königsberg. In der Kartei des Heims sind bereits 87 persönliche Akten angelegt. Es werden nicht nur städtische, sondern auch Jugendliche aus weiter entfernten Teilen des Gebiets hierher gebracht. Für Touristen gilt: um den obdachlosen Kindern zu helfen, sollte man ihnen keinesfalls Geld auf der Straße geben, denn dieses wird für Klebstoffe und Alkohol ausgegeben. **MRH**



zum 100. Geburtstag

Toffel, Auguste, geb. Wilkop, aus Kleinkosel, jetzt Insterburger Straße 44, 44581 Castrop-Rauxel, am 15. September

zum 97. Geburtstag

Dietrich, Gustav, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Singstraße 14, 47137 Duisburg, am 6. September

Urbschat, Dr. Johanna, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Fahltskamp 74, 25421 Pinneberg, am 16. September

zum 96. Geburtstag

Endrejat, Erna, geb. Schneidereit, aus Tauern, Kreis Tilsit, jetzt Solmitzstraße 14, 23569 Lübeck, am 15. September

Jelinski, Adolf, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Rotkopfweg 25, 12107 Berlin, am 16. September

Wach, August, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, jetzt Pommernstraße 1, 59939 Olsberg, am 8. September

zum 95. Geburtstag

Thiel, Hedwig, aus Frauendorf, Kreis Heilsberg, jetzt Gustav-Stroh-Straße 12, 76534 Baden-Baden, am 17. September

Wilke, Luise, geb. Michalzik, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 15 a, 14552 Wildenbruch, am 17. September

zum 94. Geburtstag

Liedke, Frieda, geb. Sperber, aus Wehlau, jetzt Heckenweg 24, 45481 Mülheim, am 11. September

Pusch, Elisabeth, geb. Schmidt, aus Klein Baitschen, Kreis Gumbinnen, jetzt Posener Weg 7, 29328 Faßberg, am 14. September

zum 93. Geburtstag

Czarnetzki, Lina, geb. Kuhn aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Hohenbruchstraße 8, 42553 Velbert, am 13. September

Czychon, Willi, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Albert-Braun-Straße 20 b, 76189 Karlsruhe, am 13. September

Knappke, Erna Elise, geb. Pokrzywnitzki, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Kurzer Anger 74, 31139 Hildesheim, am 17. September

Koss, Charlotte, geb. Ebelt, aus Wehlau, Hammerweg, jetzt In Altwegen 3, 78532 Tuttlingen am 4. September

Schröder, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Berkenrotherstraße 58, 51588 Nümbrecht, am 13. September

zum 92. Geburtstag

Brandstädter, Willi, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Fleckertshöhe, 56154 Boppard, am 16. September

Gardewischke, Fritz, aus Statzen, Kreis Treuburg, jetzt Heidestraße 66, 46519 Alpen, am 17. September

Gehrmann, Hedwig, geb. Sanio, aus Lyck, Schulstraße 3, jetzt Eisenlohrsweg 5, 20249 Hamburg, am 13. September

Goebel, Elfriede, geb. Volkmann, aus Lyck, jetzt Wilhelm-Raabe-Straße 1, 24211 Preetz, am 17. September

Hellwich, Selma, geb. Pillkahn, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, jetzt Albrecht-Dürer-Straße 14, Haus Johannes, 31502 Wunstorf, am 17. September

Hinz, Anna, geb. Beuth, aus Ramsau, Kreis Allenstein, jetzt Huyssenstraße 74, 48599 Gronau, am 14. September

Kiy, Auguste, geb. Losch, aus Ortelsburg, jetzt Menzelstraße 17, 42113 Wuppertal, am 15. September

Klanke, Albert, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, jetzt Martinskirchweg 3, 31789 Hameln, am 16. September

Kurschat, Erna, geb. Naujok, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlen, jetzt Vancouver, am 7. September

Lüders, Charlotte, verw. Lang, aus Grünau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heidenring 7, 38440 Wolfsburg, am 13. September

Preuß, Willi, aus Großudertal, Kreis Wehlau, jetzt Frankensteiner Weg 2, 49078 Osnabrück, am 7. September

Schlemminger, Erich, aus Angerburg, jetzt Dag-Hammarskjöld-Straße 4, 34119 Kassel, am 17. September

Urban, Richard, aus Lötzen, jetzt Parkstraße 226, 58509 Lüdenscheid, am 13. September

zum 91. Geburtstag

Bury, Auguste, geb. Jorga, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Cäcilienhof 35, 45892 Gelsenkirchen, am 16. September

Butschkowski, Helene, geb. Reschke, aus Tapiau, Erich-Koch-Straße, Kreis Wehlau, jetzt Augsburger Straße 25 b, 94315 Straubing, am 5. September

Czeranski, Emma, geb. Mrowinski, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Rauschenbuschstraße 55, 44319 Dortmund, am 12. September

Freidank, Elly, geb. Laszig, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Onkel-Tom-Straße 27 a, 14169 Berlin, am 15. September

Gnoyke, Werner, aus Elbing, jetzt Alte Holstenstraße 44, 21031 Hamburg, am 16. September

Hoenig, Karl, Wargienen 7, jetzt Abt-Jerusalem-Straße 1, 38304 Wolfenbüttel, am 11. September

Leszim, Charlotte, geb. Koß, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Alte Rheinstraße 4, 47051 Duisburg, am 15. September

Lutz, Rotraud, geb. Schütz, aus Königsberg, jetzt Bruchstraße 150, 45468 Mülheim a. d. Ruhr, am 11. September

Neumann, Magda, geb. Schweiger, aus Wehlau, Markt, jetzt Wichernstraße 28, 77656 Offenburg, am 7. September

Paragnik, Marie, geb. Führer, aus Treuburg, H.-Maikowski-Straße, jetzt Hauptstraße 30, 22145 Stapelfeld, am 14. September

Schober, Emma, geb. Bendrat, aus Kleinpreußenwald, Kreis Gumbinnen, jetzt Fasanenweg 14, 01465 Liegau-Augustusbad, am 13. September

Skupch, Hermann, aus Johannisburg, Terpitzstraße 12, jetzt Gunzelinstraße 3, 31224 Peine, am 15. September

Steinhorst, Margarete, geb. Lojewski, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Wedeler Straße 63, 22559 Hamburg, am 15. September

Hörfunk und Fernsehen

Sonntag, 10. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat: Gitarren seit vier Generationen (Besuch in einem Familienbetrieb)

Sonntag, 10. September, 18.30 Uhr, N3-Fernsehen: Ostseereport

Montag, 11. September, 16.15 Uhr, WDR-Fernsehen: Kurische Nehrung – Vergessenes, wiederentdecktes Land

Dienstag, 12. September, 13.45 Uhr, N3-Fernsehen: Rückblende: „Blitzmädchen" – im Einsatz bei der Wehrmacht

Mittwoch, 13. September, 23.05 Uhr, N3-Fernsehen: Die Mauer (4. Geheimdienste und Spione)

Donnerstag, 14. September, Deutschlandradio Berlin: Vor 50 Jahren: Friedenstauben und Wachttürme (Geschichten von der Oder-Neiße-Grenze)

Sonntag, 17. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat: Deutsch lernen macht Sinn (Drei Sprachen unter einem Dach – im Theater in Temeswar)

Dienstag, 19. September, 6.30 Uhr, WDR-Fernsehen: Ost-West-Deutschland: 1. Hungerjahre/Die Nachkriegszeit (1945–1949); 2. Baut auf, baut auf/Der Wettkampf der Systeme (1949–1961)

Mittwoch, 20. September, 6.30 Uhr, Ost-West-Deutschland: 3. Tauwetter und Kälteeinbruch/Das Scheitern der Reform (1962–1982); 4. Wendejahre/Das Ende der Spaltung (1982–1996)

Mittwoch, 20. September, 23.05 Uhr, N3-Fernsehen: Die Mauer (5. Die Mächtigen und das Volk)

Donnerstag, 21. September, 11 Uhr, WDR-Fernsehen: Weltreisen: Baltische Notizen – Von Stränden, Sekten und Schlachten

zum 90. Geburtstag

Adeberg, Bruno, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Koselau 1, 23738 Riepsdorf, am 17. September

Bautz, Gertrude, geb. Heling, aus Lötzen, jetzt Alter Postweg 12 a, 33719 Bielefeld, am 13. September

Besmehn, Herta, geb. Boywitt, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Espenweg 4, 49808 Lingen, am 11. September

Czoske, Martha, Willkeim 1, jetzt Lange Straße 29, 31626 Haßbergen, am 14. September

Dawedeit, Helene, geb. Bendig, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Andersenring 49, 23560 Lübeck, am 16. September

Frenkler, Martha, geb. Ludwig, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Hohensteiner Weg 2, 63667 Nidda, am 16. September

Krause, Fritz aus Imten, Kreis Wehlau, jetzt Holunderstraße 7, 32791 Lage, am 8. September

Kropp, Friedel, geb. Ehrlichmann, aus Dittersdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Taunusstraße 85, 65183 Wiesbaden, am 16. September

Lewandowski, Margarete, geb. Föhlich, aus Willnau, Kreis Mohrungen und Trukeinen, Kreis Osterode, jetzt Breidenburger Straße, Haus Gattermann, 25524 Itzehoe, am 7. September

Przyborowski, Hermann, aus Rosengarten, Kreis Angerburg, jetzt Am Hagen 6, 22926 Ahrensburg, am 9. September

Sawicki, Anton, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Schwemannskamp 6, 59555 Lippstadt, am 16. September

Schwarznecker, Eva, geb. Nagaitschik, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Rudolfstraße 21, 38114 Braunschweig, am 16. September

Spiess, Erwin, aus Rastenburg und Tilsit, jetzt Togostraße 42 e, 13351 Berlin, am 7. September

Thoms, Franz, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 8. September

Ungelehrt, Frieda, geb. Bednarski, aus Hohenstein, Hindenburgstraße 1, Kreis Osterode, jetzt Alter Zollweg 56, 22147 Hamburg, am 16. September

Wylutzki, Margarete, geb. Pruß, aus Herrnbach, Kreis Lyck, jetzt Hopgarten 4, 38462 Grafhorst, am 15. September

zum 85. Geburtstag

Behnsen, Leonie, geb. Klimaschewski, aus Lyck, jetzt Brunnenstraße 94, 90596 Schwanstetten, am 13. September

Belusa, Ernst, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Im Dörning 14, 69123 Heidelberg, am 12. September

Kayka, Herta, geb. Skodda, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Bornstraße 3, 65582 Hambach, am 13. September

Kelch, Willi, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Regerstraße 93, 42657 Solingen, am 11. September

Körtge, Gerda, geb. Wohlgemuth, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, jetzt Rheingauer Straße 103 a, 65375 Oestrich-Winkel, am 14. September

Lehmpfuhl, Elly, geb. Ifländer, aus Preußisch Eylau, jetzt Alkostraße 26, 26388 Wilhelmshaven, am 14. September

Schünemann, Günther, aus Koddien, Kreis Wehlau, jetzt Am Vierling 12, 14163 Berlin, am 6. September

Stock, Elfriede, geb. Aschendorf, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Hiddenseer Straße 2, 10437 Berlin, am 13. September

Wendel, Lotte, aus Königsberg, jetzt Rotenburger Straße 28, 34127 Kassel, am 11. September

zum 80. Geburtstag

Angst, Ursula, geb. Redetzki, aus Tapiau, Klein Schleuse, Kreis Wehlau, jetzt In der Breite 87, 79224 Umkirch, am 13. September

Assmann, Hildegard, Gallgarben 2, jetzt Am Oberwald 14, 63179 Obertshausen, am 14. September

Berendt, Fredi, aus Gutenfeld, Kreis Samland, jetzt Karlstraße 19, 45891 Gelsenkirchen, am 17. September

Fleischer, Charlotte, geb. Gudde, aus Koddien, Kreis Wehlau, jetzt Eichengrund 3, 31863 Coppenbrügge, am 16. September

Günter, Horst, aus Wildwiese, Kreis Elchiederung, jetzt Gartenstraße 2, 97488 Stadtlauringen, am 17. September

Heine, Margarete, geb. Ewert, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Am Kleeblatt 5, 34537 Bad Wildungen, am 8. September

Hoffmann, Käte, geb. Prill, aus Galben, Kreis Bartenstein, jetzt Breslauer Straße 7, 42549 Velbert, am 16. September

Kahnert, Fritz aus Plibischken, Kreis Wehlau, jetzt Grünbergstraße 8, 38108 Braunschweig, am 10. September

Kaminski, Willi, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorstener Straße 435, 44653 Herne 2, am 17. September

Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftliche Arbeit

Landesgruppe Berlin



Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Sbd., 23. September, **Lötzen**, 15 Uhr, Restaurant Amera, Leonorenstraße 96/98, 12247 Berlin.

So., 24. September, **Allenstein**, 15 Uhr, Restaurant Amera, Leonorenstraße 96/98, 12247 Berlin.

Landesgruppe Hamburg



Vors.: Günter Stanke, Telefon (0 41 09) 90 14, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt

LANDESGRUPPE

Landsmannschaftlicher Heimatmarkt – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 bis 16 Uhr, Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (vor dem Kaufhaus Karstadt), Mönckebergstraße, Hamburg. Die Teilnehmer erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten, Büchern und Zeitschriften. Blasmusik und Volkstanzgruppen sorgen zudem für Unterhaltung. Selbstverständlich ist auch die Landesgruppe wieder mit ihrem Ostpreußen-Stand vertreten.

BEZIRKSGRUPPEN

Farmsen-Walddörfer – Freitag, 15. September, Kegelausflug. Die Teilnehmer treffen sich um 11.15 Uhr am U-Bahnhof Buckhorn und gehen von dort in die Waldherrenhalle. Gäste sind herzlich willkommen.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Sonnabend, 30. September, 14.30 Uhr, Erntedankfest im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2. Gartenbesitzer werden um Spenden aus ihrem Garten für den Erntedanktisch gebeten. Kostenbeitrag 5 DM. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bitte bis 28. September bei Lm. K. Wien, Telefon 0 41 08/49 08 60 (ab 18 Uhr).

Insterburg – Freitag, 6. Oktober, 14.30 Uhr, Monatstreff im Lokal Zur Postkutsche, Horner Landstraße 208. Das Treffen mit Liedern und Vorträgen steht unter dem Motto „Erntedank".

Sensburg – Sonntag, 17. September, 15 Uhr, erstes Treffen nach der Sommerpause im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind willkommen.

Landesgruppe Baden-Württemberg



Vors.: Günter Zdunnek, Postfach 12 58, 71667 Marbach. Geschäftsstelle: Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart

Buchen – Mittwoch, 13. September, 14.30 Uhr, Treffen mit Kaffeetafel im Rathaus in Hainstadt. Ingrid Streckfuß, Erbach, hält einen Diavortrag zum Thema „Ernst-Moritz Arndt – ein vergessener Dichter?" – Sonntag, 24. September, 14.30 Uhr, im „Amtsstüble" in Mosbach. Bringfriede Jung hält den Vortrag „Agnes Miegel: Die Frauen von Nidden". Treffpunkt um 13.50 Uhr am Wimpinaplatz in Buchen.

Freiburg – 25 Mitglieder und Gäste der Ortsgruppe machten einen Ausflug nach Karlsruhe, den die rührige Schriftführerin Karin Schefold organisiert hatte. Beeindruckt war man von der Leistung der Herren Fliegel und Hlouschek, die mit Hilfe vieler Spender und einer aufgeschlossenen Stadt das Haus der Heimat in Karlsruhe ins Leben riefen. Eine umfangreiche Bibliothek, die in besonderen Fällen auch Studierende der Hochschulen und Schüler der höheren Schulen benutzen, fachmännisch hergestellte Trachten, eine große Anzahl von Wappen, Karten, Bildern und Fotografien vermitteln einen Eindruck der Geschichte der Deutschen im Osten. Auch das Karpatenmuseum bot viel Wissenswertes: Der Teil Ungarns, der später die Slowakei wurde, war ursprünglich mit 40 Prozent Deutschen besiedelt, heute leben dort ungefähr noch 150 000, vorwiegend im Hauerland, der Zirps und in Preßburg. Die Deutschen, die in Ungarn siedelten, lebten nach deutschem Recht, hatten deutsche Schulen. Sie schufen Kunstwerke, die noch heute bewundert werden können, da der Krieg dieses Land verschonte. Im Café am Marktplatz konnte man sich anschließend erholen und den müden Beinen eine Ruhepause gönnen.

Keine Berichte zum Tag der Heimat

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.

Heidelberg – Sonntag, 17. September, Feierstunde zum Tag der Heimat in der Stadthalle bzw. im Rega-Hotel. Bitte auf Ankündigungen in der Tagespresse achten.

Ludwigsburg – Sonnabend, 23. September, 15 Uhr, geselliges Zusammensein in „Stefanos Taverne", Schorndorfer Straße 52, Ludwigsburg.

Pforzheim/Enzkreis – Freitag, 15. September, Ausstellungseröffnung „Königsberg und das ostpreußische Gold" im Haus der Landsmannschaften, Brötzing. – Sonntag, 17. September, 14 Uhr, Tag der Heimat in der Stadthalle (kleiner Saal). – 60 Teilnehmer besuchten das Heimattreffen für die „Daheimgebliebenen", das heißt für die Nichturlauber. Nach der Begrüßung leitete Helmuth Demsky das Programm mit Ausschnitten aus den „Warschauer Konzerten" ein. Gertrud Buxa trug ein Gedicht über Masuren vor. Hein Seeherr erläuterte die Entwicklung dieser Region und beschrieb eindrucksvoll die Städte Lyck, Nikolaiken und Lötzen mit ihren Eigenschaften. Ursula Seeherr las eine Geschichte vor aus dem Buch von Siegfried Lenz „So zärtlich war Suleyken". Der gezeigte Film über Masuren rief viele Erinnerungen an diese schöne Landschaft wach. Über Eindrücke bei einem Kurzbesuch in Königsberg berichtete anschließend Christel Müller. In einem Schlußwort bedankte sich der Vorsitzende Heinz R. Müller bei den Helfern, die immer die Treffen so liebevoll vorbereiten. – Das nächste Heimattreffen findet am 8. Oktober um 15 Uhr statt. Es wird Erntedank gefeiert mit einer auf Blumen und Früchte ausgelegten Tombola.

Schorndorf – Dienstag, 19. September, 14.30 Uhr, Treffen in der Karl-Wahl-Begegnungsstätte. Auf dem Programm steht ein Diavortrag zum Thema „Reise nach Königsberg – Pillau – Palmnicken – Rauschen im August 1999".

Landesgruppe Bayern



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (0 89) 3 15 25 13, Fax (0 89) 3 15 30 09. Landesgeschäftsstelle: Ferdinand-Schulz-Allee/Am Tower 3, 85764 Oberschleißheim

Bamberg – Sonntag, 17. September, 15.30 Uhr, Tag der Heimat im Zentralsaal, Promenadestraße 3, Bamberg. Festredner ist der Bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein. – Mittwoch, 20. September, 17 Uhr, Monatsversammlung in der Gaststätte Tambosi, Promenadestraße 11. Dr. Klaus Ihlo spricht über „Altpreußische Vergangenheit" von Dr. Walter Schlusmus.

Erlangen – Dienstag, 19. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Freizeitzentrum Frankenhof.

Gunzenhausen – Sonntag, 24. September, 11 Uhr, Mahnmalfeier am Heimatdenkmal in Muhr am See.

Landesgruppe Hessen



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Landesgruppe – Vorankündigung: Freitag, 20. Oktober, 14 Uhr, Feier anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Landesgruppe im Gebäude des Hessischen Landtages, Schloßplatz 1–3, Wiesbaden. Zu dieser Festveranstaltung sind neben den Mitgliedern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen viele Ehrengäste eingeladen worden. Die Festrede wird die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach MdB, halten. Veranstaltungsende gegen 17 Uhr. Im Anschluß wird die Landesgruppe ihre diesjährige Landeskulturtagung im Anny-Lang-Haus in Wiesbaden, Unter den Eichen 1, abhalten, bei der namhafte Referenten zu interessanten Themen sprechen werden. Die Landeskulturtagung endet am Sonntag mittag.

Darmstadt – Sonnabend, 16. September, 15 Uhr, Monatstreffen im Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ). Nach der Kaffeetafel findet der interne Westpreußentag statt. Ingrid Stenzel erzählt vom „Land ihrer Väter in Westpreußen".

Erbach – Sonnabend, 16. September, 15 Uhr, Monatstreffen im Vereinshaus, Jahnstraße 32, Raum 1, 1. Stock. Nach einer gemütlichen Kaffeestunde und dem Erzählen der Ferienerlebnisse wird die Aufmerksamkeit auf die Feier zum 50jährigen Bestehen der Gruppe im November gerichtet, mit einem Videofilm über Ostpreußen 1944/45 zur Einstimmung. Gäste sind herzlich willkommen.

Erinnerungsfoto 1236



Volksschule Gallgarben, Kreis Königsberg-Land – *Unser Leser Herbert Paulusch schickte uns dieses Foto, das er beim Treffen der Gemeinde Gallgarben von Lieselotte Schwanke, geb. Dannenberg, erhalten hatte. Das Foto stammt aus dem Jahre 1938 und zeigt den Lehrer Bagger mit Schülern der Jahrgänge 1927 bis 1930. Folgende Schüler sind namentlich bekannt: Eva-Maria und Lieselotte Dannenberg, Christel Damaske, Ulla Banduhn, Helmut Frank, Albert Günter, Helmut ?, Günter und Gisela Krause, Alfred Meschutt, Käthe Gelbrecht, Hildegard Wissigkeit, Elfriede und Walter Heiser, Willy Schaefer, Helmut Lubitz, Gerda Ludigkeit und Heinz Meier. Wer erkennt sich oder kann Auskunft geben? Zuschriften unter dem Kennwort „Erinnerungsfoto 1236" an die Redaktion* Das Ostpreußenblatt, *Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, werden an den Einsender, der ebenfalls Schüler der Volksschule Gallgarben (Jahrgang 1932) war, weitergeleitet.* **MM**

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern



Vors.: Fritz Kahnert, Hamburger Allee 34, 19063 Schwerin

Landesgruppe – Vorankündigung: Sonnabend, 7. Oktober, 10 bis 17 Uhr, 5. Ostpreußentreffen im Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße (Kulturpark, 15 Minuten vom Bahnhof/Zentrum). Alle 40 Heimatkreise sind ausgeschildert. Für das leibliche Wohl und ein schönes Kulturprogramm ist gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen. Kontaktadresse: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, z. Hd. Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.

Schwerin / Heimatgruppe Insterburg – Freitag, 22. September, 15 Uhr, Treffen im Restaurant Elefant, Goethestraße 39, Schwerin.

Anklam – Sonnabend, 16. September, 14 bis 17 Uhr, Tag der Heimat in der Mehrzweckhalle „Volkshaus" (Baustraße / Nähe Marktplatz), Anklam.

Landesgruppe Niedersachsen



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Heesenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Irmgard Börnecke, Mühlenstraße 22a, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 60 92 68. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Kreuzgarten 4, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Waltraud Ringe, Maienstraße 10, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 57 70 69. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49524 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Wilhelm Czypull, Wintershall-Allee 7, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 28 71.

Aurich – Die Gruppe unternahm in den Sommerwochen zwei unterschiedliche Fahrten. Die erste Fahrt war eine kombinierte Bus- und Schiffsreise. In Timmel angekommen, wurde eine Erbsensuppe zur Stärkung serviert. Auf dem Schiff übernahmen in Anschluß zwei Kapitäne das Kommando, es folgte ein lehrreicher Nachmittag. Er führte die Ausflügler bis ins 18. Jahrhundert zurück. Anschaulich wurde über Land und Leute erzählt, wie sie lebten und was in damaliger Zeit passierte. Überschwemmungen und Sturmfluten gab es sehr viele, da noch keine Deichsicherung vorhanden war. Eine schwere Sturmflut forderte 10 000 Menschenleben. Daran erinnert noch heute ein hohes Kreuz, das den damaligen Wasserstand anzeigte. Eine weitere Fahrt führte nach Wiesmoor zur Blumenhalle. Dies ist immer wieder ein kleines Erlebnis, wozu Blumenpracht und die Wasserorgelspiele beitragen. Nach längerem und ruhigem Aufenthalt ging die Fahrt weiter nach Hopels, wo die Gruppe ein reichhaltiges Abendessen erwartete. Gemütlich saß man noch einige Stunden beieinander. All diese Unternehmungen waren von dem Vorsitzenden Paul Gehrmann auf das beste organisiert worden. – Am Deutschlandtreffen der Ostpreußen nahmen 28 Personen der Gruppe teil. Leipzig bot mit seinen neuen Messehallen eine ideale Begegnungsstätte. Eine Vielfalt an Vorträgen, Podiumsdiskussion, Konzerten und Gottesdiensten wurde angeboten, auch das Treffen der Landsleute aus den Heimatkreisen verlief sehr bewegend. Für eine Stadtführung war die Zeit recht kurz bemessen, da Leipzig selbst sehr viel Kulturgut aufzuweisen hat. Besonders die Thomaskirche ist eine beeindruckende Stätte gelebten Glaubens.

Braunschweig-Stadt – Bei der Monatsversammlung wurden der Tag der Landsmannschaften im Stadtpark und die Tagesfahrt in die Mark Brandenburg einer abschließenden Beurteilung unterzogen. Im Stadtpark konnten die Gäste sich unter dem Laubdach niederlassen, die gelungenen Darbietungen verfolgen und an den Ständen auch Stärkung erhalten. Die Tagesfahrt führte nach Rheinsberg. Dort erlebte die Gruppe eine Führung durch bereits hergerichtete Räume und hörte gleichzeitig von der Geschichte des Schlosses und des Parks. Eine Kirche und der ehemalige Besitz der Familie von Arnim wurden in Zernikow besichtigt und eine weitere Kirche in Badingen. In dem dortigen Gutshaus erwartete die Ausflügler eine mit Liebe gedeckte Kaffeetafel, an der die Lebensgeister wieder geweckt wurden. Übereinstimmend wurde die Fahrt von allen Teilnehmern gelobt. Nach diesen Rückblicken gab es den Vortrag „Leben und Werk Ernst Wiecherts" von Christel Jaeger. Die eingeschalteten Ausschnitte aus seinen Reden und Romanen fesselten die Zuhörer, so daß keine Ermüdung aufkommen konnte. Zum Schluß las die Referentin die Erzählung „Der Todeskandidat".

Osnabrück – Dienstag, 19. September, 16.30 Uhr, Kegeln in der Gaststätte Löwenpudel. – Sonntag, 8. Oktober, 15.30 Uhr, Erntedanknachmittag in der Stadthalle, Räume Osnabrücker Land 1 und 2. Anmeldungen bis 23. September bei Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, oder Gertrud Franke, Telefon 6 74 79. – Sonnabend, 14. Oktober, Besuch der Aufführung „Der Hauptmann von Köpenick" in der Dittchenbühne, Elmshorn. Nach einer Übernachtung in Elmshorn mit Halbpension findet am Sonntag, 15. Oktober, eine Stadtrundfahrt mit Führung in Hamburg statt. Abfahrt ist am Sonnabend um 10 Uhr in Osnabrück, Am Riedenbach, und um 10.15 Uhr vom Kollegienwall. Anmeldung bei Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, oder Gertrud Franke, Telefon 6 74 79.

Wesel – Sonntag, 24. September, 15.30 Uhr, 51. Tag der Heimat im Parkettsaal der Niederrheinhalle in Wesel. Kaffeetafel und Stände der Landsmannschaften sind ab 14 Uhr geöffnet. Es sprechen die Landtagsabgeordneten Peter Schowtka (CDU) und Wolfgang Hüsken (CDU).

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen



Vors.: Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Tel. (02 11) 39 57 63, Neckarstr. 23, 40219 Düsseldorf

Düsseldorf – Dienstag, 19. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im GHH, Ostpreußen-Zimmer 412, 4. Etage (Aufzug vorhanden). Gäste sind herzlich willkommen. Leitung: Helga Müller und Christa Petzold. – Donnerstag, 21. September, 15 Uhr, Vorführung des russischen Jugendfilms „Die Vogelscheuche" im GHH, Eichendorff-Saal.

Essen-Rüttenscheid-Altstadt – Freitag, 22. September, 14.30 Uhr, Mitgliederversammlung in der Sternquelle, Schäferstraße 17. Es wird über Fahrten und Besuche in die Heimat berichtet. Gäste sind herzlich willkommen.

Gummersbach – Mittwoch, 20. September, 18 Uhr, Heimatabend im Hotel Bodden, Gummersbach-Rebbelroth. Unter dem Thema „Berichte über Reisen in die Heimat" erzählen R. Marienberg und Erich Rauch von einer Reise ins nördliche Ostpreußen im Mai 2000.

Lüdenscheid – Bernkastel-Kues an der Mosel war das Ziel des diesjährigen Tagesausflugs der Gruppe unter der Leitung des Vorsitzenden Dieter Mayer. Die Fahrt ging durch den schönen Westerwald und dann entlang der Mosel nach Bernkastel-Kues, inmitten weltbekannter Weinberge (zum Beispiel Doctorberg) gelegen. Es folgte ein Rundgang durch die romantische Moselweinstadt mit ihren historischen Fachwerkbauten. Das Renaissance-Rathaus, der Marktplatz mit dem Michaelsbrunnen und seinem Renaissance-Gitter, das Spitzhäuschen, Pfarrkirche St. Michael, das Graacher Tor (Rest der mittelalterlichen Stadtmauer), der Bärenbrunnen sowie die Burg Landshut sind Zeugen der Geschichte. Zwischen dem Graacher Tor und dem Bärenbrunnen-Plätzchen hat das späte Biedermeier der alten Stadt Reverenz erwiesen. Nach einem ausgiebigen Mittagessen folgte eine zünftige Riesling-Weinprobe mit sechs Weinen und Sekt. Dazu gab es alles Wissenswerte über Reben, Weinanbau und Winzer von einem ortsansässigen Winzermeister. Den Abschluß bildete eine Schiffsfahrt auf der Mosel von Bernkastel-Kues nach Kröv und durch die Zeltinger Moselschleuse, bevor der Busfahrer die Gruppe wieder nach Lüdenscheid brachte.

Landesgruppe Rheinland-Pfalz



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Neustadt a. d. W. – Freitag, 22. September, 19 Uhr, Vortragsreihe des BdV unter dem Motto „Deutscher Osten, Mensch und Landschaft" in der Volkshochschule Neustadt. Es wird der Videofilm „Brüder im Sturm" gezeigt.

Landesgruppe Sachsen-Anhalt



Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben-Straßfurt – Im Bestehornhaus wurde eine Ausstellung über Brauchtum, Land und Leute Ostpreußens, Westpreußens, Pommerns und des Warthe-Weichsel-Gebietes ge-

Fortsetzung auf Seite 17

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Heimattreffen 2000

15. September, **Fischhausen:** Ortstreffen Rudau. Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg.

15.–17. September: **Preußisch Eylau:** Heimatkreistreffen. Verden/Aller.

16. September, **Allenstein-Land:** Kirchspieltreffen Bertung, Jomendorf. Stadthalle, Meinerzhagen.

16./17. September, **Fischhausen:** Hauptkreistreffen. Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg.

16./17. September, **Wehlau:** Hauptkreistreffen. Kurhaus Bad Nenndorf, Hauptstraße 11, 31542 Bad Nenndorf.

16./17. September, **Wehlau:** Kirchspieltreffen Plibischken. Kurhaus Bad Nenndorf, Hauptstraße 11, 31542 Bad Nenndorf.

17. September, **Ortelsburg:** Hauptkreistreffen. Saalbau, Essen.

22.–24. September, **Königsberg-Land:** Treffen Schönwalde mit Kodehnen. Boffzen bei Höxter/Weser.

23. September, **Schloßberg:** Dorftreffen Kurschen. Stadthalle, Winsen (Luhe).

23./24. September, **Bartenstein:** „600 Jahre Stadtgeschichte der Stadt Domnau" in der Heimat. Domnau/Ostpreußen.

23./24. September, **Insterburg Stadt und Land:** Jahreshaupttreffen. Stadtwaldhaus, Krefeld.

23./24. September, **Mohrungen:** Hauptkreistreffen. Kongreßhallen, Westfalenhalle, Gold-saal, Dortmund.

23./24. September, **Rößel:** Hauptkreistreffen. Aula des Berufsbildungszentrums, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss.

23./24. September, **Schloßberg:** Hauptkreistreffen. Winsen/Luhe.

23./24. September, **Schloßberg:** Treffen Mallwen (Mallwischken). Winsen/Luhe.

23./24. September, **Tilsit-Ragnit:** Kirchspieltreffen Argenbrück, Königskirch, Tilsit-Land. Hotel Seegarten, Am Schlangenluch 12, 15537 Grünheide bei Berlin.

29. September–1. Oktober, **Fischhausen:** Dorftreffen Germau. Hotel Zur Linde, Neuhaus Bolling.

30. September, **Fischhausen:** Trankwitz-Trenk-Treffen. Forsbacher Mühle, 51503 Rösrath.

Allenstein-Stadt



Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Telefon (0 22 25) 70 04 18, Danziger Straße 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtkreisgemeinschaft Allenstein, Telefon (02 09) 2 91 31, Dreikronenhaus, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen

Auszeichnung für Dr. Daube – Von 1983 bis 1999 war Dr.-Ing. Heinz Daube Vorsitzender der Stadtkreisgemeinschaft Allenstein. Seine Verdienste um die Festigung dieser Gemeinschaft und der Beziehung zu den Städten Gelsenkirchen und Allenstein, sein Beitrag für den Erwerb des Hauses Kopernikus und insgesamt sein anhaltend großer Einsatz für Ostpreußen wurden schon bei Beendigung seiner 16jährigen Amtszeit im September 1999 von der Landsmannschaft mit dem Goldenen Ehrenzeichen gewürdigt. Wenige Tage vor Vollendung seines 75. Lebensjahres am 25. August 2000 wurde Dr. Daube wegen seines Einsatzes für die Heimat und auch wegen seines Beitrags zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen nunmehr von der Bundesrepublik Deutschland das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen und vom Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Oliver Wittke, übergeben. Die Stadtkreisgemeinschaft gratuliert ihrem langjährigen und allseits geschätzten früheren Vorsitzenden zu dieser hohen Auszeichnung. Sie wertet diese auch als Anerkennung und Ansporn für ihre Arbeit.

Einweihung des Hauses Kopernikus – Der Erwerb des früheren Finanzamtes und jetzigen Hauses Kopernikus für die AGDM im Jahre 1996 war nicht das einzige Verdienst von Dr. Daube, aber es war die Grundlage und Voraussetzung für alle weiteren Verhandlungen und Bemühungen um den Ausbau und die Finanzierung dieses großen Vorhabens. Von den erstaunlichen Fortschritten in der baulichen Gestaltung konnten sich vor kurzem die Teilnehmer des Heimattreffens in Allenstein überzeugen. Nun ist für Ende September schon die Einweihung dieser Stätte deutsch-polnischer Begegnung und Verständigung vorgesehen. Der offizielle Festakt soll am Sonnabend, 30. September, unter Teilnahme hochrangiger Politiker stattfinden. Von polnischer Seite soll u. a. der Minister für Kultur und das nationale Erbe Polens, von deutscher Seite sollen die bayrische Ministerin für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit, Frau Stamm, sowie der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen. Am Sonntag, 1. Oktober, soll im Rahmen eines Tags der offenen Tür das Haus allen zugänglich gemacht und eingeweiht werden. Allensteiner aus der Bundesrepublik sind gerngesehene Gäste, müssen aber für ihre Anreise (für die verschiedenen Busunternehmen zur Verfügung stehen) selbst sorgen, da für eine organisierte Gruppenreise sich nicht genügend Teilnehmer gemeldet haben.

Jahrestreffen in Gelsenkirchen – Mehr Zuspruch wird mit Sicherheit das Jahrestreffen finden, das wegen der Feierlichkeiten in Allenstein auf den späten Zeitraum vom 20. bis 22. Oktober gelegt werden mußte. Neu ist neben dem späten Zeitpunkt auch die Programmfolge. Die Stadtversammlung wird bereits am Freitag nachmittag zusammentreten. Am Sonnabend vormittag wird wieder einmal eine Stadtrundfahrt durch Gelsenkirchen stattfinden, die sogar kostenlos ist. Nur eine schriftliche Anmeldung bei unserer Geschäftsstelle ist vonnöten, damit genügend Fahrzeuge und Stadtführer bereitgestellt werden können. Die im Mittelpunkt eines jeden Jahrestreffens stehende Feierstunde wird dieses Mal bereits am Sonnabend um 14 Uhr beginnen. Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen hat bereits sein Erscheinen zugesagt, ebenso das Schönebecker Jugendblasorchester, das wieder für einen stimmungsvollen musikalischen Rahmen sorgen wird. Leichtere Musik gibt es anschließend im großen Saal des Hans-Sachs-Hauses beim frohen Zusammensein. Um 16 Uhr liest Dr. Ernst Jahnke aus seinen „Allensteiner Gedichtchen". Der Sonntag vormittag ist wieder für den Gottesdienst in den beiden Kirchen reserviert, ebenso für die anschließende Gedenkminute und die Kranzniederlegung in der Propsteikirche. Danach gibt es noch Gelegenheit zu persönlichen Begegnungen und Gesprächen im Hans-Sachs-Haus, in dem es zu Mittag auch einen ostpreußischen Eintopf geben wird und in dem auch – wie schon am Sonnabend – die verschiedenen Verkaufs- und Informationsstände genutzt werden können. Geöffnet ist natürlich auch an beiden Tagen das Heimatmuseum „Treudank", in dem erstmals auch das neue Nepomuk-Gemälde besichtigt werden kann, das der Vorsitzende Gottfried Hufenbach als Geschenk von Andrezj Sassyn vom letzten Heimattreffen in Allenstein mitgebracht hat.

Ebenrode (Stallupönen)



Kreisvertreter: Paul Heinacher, Telefon (0 41 83) 22 74, Fax (0 41 83) 23 68, Lindenstraße 14, 21262 Jesteburg. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (0 51 91) 97 89 32, Billungstraße 29, 29614 Soltau

Die Dokumentation „Unsere Heimat – Ostpreußen und Kreis Ebenrode (Stallupönen)", herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Ebenrode, wird während des Hauptkreistreffens vom 8. bis 10. September aus besonderem Anlaß (50 Jahre Kreisgemeinschaft Ebenrode) zum Jubiläumspreis von 23 DM an Teilnehmer der Veranstaltung abgegeben. Das Handbuch und Nachschlagewerk bringt in übersichtlicher Darstellung Wissenswertes über den Kreis Ebenrode: Landschaftsbeschreibungen, Bevölkerungsangaben, Kurzfassung des Hauptgestüts Trakehnen in geschichtlicher und züchterischer Entwicklung. Aufschlußreich sind die Darstellungen der sich ändernden Ortsnamen ab 1871 bis heute sowie die umfangreichen Hinweise zur Familien- und Ortsforschung. Von großem Interesse sind auch die Überschriften der Einzelbeiträge aus den Heimatbriefen 1 bis 31, gegliedert nach Ortschaften. Von den 288 Seiten des Werkes entfallen 115 auf den Ostpreußenteil, davon 55 in Kurzfassung auf Entwicklungen der Provinz bis zur Gegenwart in Verbindung mit 15 Geschichtskarten und Skizzen. Es erscheinen darin auch die vom früheren Vertriebenenministerium dokumentierten Fluchtbewegungen und Verlustzahlen von Ostdeutschland. Dem besonders Interessierten werden detaillierte Verzeichnisse über Stiftungen, Institutionen, Einrichtungen der Landsmannschaft Ostpreußen sowie Einrichtungen über Auskunft gebende Stellen bei fehlenden Unterlagen und Urkunden mit Anschriften und Aufgabenbereichen geboten. Das Buch ist beim Verfasser Dipl.-Ing. Reinhold Theweleit, Schumacherstraße 27, 76275 Ettlingen, zu bestellen. Der Buchpreis beträgt dann 28 DM zuzüglich 6 DM für Porto und Verpackung.

Fischhausen



Kreisvertreter: Louis-Ferdinand Schwarz. Geschäftsstelle: Telefon (0 41 01) 2 20 37 (Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 9–12 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg

Germauer Treffen – Die Germauer laden zum 20. Treffen am Sonnabend, 30. September, im Gasthof zur Linde in Neuhaus ein. Vielleicht ist es für einige interessant, daß Manfred Seidenberg vom „Heimat-Video-Archiv", der sich auch gegen die unberechtigte Übergabe unseres Abendmahlkelches in Königsberg kämpft, am Nachmittag einen Film über Germau zeigen will. Es wäre schön, wenn viele den Weg zum Treffen finden könnten. Einige Teilnehmer werden schon am 28. September anreisen, um im kleinen Kreis Gedanken über die Heimat auszutauschen.

Gumbinnen



Geschäftsstelle: Stadt Bielefeld (Patenschaft Gumbinnen), Niederwall 25, 33602 Bielefeld, Tel. (05 21) 51 69 64 (Frau Niemann). Kreisvertreter: Arthur Klementz, Siebenbürgener Weg 34, 34613 Schwalmstadt, Telefon und Fax (0 66 91) 91 86 98 (Büro) und (0 66 91) 2 01 93

Spende für das Sanierungsvorhaben „Friedrichsschule" – In dem Bericht über das 15. Regionaltreffen des Regierungsbezirks Gumbinnen im *Ostpreußenblatt*, Folge 27, wurde u. a. angeführt, daß Prof. Dipl.-Ing. R. Kulcke für das Sanierungsvorhaben eine Spende übergeben wurde. Um Mißverständnisse auszuschließen, legt Prof. Kulcke Wert darauf, diesen Bericht zu ergänzen. Die Spende ist ihm nicht persönlich zugeflossen. Er hat sie lediglich in Empfang genommen und dann an die Schatzmeisterin der Kreisgemeinschaft, Frau Schmeelcke, weitergeleitet.

Treffen der 8. Klasse der Gemeindeschule (1938 „Gemischte Klasse") in Gumbinnen, Schulentlassung 1939 – Nachdem 1990 der Grundstein für unser Klassentreffen gelegt wurde, trafen wir uns, ein harter Kern von zehn Personen, nunmehr zum zehnten Mal. Da ein Schulkamerad in Kanada lebt, führte 1997 eine Reise zum Klassentreffen nach Kanada. Weil die meisten unserer ehemaligen Mitschülerinnen und Mitschüler in diesem Jahr ihren 75. Geburtstag feiern konnten, hatten wir uns für das diesjährige Klassentreffen etwas Besonderes ausgedacht: eine Donau-Schiffsreise. Initiator war wie immer unser Schulkamerad Fritz Schmidt aus Markham/Kanada. Buchungen und Organisation lagen in den Händen von Edith Pasternak-Nern. So starteten wir von Passau aus zu einer erlebnisreichen Tour. Es gab viel zu sehen und zu staunen, u. a. das Kloster Melk in Österreich, Budapest, Dürnstein und Wien. Die Donau-Schiffsreise wird noch lange in uns nachklingen, und wir zehren von den erlebten gemeinsamen Stunden. Vielleicht unternehmen wir im kommenden Jahr eine gemeinsame Reise nach Gumbinnen.

Heiligenbeil



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Gemeinde Waltersdorf – Reise Heiligenbeil 2001 – Der Kreis der Kirchspiel- oder Ortsvertreter, die für das Jahr 2001 einen Bus chartern wollen und eine etwa einwöchige Reise im Juli nach Heiligenbeil fest planen, wird ständig größer. Jetzt meldet die Ortsvertreterin von Waltersdorf, Lieselotte Ollmann, geb. Arndt, Rußweg 14, 23812 Wahlstedt, Telefon 0 45 54/61 75, die angelaufenen Vorbereitungen an. Die Busreise soll in Bad Essen beginnen und über Wahlstedt und Malchow nach Königsberg führen, wo auch übernachtet wird. Einzelheiten gibt Lieselotte Ollmann auf Anfrage bekannt.

Sondertreffen Kirchspiel Brandenburg – Von Freitag, 3. (abends), bis Sonntag, 5. November (mittags), treffen sich zum neunten Mal die Landsleute aus den Gemeinden des Kirchspiels Brandenburg in Rotenburg/Wümme. Die Veranstaltung findet statt im Helmut-Tietje-Haus (Jugendherberge), Verdener Straße 104. Organisator ist Landsmann Prof. Dr. U. E. Klein, Am Stoß 36, 57234 Wilnsdorf, Telefon 02 71/39 02 56. Die Anschrift des 1. Kirchspielvertreters lautet: Ernst Perbandt, Holzkontor 28, 26931 Elsfleth, Telefon 0 44 04/22 95.

Insterburg Stadt und Land



Geschäftsstelle: Telefon (0 21 51) 4 89 91, Fax (0 21 51) 49 11 41. Besuche nur nach vorheriger Terminvereinbarung. Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

Heimatgruppe Schwerin – Freitag, 22. September, 15 Uhr, Treffen im Restaurant Elefant, Goethestraße 39, Schwerin. Gäste sind herzlich willkommen.

Königsberg-Stadt



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Hans-Schemm-Schule – Zu ihrem 7. Jahrestreffen kam die Schulgemeinschaft der Hans-Schemm-Schule im Saal des Restaurants Eisenpfanne in Göttingen zusammen, wo Ernst Stoermer wieder eine große Teilnehmerzahl begrüßen konnte, darunter Gerda Meister, die schon zum zweiten Mal mit ihrem Mann Alfred aus den USA dabei war. Aber auch einige „Neulinge" waren wieder erschienen. Nach der Begrüßung und Totenehrung trug Waltraut Junge das Gedicht von Schulze-Semian „Die alten Kinder von Königsberg" vor. Rudolf Kurschat sprach im Anschluß über Erinnerungen aus Königsberg, und Agnes-Christel Brandt trug ihr Gedicht „An den Ackerboden in Ostpreußen" vor. Bevor Ernst Stoermer zum Schluß einen Vortrag über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 hielt, las Werner Klebusch noch von Agnes Miegel „Das Bad am Samstagabend" vor. Bruno Fietz hatte zudem als Erinnerungsgabe an das Treffen für alle Schulkameraden und Schulkameradinnen eine Gedichtskarte sowie ein kleines Ostpreußen-ABC vorbereitet. Mit Inge Löffler (Keyboard), Gerhardt Lauszat (Geige) und einigen Mundharmonikaspielern war der musikalische Teil stark vertreten. Am zweiten Tag fand als Überraschung eine Verlosung ohne Nieten statt. Viel Besinnliches und Humorvolles gab es zudem noch. Besonders viel Beifall erhielten Renate und Agnes-Christel Brandt für ihren Vortrag „Die Stine trägt das Tuch". Herausragend waren wieder die mundartlichen Vorträge von Gerda Speich. Werner Klebusch hatte seine wunderbare Ausstellung alter Königsberger Postkarten dieses Mal den Königsberger Kirchen gewidmet. Mit dem gemeinsamen Singen, darunter das Ostpreußenlied, wurde die gelungene Veranstaltung beendet. Das nächste Treffen wurde auf den Zeitraum vom 24. bis 26. August 2001, wieder in Göttingen im Saal des Restaurants Eisenpfanne festgelegt. Kontaktadresse: Ernst Stoermer, Sedanstraße 89, 89077 Ulm, Telefon 07 31/3 09 08.

Tragheimer Mädchen-Mittelschule, Abgangsjahr 1936 – Nach einem Jahr trafen wir uns wieder zum Klassentreffen in dem uns schon heimisch gewordenen Ostheim in Bad Pyrmont. Es waren schöne, den Alltag vergessen lassende Tage. Der Morgen begann mit leichten Lockerungsübungen. Wieder waren wir in der Hamborner Mühle, ein ruhiges, fern vom Verkehr gelegenes Ausflugslokal. Mit Kurzweil und Überraschungen vergingen die Stunden. Ein Nachmittag war für die Adlerwarte in Berlebeck, die größte Deutschlands, vorgesehen. Schülerinnen der Höheren Mädchenschule Riemer, Königsberg, waren auch zu ihrem Treffen im Ostheim zusammengekommen und schlossen sich unserem Ausflug an; für alle ein Erlebnis. Als Dank schenkte Hildegard Wagenführer-Lau allen Ehemaligen der Tragheimer Schule ihren Gedichtband. Die Abende verbrachten wir in geselliger Runde mit Plachandern, Vorträgen, aber auch bei besinnlichen Stunden, die uns die Heimat näher brachten, sowie mit Liedern, die von Hilda Berlin gekonnt am Klavier begleitet wurden. Das nächste Treffen findet vom 23. bis 27. Juli 2001 statt. Kontaktadresse: Eva Cernay, geb. Krißun, Laubacher Straße 46, 63679 Schotten, Telefon 0 60 44/16 26.

Labiau



Stellvertr. Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holst., Telefon (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, Telefon (0 481) 6 24 85, Lessingstraße 51, 25746 Heide

Hauptkreistreffen 2000 in Otterndorf/Niederelbe – Die Kreisgemeinschaft lädt herzlich zum diesjährigen Hauptkreistreffen am 9. und 10. September in der Stadthalle Otterndorf/Niederelbe im Patenkreis Landkreis Cuxhaven. Die Stadthalle ist an beiden Tagen ab etwa 8.30 Uhr geöffnet. Programmablauf (Änderungen vorbehalten): Sonnabend, 9. September, Kennenlernfahrt mit Kaffee und Kuchen durch den Patenkreis. Abfahrt mit zwei Bussen um 13 Uhr vor der Stadthalle. Die Teilnahme ist kostenfrei. Bitte melden Sie sich bei der Geschäftsstelle für diese Fahrt an. 11 Uhr, Eröffnung der Bilderausstellungen im Forum und in der Aula der Grundschule: „Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war", präsentiert von Bernhard Heitger und Frau; „Ostpreußens Landwirtschaft" sowie Frauen und Männer im Dienste der Landwirtschaft", präsentiert von Gerhard Fischer, Rostock. 20 Uhr, gemütlicher Abend mit Musik und Tanz. Es spielen die „Elbe-Musikanten" aus Otterndorf, unsere bewährte „Haus-Kapelle". Sonntag, 10. September, 10 Uhr, Kranzniederlegung am Gedenkstein Am Großen Specken. 11 Uhr Feierstunde anläßlich des Hauptkreistreffens in der Turnhalle neben der Stadthalle; Gastredner: Willi-Peter Sick, ehemaliges Mitglied des Bundestages. An beiden Tagen hält Herr Frank das Torhaus mit der Sammlung Labiau geöffnet. Ein Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbriefen usw. sowie ein Bücherstand sind ebenfalls beim Kreistreffen vertreten. Frau Schwarz verkauft Marzipan, Meschkinnes und vieles mehr. Zudem zeigt Herr Zink wieder die „Interessantes aus Labiau" usw. Für das leibliche Wohl ist wieder gut gesorgt: am Sonnabend gibt es Mittagessen nach kleiner Karte, nachmittags Kuchenbüfett. Sonntag: Mittagsbüfett mit Salaten, Krustenbraten und Kartoffelsalat für 13,50 DM, Rote Grütze mit Sahne 4,50 DM; nachmittags Kuchenbüfett. Allen Labiauern aus Stadt und Land ein herzliches Willkommen. Falls Sie noch keine Unterkunft haben, wenden Sie sich bitte an das Verkehrsbüro der Stadt Otterndorf, 21762 Otterndorf, Telefon 0 47 51/91 91 35.

Lötzen



Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27

Goldene und Silberne Konfirmation in Lötzen – Jubilare, die Interesse haben, im Sommer (Juni oder Juli) 2001 an einem deutschsprachigen Gottesdienst zur Feier der Goldenen bzw. Silbernen Konfirmation in der evangelischen Kirche Lötzen teilzunehmen, melden sich bitte rechtzeitig bei Friedhelm Steinke, Am Grünewald 16, 58507 Lüdenscheid, Telefon 0 23 51/2 39 86, oder bei Elzbieta Hartwig, ul. Daszynskiego 19/42, PL 11-500 Gizycko, Telefon 00 48 87 4 28 70 24. Laut Pastor

Jagutzki können an der Feier der Goldenen (Jahrgang 1951) und Silbernen Konfirmation (Jahrgang 1976) auch Konfirmanden der älteren Jahrgänge teilnehmen. Eventuelle Auskünfte erteilt Friedhelm Steinke.

Lyck



Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Geschäftsführer: Alfred Masuhr, Tel. (0 40) 6 72 47 15, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Kreisausschußsitzung – Im Rahmen des Hauptkreistreffens in Hagen trafen sich die Mitglieder des Kreisausschusses bereits am Freitag zu ihrer Vorstandssitzung in den Ostdeutschen Heimatstuben, die am Sonnabend fortgesetzt wurde. Alle Tagesordnungspunkte konnten abgehandelt werden.

Die Arbeitstagung der Orts- und Bezirksvertreter wurde wieder unter großer Beteiligung durchgeführt. Zahlreiche Themen wurden behandelt und diskutiert.

Kreistagssitzung – In den bis auf den letzten Platz besetzten Ostdeutschen Heimatstuben konnte die öffentliche Kreistagssitzung durchgeführt werden. Für die Stadt Hagen nahmen Anja Corell und Burghard Wehner teil. Der örtliche BdV war durch seinen Vorsitzenden Bernhard Jung vertreten und die Kreisgruppe der LO durch ihren Vorsitzenden Herbert Gell. Nach Eröffnung, Begrüßung und Totengedenken durch den Kreisvertreter wurden verdiente Landsleute mit Auszeichnungen geehrt. Das Verdienstabzeichen der LO erhielten Else Bandilla, Helga Bethke und Dorothea Masuhr. Das Ehrenzeichen der LO wurde Günther Donder verliehen. Es folgten die Tätigkeitsberichte des Kreisvertreters und der einzelnen Vorstandsmitglieder für das vergangene Jahr. Auf Antrag wurde der Vorstand durch den Kreistag einstimmig entlastet. Alle Tagesordnungspunkte konnten abgehandelt werden. Mit einigen Dankesworten und guten Wünschen für den weiteren Verlauf des Treffens beendete der Kreisvertreter die Kreistagssitzung. Anschließend begaben sich Vorstand und einige Landsleute zu einer kleinen Gedenkfeier mit Kranzniederlegung an den Lycker Steinen in den Hagener Stadtgarten. Für unsere Patenstadt nahm Bürgermeister Dr. Fischer daran teil. Auch waren der örtliche BdV und die LO-Gruppe Hagen durch ihre Vorsitzenden Bernhard Jung und Herbert Gell vertreten. Worte des Gedenkens sprach unser Kreisvertreter Gerd Bandilla. Mit der Nationalhymne wurde diese Gedenkfeier beendet. Zu einem Empfang der Stadt Hagen folgten Vorstand und Gäste Bürgermeister Dr. Fischer in die Stadthalle.

Hauptkreistreffen 2001 – Das nächste Hauptkreistreffen findet am 25. und 26. August in unserer Patenstadt Hagen statt.

Fahrt in die Heimat 2001 mit Schwerpunkt Scharfenrade – Für die Zeit vom 24. Mai bis 2. Juni ist eine Heimatreise mit dem Schwerpunkt Scharfenrade vorgesehen. In erster Linie möchten wir damit allen Landsleuten aus dem Kirchspiel Scharfenrade eine Gelegenheit zum Besuch ihrer Heimat geben. Die Fahrt führt ab Köln über Hagen–Hannover–Berlin–Posen nach Lyck. Die Unterbringung erfolgt im Hotel Lega Inn in Kelchendorf. Der Reisepreis beträgt mit Halbpension 1050 DM, Einzelzimmerzuschlag 150 DM. Anmeldungen für diese Fahrt sind unbedingt bis zum 30. September 2000 an den Kreisvertreter Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt, zu richten. Von ihm erhalten Sie weitere Informationen hierüber. Diese Fahrt ist vorerst in erster Linie für die Landsleute aus diesem Kirchspiel gedacht.

Treffen Langheide – Die Langheider treffen sich mit ihren Verwandten, Freunden und Bekannten vom 6. bis 8. Oktober in der lippischen Gemeinde Schlangen-Oesterholz, am Rande der Senne. Bei Mohnkuchen, Königsberger Klops und Bärenfang besteht reichlich Gelegenheit zum Plachandern in einer Gegend, die an die Johannisburger Heide erinnert. Zudem ist ein umfangreiches Programm mit Lichtbildern, Vorträgen sowie Unterhaltung und Tanz vorgesehen. Die Umgebung von Detmold (Lippe), das Hermannsdenkmal, die Externsteine und die Rattenfängerstadt Hameln sind sehenswerte Ausflugsziele. Weitere Auskünfte zur Organisation, Unterbringung und zum Programm erteilt Ernst Jäger, Im kleinen Bruch 8, 33189 Schlangen 3, Telefon 0 52 52/97 68 88, Fax 0 52 52/ 97 68 36.

Preußisch Eylau



Kreisvertreter: Albrecht Wolf, Telefon (0 41 01) 7 18 45, Buchenstraße 25, 25421 Pinneberg. Geschäftsstelle: Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden

Heimatkreistreffen 2000 – Unser Heimattreffen findet vom 15. bis 17. September wie in den vergangenen Jahren in Verden/Aller statt. Beim 52. Treffen nach dem Verlassen der Heimat sehen wir uns vor neuen Aufgaben, die sich vermutlich nur dann einer Lösung näher bringen lassen, wenn eine Verständigung mit den heute dort lebenden Menschen zu allen Fragen der Zeit ermöglicht wird. Wesentlicher Teil unserer Arbeit im letzten Jahr waren daher die Kontakte zu den Verwaltungen im russisch bzw. polnisch verwalteten Teil unseres Heimatkreises. Die gemeinsame Jugendarbeit von Landkreis und Stadt Verden mit unserer Jugend dient mit den ausgebuchten Jugendfreizeiten dem Ziel der Verständigung und gegenseitigen Achtung; sie trägt reiche Früchte. Der gegenseitige Besuch von russischen und polnischen Gastdelegationen zu unseren Heimattreffen bzw. zu Veranstaltungen im Heimatkreis sowie die Teilnahme an Ehrenmalfeiern sind bereits als selbstverständlich zu bewerten. Das Programm unseres Heimattreffens beginnt mit der Sitzung des Gesamtvorstandes am Freitag, 15. September, um 15 Uhr. Die Heimatstube Preußisch Eylau im neuen Kreishaus, Lindhooper Straße 67, Eingang Ost, 3. Obergeschoß, ist an diesem Tag bis 17 Uhr geöffnet. Daran schließt sich um 18 Uhr der Empfang durch Landkreis und Stadt Verden im Kreishaus an. Um 20 Uhr wird unser Landsmann Helmut Peitsch, Groß Sausgarten, uns einen Diavortrag mit dem Titel „Ostpreußen – im Lande des Bernsteins – Ein Angebot" sicherlich als einen Leckerbissen präsentieren. Am Sonnabend, 16. September, 9 Uhr, findet die öffentliche Sitzung der Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft im Kreishaus Verden statt. Als Rahmenprogramm und Besuchsmöglichkeiten bieten wir den Teilnehmern des Treffens folgende Offerten an: Besichtigung des neuen Pferdemuseums und der Stadtbibliothek am Holzmarkt; Besuch der Präsentation von Bildern im Rathaus der Stadt Verden. Um 20 Uhr ist wie immer unser Heimatabend im Parkhotel Grüner Jäger. Der Sonntag, 17. September, wird uns um 11.15 Uhr gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern von Landkreis und Stadt Verden am Ehrenmal im Bürgerpark zu einer gemeinsamen Feier vereinen. Wir empfehlen den Teilnehmern, sich schon jetzt um eine Unterkunft in Verden zu bemühen. Die Anschrift des Verkehrsamtes lautet: Tourist-Information Verden, Holzmarkt 15, 27283 Verden, Telefon 0 42 31/80 71 80.

Preußisch Holland



Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Tel. (0 48 21) 6 03-3 64, Reichenstraße 23, 25524 Itzehoe

Hauptkreistreffen 2000 in Itzehoe – Für das Hauptkreistreffen am 9. und 10. September in der Patenstadt Itzehoe ist folgendes Programm vorgesehen: Sonnabend, 9. September, 14 Uhr, Öffnung des Saales China Town (früher Lübscher Brunnen). 16 Uhr, öffentliche Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft im Historischen Rathaus, Markt 1–3. Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch den Kreisvertreter Bernd Hinz; Grußworte der Patenschaftsträger; Tätigkeitsbericht des Kreisvertreters; Vortrag „Partnerschaften, eine Möglichkeit zur Völkerverständigung?" von Helmut Jacobs MdL, Bürgervorsteher der Stadt Wilster; Schlußwort. 18 Uhr, Besichtigung der Preußisch Holländer Heimatstube im Haus der Heimat. 20 Uhr, musikalischer Heimatabend im Saal China Town. Mitwirkende: Volkstanzgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen; Unterhaltungs- und Tanzmusik mit Siggi Tornado; Plachandern und gemütliches Beisammensein. Ende gegen 23 Uhr. Sonntag, 10. September, 10 Uhr, Kranzniederlegung am Ehrenmal Langer Peter/Brunnenstraße. 10 Uhr Saalöffnung im China Town; Begrüßung der Gäste durch den Itzehoer Jugendspielmannszug von 1924 vor dem Festlokal. 11 Uhr, Festveranstaltung (auch aus Anlaß „700 Jahre Schönfeld) im Saal. Folge: musikalische Einleitung durch die Wilster Liedertafel von 1842 e. V.; Eröffnung und Begrüßung durch den Kreisvertreter; Grußworte der Patenschaftsträger; Kreisvertreter Bernd Hinz; Gesang; Vortrag „Der Patenkreis Steinburg und die aktuellen Aufgaben der Patenschaft" von Kreispräsident Klaus-Peter Wenzlaff; Ostpreußenlied und Deutschlandlied (3. Strophe); Plachandern/gemütliches Beisammensein. 18 Uhr, Ende der Veranstaltung. Bewirtung: deutsches Essen: Hotel Busch, Wilster; chinesische Küche und Getränke: China Town, Wing Kong Li.

Schloßberg (Pillkallen)



Kreisvertreter: Arno Litty, Telefon (0 30)7 03 72 62 Britzer Straße 81, 12109 Berlin. Geschäftsstelle: Marie-Luise Steinzen, Tel. (0 41 71) 24 00, Fax (0 41 71) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Preiswerte Übernachtungsmöglichkeiten für kurzentschlossene Besucher des Hauptkreistreffens am 23. und 24. September in Winsen/Luhe – Günstige Übernachtungsmöglichkeiten für Anreisende mit dem Pkw können noch im Freizeitheim Haus Uhlenbusch in Hanstedt über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft gebucht werden. Anschrift siehe oben.

Tilsit-Stadt



Stadtvertreter: Horst Mertineit. Geschäftsstelle: Hannelore Wassner, Telefon (04 31) 52 06 68, Diedrichstraße 2, 24143 Kiel

Sonderdruck zum Bundestreffen in Kiel – Zum Bundestreffen der Tilsiter, das zusammen mit den Landsleuten der Heimatkreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung am 7. und 8. Oktober in Kiel stattfindet, hat die Stadtgemeinschaft einen Sonderdruck an alle ihr bekannten Adressen verschickt. Auf 48 Seiten wird in diesem Sonderdruck auf Einzelheiten des Programms hingewiesen, wobei geringfügige Programmänderungen vorbehalten bleiben. Außerdem enthält der Sonderdruck u. a. einen Artikel über Tilsits Patenstadt Kiel, einen Rückblick auf das Ostpreußentreffen zu Pfingsten in Leipzig und auf das Bundestreffen 1998 in Kiel, über Berichte der Schulgemeinschaften und über Tilsits Vergangenheit. Interessenten, die den Sonderdruck nicht erhalten haben, wenden sich bitte an die Stadtgemeinschaft Tilsit, Diedrichstraße 2, 24143 Kiel. Postkarte genügt.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Am Mittwoch, 13. September, 19.30 Uhr, hält Dr. Marianne Kopp im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, einen Vortrag zum Thema „Agnes Miegel – Leben und Werk. Die durch ihre Balladendichtung berühmt gewordene „Mutter Ostpreußen" wurde 1879 in Königsberg geboren und schloß sich um die Jahrhundertwende dem Kreis um Börries von Münchhausen an. Nach ihren Lehr- und Wanderjahren fühlte sie sich ihrer ostpreußischen Heimat zunehmend verbunden und lebte und arbeitete bis zur Flucht 1945 in Königsberg. Mit einem der letzten Flüchtlingsschiffe gelangte sie nach Dänemark, blieb dort eineinhalb Jahre interniert und fand schließlich in Niedersachsen Zuflucht. An ihrem Alterswohnsitz in Bad Nenndorf verstarb sie 1964. Hier hat heute die Agnes-Miegel-Gesellschaft ihren Sitz.

Das literarische Schaffen Agnes Miegels wurde mit zahlreichen Literaturpreisen gewürdigt. Textbeispiele aus ihrer Lyrik sollen diesen Lebensweg und das Besondere an ihrem Werk veranschaulichen. Die Referentin Dr. Marianne Kopp befaßte sich sowohl in ihrer Magister- als auch in ihrer Doktorarbeit mit dem Werk Agnes Miegels. Sie ist als freiberufliche Journalistin tätig und Vorstandsmitglied der Agnes-Miegel-Gesellschaft.

Landsmannschaftliche Arbeit

Fortsetzung von Seite 15



Brauchtum: *Der von den Frauengruppen Aschersleben und Giersleben gefertigte Wandteppich „Lebenskreis"* Foto privat

zeigt. Bücher, Postkarten, Landkarten und Bildern gaben Einblicke in die Heimat, auch Trachten, Handarbeiten und Bernsteinschmuck waren ausgestellt. Die Frauengruppen aus Aschersleben und Giersleben stellten Handarbeiten vor, die in verschiedenen Techniken gearbeitet wurden. Als große gemeinsame Arbeit wurde der Wandteppich „Der Lebenskreis" gefertigt. Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur sollten auf die Ostgebiete aufmerksam gemacht werden, und auch das Stadtfest von Aschersleben wurde durch die Ausstellung bereichert.

Dessau – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Treffen der Singegruppe in der Begegnungsstätte, Windmühlenstraße. – Mittwoch, 20. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Saarstraße 52.

Magdeburg – Dienstag, 19. September, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe „Stickerchen" im Frauenobjekt, Goethestraße 44. – Freitag, 22. September, 16 Uhr, Chorprobe im Sportobjekt TuS.

Landesgruppe Schleswig-Holstein



Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11; Wilhelminenstr. 47/ 49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Sonntag, 10. September, 11 Uhr, Tag der Heimat im Feuerwehrhaus der Stadt Bad Schwartau. Festredner ist Bürgermeister a. D. Dieter Schwarz, LvD-Vorsitzender Schleswig-Holstein. – Montag, 11. September, 17 Uhr, Grillabend im Clubhaus des Schwartauer Tennisvereins. Der Kostenbeitrag liegt bei 17,50 DM. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung umgehend bei Blumen-Böckmann, Markt 10, oder Lotto- und Totoannahmestelle Soer (ehemals Walter), Cleverhofer Weg 120.

Kiel – Donnerstag, 21. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat unter dem Motto „Erlebte Heimat 2000". Auf dem Programm stehen Berichte aus dem nördlichen und südlichen Ostpreußen.

Landesgruppe Thüringen



Vors.: Gerd Luschnat, Schleusinger Straße 101, 98714 Stützerbach, Tel. (0 36 77) 84 02 31

Landesgruppe – Freitag, 22. September, Wahlveranstaltung der Landesgruppe im Brauhaushotel in Arnstadt. Die Delegierten werden gebeten, in der Diskussion zum Tätigkeitsbericht Beispiele aus der eigenen Arbeit zu bringen.

Wir gratulieren...

Fortsetzung von Seite 14

Lange, Elfriede, geb. Butzkies, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Hügelgrab 4, 31582 Nienburg, am 17. September

Liebert, Gertrud, geb. Borkowski, aus Treuburg, Grenzstraße, jetzt Leistadter Straße 29, 67273 Weisenheim a. B. am 13. September

Ludwig, Erna, geb. Schwenker, aus Ortelsburg, jetzt Sonnenstraße 6, 59067 Hamm, am 11. September

Mauer, Ernst, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Kleinholzweg 6, 83064 Raubling, am 13. September

Merz, Ilse, geb. Schwanke, aus Gr. Schläfken, jetzt Brendelstraße 18, 61381 Friedrichsdorf, am 15. September

Naujack, Werner, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Weidenstieg 18, 21521 Aumühle, am 12. September

Neidhardt, Rudolf, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, jetzt Hermeskeiler Straße 14, 50935 Köln, am 10. September

Newiger, Margarete, Powunden 1, jetzt Wahlgasse 1, 37181 Hardegsen, am 14. September

Pegert, Willi, aus Friedland, Fließstraße 242, jetzt Semmelweisstraße 36, 15890 Eisenhüttenstadt, am 13. September

Quaß, Elisabet, geb. Walendy, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Ermlandweg 6, 26127 Oldenburg, am 12. September

Rabe, Waltraut, geb. Kischkat, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Ebertallee 64, 49084 Osnabrück, am 10. September

Rosowski, Charlotte, geb. Sadlowski, aus Wilhemsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Langenborn 3, 22453 Hamburg, am 12. September

Sadtkowski, Helene, geb. Schoeps, aus Osterode, jetzt Ottenbrucher Straße 10, 42105 Wuppertal, am 12. September

Schattner, Gerhard, aus Lötzen, jetzt Hederichweg 20, 58708 Menden, am 15. September

Schmidt, Else, Fuchsberg 14, jetzt Bruchstraße 23, 53937 Gmünd/Eifel am 17. September

Schreitmüller, Herta, geb. Rotzoll, aus Ganshort b. Gilgenburg, Kreis Osterode, jetzt Bühringer Straße 29, 91710 Gunzenhausen, am 12. September

Schulz, Ruth, geb. Reinhold, aus Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, und Guttstadt, jetzt Promenadenstraße 5, 86199 Augsburg, am 15. September

Sdunzik, Albert, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Krausstraße 29, 47119 Duisburg am 5. September

Semmling, Gertrud, geb. Strunkeit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Stephanstraße 17, 90478 Nürnberg, am 12. September

Steinbacher, Käthe, geb. Pflaumbaum, aus Willdorf, Kreis Ebenrode, jetzt Heimburg 5, 30455 Hannover, am 17. September

van Heel, Hildegard, geb. Osenger, aus Lyck, jetzt Insterburger Weg 42, 47279 Duisburg, am 11. September

Wiechert, Frieda, geb. Jacob, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Kranichweg 6 a, 22305 Hamburg, am 17. September

zur Diamantenen Hochzeit

Buttler, Heinz und Friedel, geb. Willert, aus Königsberg, Bahnhof Seligenfeld, jetzt Graf-Recke-Straße 76, 40239 Düsseldorf, am 14. September

Ollesch, Erich und Hedwig, geb. Holl, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Straßburger Straße 8, 44623 Herne, am 16. September

zur Goldenen Hochzeit

Böhnke, Erwin, aus Poren bei Zinten, und Edith, geb. Paulat, aus Königsberg, Nasser Garten, jetzt Hasselbrookstraße 126, 22089 Hamburg, am 9. September

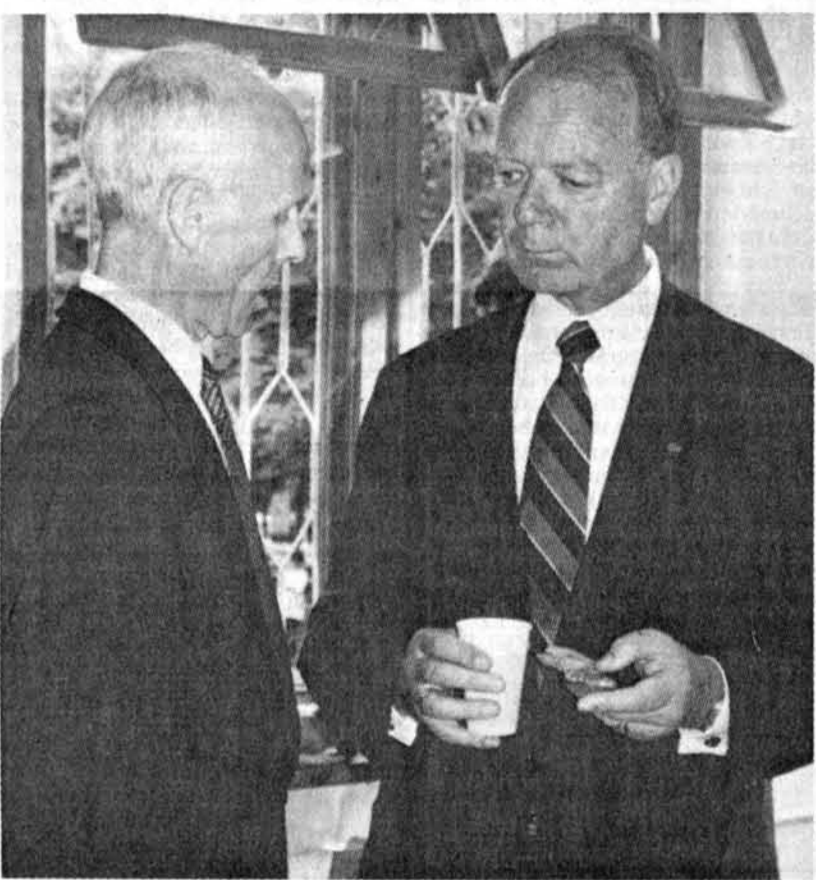
Dzykonski, Bruno und Elfriede, geb. Schöne, aus Halldorf, Kreis Treuenburg, jetzt Am Masling 10, 58452 Witten, am 1. September

Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, und Frau Eva, geb. Schwark, aus Karkeln und Königsberg, jetzt Ahornstraße 15, 52531 Übach-Palenberg, am 15. September

Szczesny, Gustav und Irene, geb. Kahle, aus Suleiken, Kreis Treuburg, jetzt Westerkamp 5, 21502 Geesthacht, am 26. August



Wurde am 20. August in Pillau/Ostpreußen eingeweiht: *die Kriegsgräberstätte für Angehörige der Deutschen Wehrmacht und zivile Opfer, die durch Bombenterror und Vertreibung zu Tode kamen*



Sprechen während eines Empfangs im Pillauer Lyzeum über die Lage in Ostpreußen: *Ernst-Jörg v. Studnitz, deutscher Botschafter Rußland, und Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO*



Weihte im Beisein eines evangelischen und römisch-katholischen Geistlichen die Gedenkstätte Pillau unter großer Anteilnahme der Besucher: *ein Pope der russisch-orthodoxen Kirche*



Kranzniederlegung und Gedenken auch in Trakehnen: *Angehörige des Fallschirm-Panzer-Korps ehren deutsche und russische Gefallene*

Pillau/Trakehnen:

„Ich hatt' einen Kameraden ..."

Zwei beeindruckende Kriegsgräberstätten wurden in Ostpreußen eingeweiht

Russische Militärs und Angehörige des Fallschirm-Panzer-Korps der Deutschen Wehrmacht gingen zu mittäglicher Stunde in Achtungsstellung: Nach über 55 Jahren hallten in Trakehnen zum ersten Mal wieder Salutschüsse, abgegeben von russischen Soldaten. Die militärische Ehrenbezeugung galt in Ostpreußen zum Kriegsende hin gefallenen russischen und deutschen Soldaten, die in Trakehnen und in der Umgebung ihre letzte Ruhestätte gefunden hatten.

Unter der Leitung von Prof. Hans Bliss, Vorsitzender des Verbandes deutscher Fallschirmjäger, eines russischen Obristen sowie des für diese Region zuständigen Landrats hatte sich diese Initiative für eine würdige Gedenkstätte nach langwierigen Vorbereitungen zu dieser bislang einzigartigen Gedenkveranstaltung zusammengefunden. Der in jeder Hinsicht ebenso würdige wie reibungsfreie Ablauf dieses Treffens ließ für Außenstehende kaum den immensen organisatorischen Aufwand vorab erkennbar werden: Terminliche Planungen mußten mit politischen Erwägungen zur Deckung gebracht werden, finanzielle mit technischen.

Die hintergründige Triebkraft für dieses Treffen galt dabei nicht nur dem ehrenden Gedenken für die Opfer des Krieges und der Vertreibung, sondern insbesondere auch der weiterführenden Aussicht auf Verbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses, wie es Hans Bliss in seiner Ansprache unter deutlicher Anspielung auf gedeihliche geschichtliche Epochen unserer beiden Völker ausführte.

Bereits unmittelbar zuvor war auf dem sieben Kilometer von Trakehnen entfernt liegenden deutsch-russischen Soldatenfriedhof mit den Toten von 1914 bis 1918 in Matschkehmen die russische Antwort erfolgt. Sie kam aus dem Munde einer über achtzigjährigen russischen Ärztin, die angesichts der immer schwierigeren Weltlage die frühe deutsch-russische Gemeinsamkeit als Grundlage für eine konstruktive Zukunft beschwor.

Die offizielle Gedenkveranstaltung in Trakehnen endete mit dem Intonieren der deutschen und der russischen Nationalhymne durch eine russische Militärkapelle, nachdem zuvor bereits „Ich hatt' einen Kameraden ..." gespielt worden war.

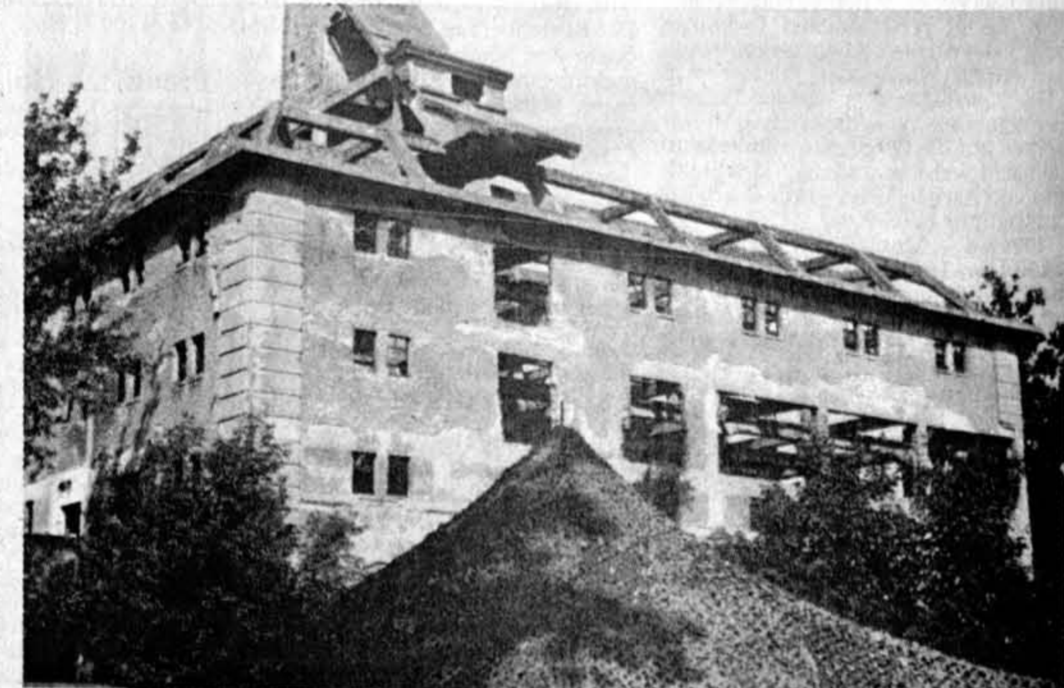
Anders als in Trakehnen, wo die Veranstaltung auf private Initiativen zurückzuführen war, stand die Einweihung der Kriegsgräberstätte an der Nordmole von Pillau in der Verantwortung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Neben über 200 Angehörigen aus der Bundesrepublik waren auch Repräsentanten der örtlichen Gebiets- und Stadtverwaltung von Pillau zugegen, die für die Anlage des rund zweieinhalb Hektar großen Geländes die Genehmigung erteilt hatten.

Der Friedhof war in seinen Anfängen bereits im Januar 1945 für zivile Kriegstote und in den Lazaretten verstorbene deutsche Soldaten angelegt worden. Die amtliche Belegungsliste der deutschen Behörden wies damals über 7400 Namen auf, darunter auch Franzosen, Ungarn, Holländer, Rumänen und Tschechen. Mit der Erweiterung und der Neugestaltung der Kriegsgräberstätte wurden auch etwa 3000 Tote aus der näheren Umgebung von Königsberg umgebettet, darunter auch 204 Passagiere des Flüchtlingsschiffes „Wilhelm Gustloff", das 1945 von sowjetischen Torpedobooten vermutlich nach Hinweisen von norwegischer Seite versenkt worden war.

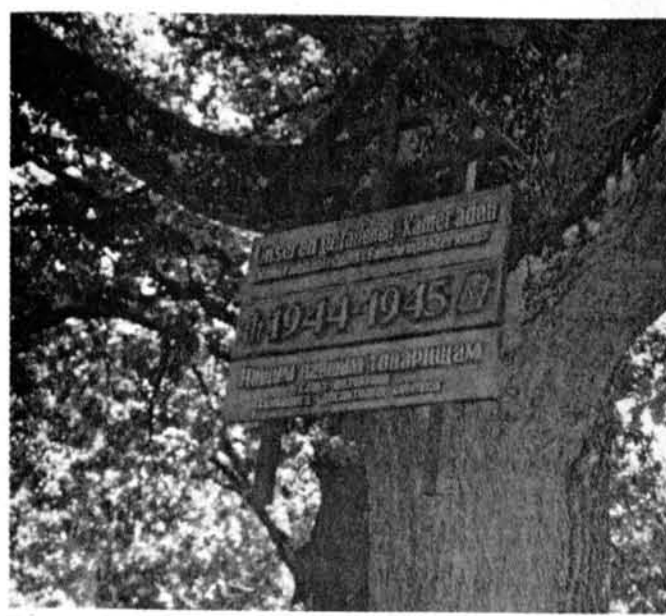
Der deutsche Botschafter Ernst-Jörg v. Studnitz, der eigens von Moskau ins ostpreußische Pillau gekommen war, bezeichnete den Anlaß und den Augenblick der Einweihung in seinem taktvoll angemessenen Grußwort als „eine schmerzliche Stunde", die nicht ohne Verpflichtung für die beiderseitige Zukunft bleiben dürfe, während die Gedenkansprache des Präsidenten des Brandenburgischen Landtages, Herbert Knoblich, in mitunter unangenehm berührender Weise den ostpreußisch-deutschen Hintergrund aussparte und zugleich eine tiefe Reverenz vor dem Zeitgeist einschloß. **Peter Fischer**



Beteiligten sich ebenfalls an den Ehrungen für die Gefallenen des Weltkriegs in Trakehnen: *russische Angehörige der ehemaligen Roten Armee*



Zeugt noch von den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die 1944/45 geführt wurden: *ein zerschossenes Getreidespeicherhaus in direkter Nähe der neuen Gedenkstätte Trakehnen*



Die zweisprachige Gedenktafel in Trakehnen/Ostpreußen: *„Unseren gefallenen Kameraden/Kameradschaftsbund Fallschirmpanzerkorps/1944–1945*



Verharren in Achtungshaltung bei der Kranzniederlegung in Trakehnen: *ein deutscher Angehöriger des Fallschirm-Panzer-Korps und ein russischer Soldat, der in Ostpreußen stationiert ist*



Salutieren an der deutschen Gedenkstelle in Trakehnen während des Gedenkaktes: *zwei Deutsche, die während der letzten Kriegsmonate Ostpreußen verteidigten*

„Das eisige Klima aufzutauen ...“

Eröffnungsrede für die Gefallenen des Fallschirm-Panzer-Korps in Trakehnen

Von Prof. Dr. HEINZ BLISS

Sehr geehrter Herr Landrat Akinin! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Vertreter der russischen Behörden! Liebe russische und deutsche Veteranenkameraden!

Anläßlich des Besuches des russischen Staatspräsidenten Putin in der zweiten Juniwoche dieses Jahres erklärten dieser und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, eine neue Epoche der deutsch-russischen Beziehungen einleiten zu wollen. Man wolle auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und der Beziehungen zwischen den Menschen in Zukunft eng zusammenarbeiten.

Darüber können sich Russen und Deutsche sicher freuen, wird doch an eine Tradition angeknüpft, die schon über tausend Jahre alt ist.

Ich will hier nicht erschöpfend alle Daten nennen, aber doch einige herausstellen:

1. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handwerks, der Medizin, des Militärwesens seit der Zeit Iwan Grosnys;

2. Die enge Zusammenarbeit auf fast allen Gebieten zur Zeit Peters des Großen;

3. Die Ansiedlung von deutschen Bauern und Handwerkern zur Zeit der Zarin Katharina der Zweiten, die selbst ja eine Deutsche war;

4. Die gegenseitige Befruchtung auf dem Gebiet der Musik und Literatur seit Puschkin und Goethe;

5. Die Politik unseres Reichskanzlers Bismarck, der stets für eine enge deutsch-russische Zusammenarbeit eintrat;

6. Die Zusammenarbeit auf technischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet nach dem Abkommen von Rapallo Ostern 1920.

Dies waren nur einige Eckdaten aus der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und Zusammenarbeit.

Zwei schreckliche Weltkriege haben die lange Kette der deutsch-russischen Zusammenarbeit – ja Freundschaft – unterbrochen.

Aber schon unter Bundeskanzler Adenauer, gefolgt von Willy Brandt und Helmut Kohl, wurden ernsthafte Versuche unternommen, das nach dem Kriege von 1941 bis 1945 entstandene eisige Klima aufzutauen.

Das 4+2-Abkommen von 1990 gab dann die Möglichkeit, das Eis ganz zu schmelzen. Eine gute Zusammenarbeit bahnte sich an, die dann leider durch Ereignisse wie Kosovo u. a. unterbrochen wurden. An der Basis haben wir nicht aufgehört, für Versöhnung und Zusammenarbeit einzutreten und zu kämpfen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Beziehungen zwischen den russischen und deutschen Kriegsveteranen hier in Jasnaja Poljana/Trakehnen seit 1998.

Ich selbst pflege die besten Beziehungen zu den Kriegsveteranen von Jaroslavl schon seit 1991 – also noch zur sowjetischen Zeit. In diesem Jahr nahm ich mit einer Delegation von Veteranen und Bundeswehrreservisten der deutschen Partnerstadt Kassel am 22. Juni 1991, am 50. Jahrestag des Beginns des deutsch-sowjetischen Krieges, an den Gedenkfeiern in Jaroslavl teil. Wir waren die ersten Kriegsveteranen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die damalige Sowjetunion eingeladen waren. Aus dieser ersten Begegnung ist eine feste Partnerschaft, ja herzliche Freundschaft, entstanden. Jedes Jahr tauschen wir Delegationen aus. Ich selbst wurde mit dem russischen Friedensdiplom ausgezeichnet.

Ich habe mein persönliches Beispiel genannt, weil ich sehr wünsche und hoffe, daß zwischen den russischen und deutschen Veteranen auch hier in Jasnaja Poljana eine ähnlich herzliche Partnerschaft entsteht.

Daß wir heute hier an diesem Ort eine Gedenkstätte für deutsche Gefallene einweihen dürfen, verdanken wir den russischen Behörden und Freunden.

Wir danken ihnen allen und geloben, unsere Anstrengungen auf eine russisch-deutsche Zusammenarbeit hier und überall zu richten. Das sind wir den gefallenen deutschen und russischen Soldaten schuldig.

Wir gedenken der Gefallenen in tiefer Trauer und versprechen ihnen, ihr Opfer als Mahnung für den Frieden und der Versöhnung über den Gräbern aufzufassen.

Wir gedenken ebenso der Opfer der Vertreibung und Gewaltherrschaft überall in der Welt.

Wir gedenken der Opfer unter der Zivilbevölkerung der beiden Kriege und der Zeit bis heute.

Mögen die Großen dieser Welt ihre Aufgabe darin sehen, ihren Völkern ein Leben ohne Hunger und Kriegsangst zu sichern.

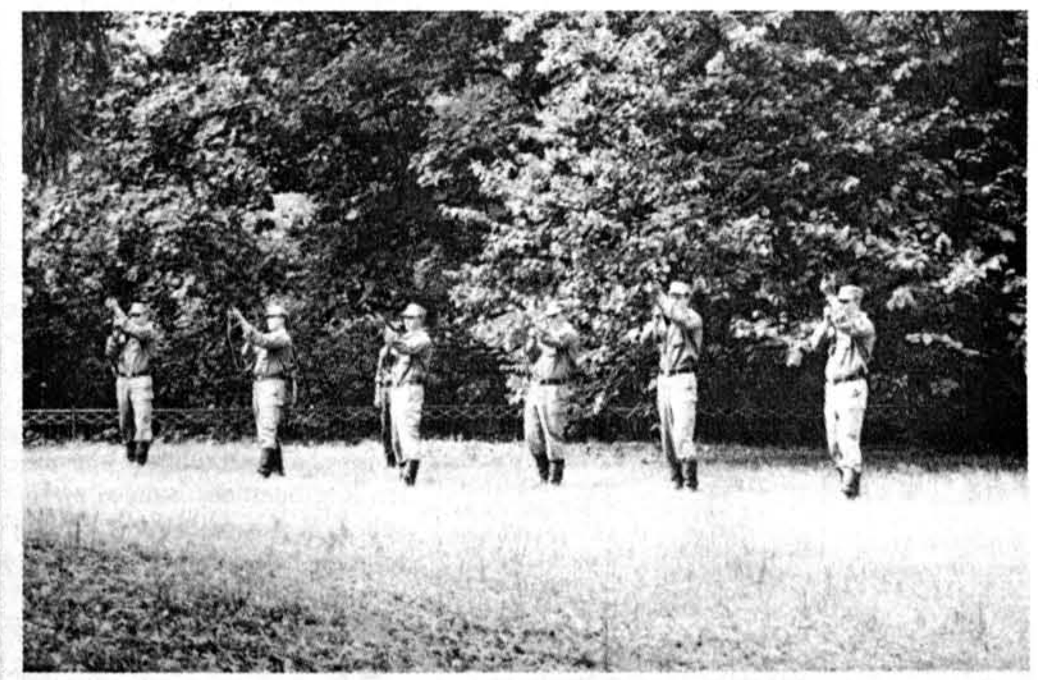
Gott stehe ihnen dazu bei.



Verantwortliche der Gedenkveranstaltung: *der für die Region Trakehnen zuständige russische Landrat P. Akinin und Prof. Dr. Heinz Bliss vom Bund Deutscher Fallschirmjäger*



Wirkt beispielgebend in der ansonsten weithin verfallenen Region: *neue Häuser mit ihren gepflegten Vorgärten in Amtshagen nahe Trakehnen, die von Rußlanddeutschen bewohnt werden*



Schießen Salut zu Ehren der während des Zweiten Weltkrieges gefallenen deutschen und russischen Soldaten: *Angehörige einer russischen Einheit*

Fotos (12) Fischer

Preußischer Mediendienst

Die Geschichte Preußens auf Video



Die Brandenburger - Chronik eines Landes
Länge: 315 min
2 Cassetten
DM 69,95
Best.-Nr. A1-2

Die große Dokumentationsreihe "Die Brandenburger" beschreibt die mehr als 1000jährige Geschichte der Region in sieben Teilen - von der Eroberung der slawischen Festung "Brennabor" durch den deutschen König Heinrich I. bis zur Gründung des Landes Brandenburg im Zuge der deutschen Einheit 1990. Dazwischen: große Geschichte und kleine Geschichten, Kriege und Katastrophen, Reformen und Revolutionen und der mühsame Alltag der Menschen. Ein historischer Streifzug durch das Land, das als Keimzelle Preußens zum Machtzentrum des deutschen Reiches wuchs.

Reiseführer





Henning Sietz
Kurische Nehrung
Der Reiseführer bietet geschichtliche Erklärungen, Vorschläge für Wanderungen, Beschreibungen aller Ortschaften und Sehenswürdigkeiten, ein Verzeichnis wichtiger Anschriften, ein zweisprachiges Register der Ortsnamen, Regionalkarten sowie viele Farbfotos.
217 Seiten, brosch.
DM 26,80
Best.-Nr. L2-2

Reiseführer Ostpreußen -südlicher Teil-
Westpreußen und Danzig
304 Seiten
DM 24,80
Best.-Nr R1-6

Jan Baldowski
Reiseführer Ermland und Masuren
Ein wertvoller Begleiter durch die Landschaft mit vielen Vorschlägen für Besichtigungstouren zu Wasser und zu Lande. Karten, Anschriften, Ortsbeschreibungen.
293 S. viele Farbf.,
DM 29,80
Best.-Nr. L2-5



Reiseführer Königsberg und Umgebung
von Juri Iwanow
242 Seiten, viele Farbfotos, Karten, wichtige Anschriften u.v.m.
DM 29,80
Best.-Nr. L2-3

Zeitgeschichte



Helga Hirsch
Die Rache der Opfer Deutsche in polnischen Lagern 1944 - 1950
Über 100.000 deutsche Zivilisten, mehrheitlich Frauen, Kinder und Alte, waren zwischen 1944 und 1950 in polnischen Lagern interniert. Zehntausende kamen um. Ein erschütterndes Dokument.
222 S., Taschenbuch
DM 16,90
Best.-Nr.R2-6



Rolf Hinze
Das Ostfrontdrama 1944
Die Rückzugskämpfe der Heeresgruppe Mitte
440 S. 162 Abb. geb.
DM 49,80
Best.-Nr. M1-15



Heinz G. Guderian
Erinnerungen eines Soldaten
Der 2. Weltkrieg aus der Sicht des legendären Panzergenerals.
465 Seiten, 45 Abb.,
DM 29,80
Best.-Nr. M1-23

Ostpreußen

Hans Graf von Lehndorff
Menschen, Pferde, weites Land.
Kindheits- und Jugenderinnerungen an Ostpreußen
286 S. Tb.
DM 19,80
Best.-Nr. D3-6

Hans Graf von Lehndorff
Ostpreußisches Tagebuch
Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947
Graf von Lehndorff leitete Anfang 1945 ein Lazarett in Königsberg. Er erlebte die Einnahme der Stadt durch die Russen. Ein erschütterndes Dokument.
289 Seiten, Tb.
DM 16,90
Best.-Nr. D3-2

Dieckert/Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Der umfassende Dokumentarbericht über das Kriegsgeschehen in Ostpreußen.
232 S., 48 Abb., geb.
DM 29,80
Best.-Nr. M1-2

Neu - Der Kriegshafen Pillau



Helmut Blocksdorf
Pillau - Chronik eines Untergangs
Die Flucht aus Ostpreußen
Am 13. Januar 1945 begann die Rote Armee den Großangriff auf die östliche Reichsgrenze. Die Flüchtlingsströme konzentrierten sich auf die Frische Nehrung und auf den Pillauer Hafen, wo sich an manchen Tagen bis zu 70.000 Flüchtlingen sammelten. Tausende starben. Deutsche Truppen konnten mit großer Verbissenheit die Stadt bis zum 25. April halten und die größte Evakuierung der Geschichte, die Flucht über die Ostsee organisieren. Spannend schildert der Autor, der als Matrose die Kämpfe um Pillau erlebte, den aufopferungsvollen Einsatz der Kriegs- und Handelsmarine und die verzweifelten Abwehrkämpfe der Heeres- und Marinesoldaten.
176 Seiten, geb
DM 39,80
Best.-Nr. K6-2

Wolfskinder-Schicksale ostpreußischer Kinder



Ruth Kibelka
Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel
Ruth Kibelka zeichnet das Schicksal ostpreußischer Kinder auf, die während der sowjetischen Besetzung zu Waisen wurden. Nicht nur die Archive Königsbergs und Litauens werden hier erstmals ausgewertet, sondern auch viele Überlebende sprechen zum ersten Mal seit 1944 über ihre Geschichte.
247 Seiten, Tb.
DM 28,00
Best.-Nr. B10-1

Preiswerte Bildbände





G. Hermanowski
Ostpreußen - Land des Bernsteins
Wunderschöner Bildband, 144 farbige Großfotos, 54 Zeichnungen, 41 Wappen, 3 Karten, 216 Seiten
früherer Ladenpreis: DM68,00
jetzt nur: DM 24,80
Best.-Nr. S1-5

Naujok/Hermanowski
Ostpreußen Unvergessene Heimat
Herrlicher Bildband
264 Seiten, 216 sw-Abbildungen (historische Großfotos), 16 alte Stiche, 2 Wappen, 2 Karten
früherer Ladenpreis DM 49,80,
jetzt nur DM 19,80
Best.-Nr. S1-4

Harald Kohtz
Westpreussen. Land an der unteren Weichsel
Sehr schön gestalteter Bildband mit 96 farbigen Großfotos und 59 Zeichnungen. Ausführlicher Textteil, 168 S.
früher: DM 49,80
jetztnur:DM19,80
Best.-Nr. S1-3

Trakehner

Felizitas Tank
Auf den Spuren der Trakehner
Pferde, Gestüte, Züchter
144 Seiten, geb.
DM 49,80
Best.-Nr. H2-42

Wandkalender 2001 - der Heimat verbunden





Wandkalender: "...steigt im Ost' empor - Bilder aus Ostpreußen 2001"
DM 29,80
Best.-Nr. N2-1
Mit 12 einmaligen Landschaftsaufnahmen aus allen Regionen des Landes zwischen Weichsel und Memel führt Sie dieser herrliche Kalender im DIN A3-Format durch das Jahr 2001. Tag für Tag und Monat für Monat sind sie so in der Heimat. Für alle Liebhaber Ostpreußens.

Bücher im Dienst der Wahrheit



Annerose Matz-Donath
Die Spur der Roten Sphinx
Verschwunden, verloren, vom Schweigen verschluckt, so gingen unzählige deutsche Frauen und Mädchen durch die Hölle sowjetischer Folterkeller, die in Mitteldeutschland nach 1945 errichtet wurden.
528 S., zahlr. Fotos u. Dokumente
DM 48,00
Best.-Nr. B2-114

Video - Reise durch Ostpreußen

Reise durch Ostpreußen - Eine dreiteilige Reportage v. Klaus Bednarz
Länge: 150 min (2 Cassetten)
DM 69,95 Best.-Nr. A1-1
Teil 1:Ermland und Masuren
Teil 2 : Königsberg und kurische Nehrung
Teil 3 : Landschaften, Menschen
Ostpreussen, das "Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen". Ein Land, versunken in der Geschichte und dennoch für Millionen Menschen unvergessen.50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostpreussen hat Klaus Bednarz diese östliche Provinz Deutschlands besucht. Von Danzig über das Ermland und Masuren bis nach Königsberg, die Kurische Nehrung und Tilsit. Er ist den Weg nachgefahren, auf dem seine Familie im Januar 1945 aus Ostpreussen flüchtete - von Ukta, im Herzen Masurens, über das Eis des Frischen Haffs. Er hat die Spuren deutscher Kultur und Geschichte gesucht und dabei Zerstörtes und Versunkenes gefunden. Aber auch mühsam Bewahrtes und liebevoll Restauriertes - etwa den historischen Dom zu Frauenburg und das Grabmal Kants in Königsberg. Klaus Bednarz hat sich faszinieren lassen von der herrlichen Landschaft Ostpreussens, die noch immer so schön ist, wie sie in unzähligen Liedern und Gedichten beschrieben wird.
Eine wehmütige, wunderbare Erinnerung an unsere Heimat!

Video-Neuerscheinung



Masuren
Eine Reise durch das heutige Masuren, das "Land der Tausend Seen" und der endlosen Wälder. Der Reiseweg führt durch die alte Hansestadt Thorn, geht über Osterode, Allenstein, Heilige Linde, die zerstörten Bunker der ehemaligen Wolfsschanze, Lötzen, Rhein bis nach Nikolaiken.
ca. 60 Min. Farbe
DM 39,95
Best.-Nr. F3-1

Video - Ostpreußen im Todeskampf



Ostpreußen im Todeskampf '45
Dokumentation der Tragödie von Januar bis Mai 1945
Schwerpunkte dieses Films sind die Flucht der Landbevölkerung - insbesondere wo sie mißlang -, die Rettung über die Ostsee, die Aufreibung der 4. Armee im Heiligenbeiler Kessel, der Kampf um die Festung Königsberg und deren Kapitulation am 9. April, die Rückzugsgefechte vom Samland in die Weichselniederung bis zur letzten Ablandung vom Hafen Hela am 8. Mai 1945 und immer wieder das Wüten der Rotarmisten in den eroberten Gebieten, insbesondere in Königsberg, wo nach der Kapitulation das Grauen erst richtig begann.
Laufzeit: 122 Minuten
DM 49,95
Best.-Nr. P1-73

Video - Ostpreußen im Inferno



Ostpreußen im Inferno 44/45
Dokumentation der Tragödie von Juni 1944 bis Januar 1945
s/w und in Farbe
Laufzeit:ca.83 Min.
DM 39,95
Best.-Nr. P1-71

Dieser erst Teil der auf drei eigenständige Teile angelegten Filmreihe über die ostpreußische Tragödie rekonstruiert die Monate vom Einbruch der deutschen Ostfront 1944 bis zur sowjetischen Januaroffensive 1945. Schwerpunkte sind die Zerstörung Königsbergs in den zwei Bombenangriffen Ende August 1944, sodann die Oktoberoffensive, in der die Sowjets zum ersten Mal die deutsche Grenze überschritten aber noch einmal gestoppt werden konnten ≤ Stichwort Nemmersdorf ≤, und schließlich die Wintertrecks. Anhand von teilweise noch nie gezeigtem Filmmaterial aus sowjetischen Beständen, historischen deutschen Aufnahmen, Filmaufnahmen von heute sowie zahlreichen Interviews mit Augenzeugen wird der dramatische Untergang der in 700 Jahren gewachsenen ostpreußischen Kulturlandschaft nachgezeichnet.

Video - Ostpreußen wie es war





Schwarzweiß- und Farbaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren
Laufzeit: 75 Min.
DM 39,95
Best.-Nr. P1-50

Ostpreußen wie es war
In zum Teil nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Der Film zeigt Kurenfischer beim Bau ihrer Boote und beim Fischfang, die Jagd in Trakehnen, begleitet Bauern bei ihrer Feldarbeit und lädt ein zum Besuch der über 700 Jahre alten Stätten der deutschen Ordensritter wie der "Marienburg" an der Nogat, wo einst der Hochmeister das Land regierte. Elche in den menschenleeren Weiten, die Trakehner Pferde, Königsberg, Elbing und vieles andere

Fahnen



Länderflagge Ostpreußen
DM 28,00
Best.-Nr. B2-23

Flagge Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
DM 28,00
Best.-Nr. B2-24

Königreich Preußen (1806-1871)
DM 28,00
Best.-Nr. B2-39

Schwarz-rot-gold Deutschlandfahne
DM 28,00
Best.-Nr. B2-41

alle Fahnen im Format 90 x 150

Tonträger



Ostpreußen - Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus ihren Gedichten
Zwischenmusik: u.a. Das Ostpreußenlied, De Oadeboar, Anke van Taraw, Geläut der Silberglocken des Königsberger Doms
CD DM 29,80
Best.-Nr. B2-637
MC DM 19,80
Best.-Nr. B2-645

Der Heimat Mutterlaut
Willy Rosenau singt Volkslieder und spricht heitere mundartliche Gedichte aus Ostpreußen. 1 CD
DM 29,80
Best.-Nr. R4-2

Der ostpreußische Elch





Ostpreußischer Elch
Bronzierte Replik auf Marmorsockel
Der Elch weckt wie kein anderes Tier Erinnerungen an die Heimat Ostpreußen.
Höhe 27 cm
DM 298,00
Best.-Nr. H3-1
Höhe 21 cm
DM 229,00
Best.-Nr. H3-2

Ihr persönlicher Bestellschein

Das Ostpreußenblatt - Preußischer Mediendienst -
Parkallee 84/86, 20.144 Hamburg oder per Fax an: 040 41400851
(Telefonische Aufträge können nicht bearbeitet werden)

Ich bestelle hiermit zur baldigen Lieferung:

Menge	Bestellnummer	Titel	Preis

Bei Bestellwert über 150 DM versandkostenfreie Lieferung. Liegt der Bestellwert **unter 150 DM** und bei Lieferung **in das postalische Ausland** werden die **Versandkosten** in Rechnung gestellt. Auslandslieferungen nur gegen Vorauskasse! Bei Bestellwerten **unter 50 DM** müssen wir leider eine Bearbeitungspauschale von **5 DM** berechnen. Videofilme, CD und MC sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: Name:
Straße, Haus-Nr.:
PLZ, Ort: Tel.:
Ort, Datum: Unterschrift:

OB 36/2000



Wieder unterwegs: *Der Gumbinner Kammerchor „Credo" tritt zur Zeit in der Bundesrepublik auf (siehe dazu Bericht S. 23)* Foto privat

Herbstfreizeit

Bad Pyrmont – Das Ostheim bietet auch in diesem Jahr eine Herbstfreizeit für Senioren vom 25. September bis 5. Oktober in Bad Pyrmont an. Für die Freizeit, die unter dem Motto „Herbstliche Ostpreußentage" steht, sind noch einige Einzelzimmer zum Preis von 792 DM und Doppelzimmer zum Preis von 672 DM pro Person frei. Die Preise beinhalten Vollpension, Gästbetreuung und eine Reise-Rücktrittskostenversicherung. Weiter Informationen und Buchungen über das Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon 0 52 81/9 36 10, Fax 93 61 11.

Immobilien

Verkaufe Villa in Heydekrug/Silute; Baujahr 1993, zweigeschossig, in ruhiger Stadtrandlage/Villenviertel.
Gesamtwohnfläche: 224 qm, mit Grundstück von 1629 m. Nebengebäude, Doppelgarage. Idealer Alterssitz oder Büro/Geschäftssitz. Alle Informationen in Berlin unter 030/4 23 21 99, FAX 030/42 80 22 27.

Verschiedenes

Super Acht – N 8 und 16 mm Film auf Video übersp. Studio Steinberg, 0 40/6 41 37 75

Stellenangebot

Bis zu DM 6000,– als Pkw-Fahrer/in! 24h-Info 0171/3 30 61 81

Suchanzeigen

Gesucht wird
Ursula Siegmund
(Mädchenname)
aus Königsberg (Pr), Sackheimer Mittelstraße 23, von Horst Eggert aus Königsberg (Pr), Sackheimer Mittelstraße 23, geb. 25. 6. 1931, jetzt 12437 Berlin, Frauenlobstraße 20, Telefon 030/5 32 62 35

Suchaufruf
Zur Erstellung einer Gesamtdarstellung der **studentischen Kameradschaften** und ihrer Altherrenschaften in der Zeit von 1937–1945 an allen damaligen Hochschulen werden dringend Hinweise aller Art gesucht, insbesondere von **Zeitzeugen** und Archivaren, die Erinnerungen und Dokumente (Mitteilungsblätter, Schriftwechsel, Bilder) zur Verfügung stellen können. Zuschriften und Mitteilungen werden erbeten an die: Geschäftsstelle der GDS (Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte) / Pfarrer Detlev Frische, Oberstraße 45, D-45134 Essen.

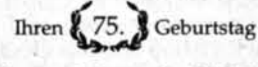
Bekanntschaften

Witwer, 75 J., gut situiert, su. weibliche Bekanntschaft in Norddeutschland. Zuschr. u. Nr. 02119 an Das Ostpreußenblatt, 20144 Hamburg

Suche jemand, der mit mir geht, das Leben kennt und mich versteht! W., 70erin kein Oma-Typ. Zuschr. u. Nr. 02127 an Das Ostpreußenblatt, 20144 Hamburg

Familien-anzeigen

Ihren



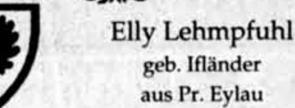
Geburtstag

feiert am 8. September 2000 Frau
Hilde Frey
geb. Gerlach
aus Zinten, Kr. Heiligenbeil
jetzt Schweicker Weg 56
74523 Schwäb. Hall
Tel. 07 91/4 25 24

Es gratulieren
von ganzem Herzen
ihr Ehemann Fritz
die Söhne
Hans-Peter und Kurt

Hurra – Hurra – Hurra
Ja es ist wahr
am 9. 9. sind es 75 Jahr!
Grüße alle Nikolaiker
G. Rost
Am Geißenrech 49, 66424 Homburg
Telefon 0 68 41/7 43 00

Alles Liebe zum 85. Geburtstag am 14. September 2000



Elly Lehmpfuhl
geb. Ifländer
aus Pr. Eylau
jetzt Alkostraße 26, 26388 Wilhelmshaven

Herzliche Glückwünsche und weiterhin beste Gesundheit
von Deinen Lieben

---

50 Jahre – ein Leben zu zweit
50 Jahre – voller Glück und Zufriedenheit
50 Jahre – eine schöne Zeit
50 Jahre – fast eine kleine Ewigkeit

Am 9. September 2000 feiern

Erwin Böhnke
aus Pohren bei Zinten, Ostpr., und

Edith, geb. Paulat
aus Königsberg (Pr), Nasser Garten
jetzt Hasselbrookstraße 126, 22089 Hamburg

das Fest der *Goldenen Hochzeit.*

Es gratulieren die Kinder Monika und Norbert, Enkel Jo-Luka
sowie Schwester/Schwägerin Erna und Schwager Gerd



Unsere Eltern

Anni & Wilhelm Huwald
geb. Rosowski
aus Ortelsburg

feiern am 14. September 2000 ihre

diamantene Hochzeit.

Wir freuen uns mit Euch und danken für die Liebe,
die Ihr uns in all den Jahren gegeben habt.

Eure Kinder und Enkelkinder

Fronhofweg 35, 50321 Brühl

Seinen 65. Geburtstag

feiert am 14. September 2000

Helmuth Senditzki

aus Kleinkosen, Kreis Neidenburg, Ostpreußen
jetzt Winzerring 6, 15236 Frankfurt, O.

Es gratulieren von Herzen

Deine Mutter
Dein Bruder – seine Lebensgefährtin
sowie Deine Neffen und Nichten

In der Dunkelheit
bist du doch bei mir.
Meine Frist und Zeit liegt,
mein Gott, bei dir.
Wird mein Weg zur Nacht,
nimmst du meine Hand,
führst mich wohlbedacht
durch das dunkle Land.

Albert Bartsch

In Deine Hände befehle ich meinen Geist.
Du hast mich erlöst, Herr, Du treuer Gott.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Gertrud Steuer
geb. Wallat

* 29. 6. 1925 † 25. 8. 2000
aus Haselberg/Ostpr. Contwig

die im Alter von 75 Jahren von uns gegangen ist.

In Trauer, aber auch in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in einer besseren Welt!

Im Namen aller Angehörigen
Die Kinder

Schubertstraße 24, 66497 Contwig

Alles hat seine Zeit.
Es gibt eine Zeit der Stille,
eine Zeit des Schmerzes und der Trauer,
aber auch eine Zeit der dankbaren Erinnerung.



Rudi Witt

* 21. 4. 1919 † 24. 8. 2000
aus Cavern, Kr. Pr. Eylau, Ostpreußen

In Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied:
Traute Witt, geb. Hundertmark
und Angehörige

34376 Immenhausen, im August 2000

Die Trauerfeier zur Einäscherung fand am Montag, den 28. August 2000 um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Immenhausen statt.

In Liebe und Sorge, in Freud und Leid,
stets gütig zu allen, zu helfen bereit,
so war meine liebe Frau, deren Hände nun ruhen,
lasset uns beten, ein gleiches zu tun.

Gott der Allmächtige nahm zu sich meine liebevolle und treusorgende Frau, unsere liebe Mutti, Omi, Schwägerin, Tante und Cousine

Hilde Lüder
verw. Matheus, geb. Schramma

geb. 24. 8. 1917 in Wilhelmshof, Ostpr.
gest. 1. 8. 2000 in 18334 Bad Sülze

Wir gedenken ihrer in Liebe und Dankbarkeit.

In unsagbarem Schmerz nahmen Abschied:
Fritz Lüder als Ehemann
Norbert Lüder
Horst Matheus und Ehefrau Ilse
Torsten Matheus und Ehefrau Ines
und alle, die sie lieb- und gern hatten

Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung fanden im August 2000 statt.

Im Sommer dieses Jahres hat der Herr die beiden letzten Mitglieder der Familie des

Färbermeisters

Robert Schmidt
aus Lyck

heimgeholt.

Irma Schmidt
* 4. 1. 1908 † 6. 7. 2000
in Lyck in Pöttmes

Bruno Schmidt
* 25. 3. 1910 † 20. 8. 2000
in Lyck in München

Werner Schmidt
Kirchenweg 2
86554 Pöttmes

Heidrun Lindemann
geb. Schmidt
Brauneckstraße 5
83607 Holzkirchen

Weinet nicht, ich hab' es überwunden.
Ich bin erlöst von Schmerz und Pein,
denkt gern an mich in schönen Stunden,
und laßt mich in Gedanken bei Euch sein.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Fritz Waselowski

* 18. 9. 1930 † 26. 8. 2000
aus Bokellen, Kreis Gerdauen

Käthi Waselowski
Fritz und Karin Waselowski
mit Nina, Mona und Lisa
Günter Waselowski
Inge Heitland, geb. Waselowski
mit Alexander und Daniela
und Anverwandte

Corneliusplatz 58, 47918 Tönisvorst

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung hat am Donnerstag, dem 31. August 2000, um 10.45 Uhr auf dem Friedhof in St. Tönis stattgefunden.

Unsere liebe Mutter

Elfriede Zabel
geb. Buch
geboren in Gumbinnen

entschlief friedlich im Alter von 87 Jahren, ohne in einem Heim leben zu müssen und ohne Schmerzen.

In großer Dankbarkeit
nehmen wir Abschied
Susanne Zabel
Manfred Zabel

Petzer Straße 2, 31675 Bückeburg, den 27. Juli 2000

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet zu einem späteren Zeitpunkt, voraussichtlich im Oktober, auf dem reformierten Friedhof in Bückeburg statt.

Anstelle freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir die SOS-Kinderdörfer zu bedenken; Sonderkonto Nr. 29 750 000 bei der Volksbank Bückeburg (BLZ 255 914 13), Trauerfall: Elfriede Zabel.

Wir stehen stille,
Trauer hat unser Herz umfangen.
Unsere Gedanken eilen zurück,
greifen alle glücklichen Momente auf.
Noch gibt uns die Erinnerung keinen Trost,
aber dies wird sich wandeln.

Nach kurzer, schwerer Krankheit, jedoch für uns unerwartet, ist unser Vater, Schwiegervater, Opa, Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Pate und Cousin

Wilhelm Tratzik

* 1. 8. 1939 † 16. 8. 2000
Spirdingshöhe Glodowen Singen
Krs. Johannisburg

von uns gegangen.

In tiefer Trauer
Thomas und Brigitte Barth, geb. Tratzik
Bernhard und Tinni Tratzik
mit Jacqueline und Jennifer
sowie alle Anverwandten

Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.

Wir trauern um

Erwin Knorr

* 16. Mai 1923 † 21. August 2000
Barwiese, Kreis Osterode

In Liebe und Dankbarkeit
Eva-Brigitte Knorr
Wolfram und Andrea
Wilfried und Christiane
mit Matthias, Benjamin und Jonathan
Elisabeth Palm
und alle Angehörigen

Richthofenstraße 33, 53757 Sankt Augustin

Die Trauerfeier fand statt am Freitag, dem 25. August 2000, um 11.00 Uhr in der Trauerhalle auf dem Friedhof Sankt Augustin-Hangelar, Fritz-Pullig-Straße.

Die Urnenbeisetzung findet später im engsten Familienkreis statt.

Anstelle von Kränzen und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Kreisgemeinschaft Osterode/Ostpreußen e. V., Konto: 11 833 bei der Kreissparkasse Plön, BLZ: 210 515 80, Stichwort: Erwin Knorr.



Nach einem langen, geduldig ertragenen Leiden entschlief heute fern der geliebten Heimat Ostpreußen sanft und ruhig meine geliebte Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter

Anny Ostermeier
geb. Hinkelmann

19. 10. 1912 25. 8. 2000
Soldau/Ostpr. Espelkamp/Westf.

In stiller Trauer
Karl Ostermeier
Lothar Ostermeier
Klaus Ostermeier und Frau Nicole,
geb. Aalderink
mit Florian
Harald Ostermeier und Frau Erika,
geb. Ziegenbein
mit Michael und Christoph
Manfred Ostermeier und Frau Christine,
geb. Guse
mit Konrad, Karoline und Dietrich
Ingrid Lohmann
Karen und Jörn Ostermeier

Riesebach 1, 32339 Espelkamp, den 25. August 2000

Die Beisetzung erfolgte auf dem Friedhof in 32339 Isenstedt.

Eine verläßliche Patenschaft

1200 Landsleute beim Hauptkreistreffen der Lycker in Hagen

Zum Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck, das vor allem im Zeichen des 575jährigen Jubiläums der Hauptstadt Masurens stand, waren etwa 1200 Landsleute in die Patenstadt Hagen gereist, um ein Treuebekenntnis zur Heimat abzulegen und gemeinsame Stunden mit Freunden und Nachbarn zu verleben. Aus der Heimat waren 32 Landsleute unter der Führung der Vorsitzenden des Deutschen Vereins in Lyck, Edyta Olechnowicz, angereist. Auch der Vize-Landrat von Lyck, Jaroslaw Franzczuk, mit Frau schloß sich der Gruppe an und folgte somit der Einladung der Kreisgemeinschaft, ausgesprochen bei den Jubiläumsfeierlichkeiten in Lyck. Die älteste Teilnehmerin war mit 92 Jahren eine Lyckerin aus Berlin, die von ihrer Ur-Enkelin begleitet wurde. In lebhafter Unterhaltung vergingen die Nachmittagsstunden in der Stadthalle.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvertreter begann der Heimatabend. Wieder erfreuten die Anwesenden das Hohenlimburger Akkordeonorchester und der Volkstanzkreis „Karl Jellinghaus" mit ihren Darbietungen. Die Kapelle „Studio 10" trug zur weiteren Unterhaltung bei und lud die Landsleute zum Tanz ein. Im Foyer der Stadthalle konnte am Sonntag Einblick in die Kreiskartei genommen werden. Heimatliche Lektüre, Bernsteinschmuck und andere Dinge warteten auf den kaufwilligen Besucher. Und wer ein bißchen Familienforschung betreiben wollte, konnte sich extra an einem Stand beraten lassen.

Pfarrer Rudolf Asselmeyer hatte es sich auch in diesem Jahr nicht nehmen lassen, seinen Lycker Freunden einen Gottesdienst zu zelebrieren. Für eine große Anzahl der Landsleute war der Besuch des Gottesdienstes ebenso selbstverständlich wie die Teilnahme an der Feierstunde im Rathaus, die außer den zahlreichen Repräsentationen der Stadt Hagen auch Abgeordnete des Nordrhein-Westfälischen Landtages besuchten. Vom Amabile-Quartett der Max-Reger-Musikschule und dem Ostdeutschen Heimatchor wurde die Veranstaltung musikalisch umrahmt.

Kreisvertreter Gerd Bandilla eröffnete die Feierstunde mit einem Grußwort. Worte des Dankes für die uneingeschränkte Patenschaft galten der Stadt und ihrem neuen Oberbürgermeister Wilfried Horn. Das gute Verhältnis zwischen der Stadt Hagen und der Kreisgemeinschaft Lyck hat sich auch nach dem Wechsel des Stadtoberhauptes nicht verändert, was auch in den Willkommensgrüßen des Oberbürgermeisters Wilfried Horn zum Ausdruck kam. Eine finanzielle Hilfe für die Landsleute des Deutschen Vereins in Lyck wurde zugesagt, mit der die Renovierung des Nebengebäudes am Wasserturm in Lyck möglich wird. Die Festrede hielt der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Hans-Günther Parplies. Seine Ansprache war dem Thema „50 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" gewidmet. Seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

In diesem feierlichen Rahmen wurde dem Stellvertreter des Kreisvertreters und Geschäftsführers der Kreisgemeinschaft, Alfred Masuhr, eine große Ehrung zuteil: Der stellvertretende Sprecher, Bernd Hinz, überreichte ihm das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Sehr bewegt und dankbar nahm Masuhr Laudatio und Ehrenzeichen in Empfang.

Nach der Feierstunde, die den offiziellen Teil des Kreistreffens beendete, begaben sich die Landsleute in die Stadthalle. Dort wurde das Programm fortgesetzt und die anwesenden Landsleute vom Kreisvertreter herzlich willkommen geheißen. Dem Wunsch des Vizelandrates von Lyck, Jaroslaw Franzczuk, sich mit einem Grußwort an die anwesenden Landsleute wenden zu dürfen, wurde entsprochen. Landsmann Günther Donder übersetzte seine Worte, die mit Applaus bedacht wurden, ins Deutsche. **A. M.**



Feierstunde im Rathaus: *Gerd Bandilla, Edyta Olechnowicz, Hans-Günther Parplies, Jaroslaw Franzczuk, Wilfried Horn (v. l. n. r.)* Foto privat

Umfangreiches Repertoire

Gumbinner Kammerchor „Credo" auf Konzertreise

Bielefeld – Bereits in den vergangenen Jahren befand sich der Kammerchor „Credo" auf Konzertreisen durch die Bundesrepublik Deutschland. Der Chor ist beheimatet in Gumbinnen, wo etwa 30 000 Menschen aus rund 22 Republiken bzw. Teilrepubliken der früheren Sowjetunion wohnen. Dementsprechend kommen auch die Chormitglieder aus den verschiedensten Gebieten des ehemaligen Riesenreiches. Einige sind aber auch in der heute russisch verwalteten Stadt Gumbinnen geboren.

Eine enge Verbindung besteht von Bielefeld, der Patenstadt Gumbinnens, in das heutige Gumbinnen auch über die Salzburger Vereinigungen: Stiftung Salzburger Anstalt Gumbinnen, Salzburger Verein e. V. und Wohnstift Salzburg e. V. Die Nachkommen der Salzburger Emigranten von 1731/32 haben in den vergangenen Jahren in Gumbinnen die Salzburger Kirche wiederaufgebaut und direkt neben der Kirche das Diakoniezentrum „Haus Salzburg" errichtet. Die Arbeit wird durch Spenden getragen, die von den Salzburger Vereinigungen gesammelt werden.

Der Kammerchor „Credo" befindet sich seit Anfang September auf einer Rundreise. Es nehmen zwölf Damen und fünf Herren teil. Einige haben beruflich mit Musik zu tun, andere sind Lehrer, Ärzte, Ingenieur, Facharbeiter, Programmierer, Kindergärtnerin und Direktorin des Kulturhauses. Der Chor hat ein umfangreiches Repertoire. Neben russischer geistlicher Musik und russischer sowie deutscher Klassik werden auch russische Volkslieder und Lieder der russischen wie auch deutschen Romantik geboten.

Auftritte erfolgten bereits in den Niederlanden und in Ostfriesland.

Folgende Veranstaltungen stehen noch bevor: Sonnabend, 9. September, 19 Uhr, Wilhelmshaven, evangelische St. Martin-Kirche; Sonntag, 10. September, 18 Uhr, Wilhelmshaven, Christus-Garnison-Kirche; Montag, 11. September, 19 Uhr, Coesfeld, evangelische Kirche am Markt; Dienstag, 12. September, 20 Uhr, Schöppingen, Johanneskirche; Mittwoch, 13. September, nachmittags, Steinfurt-Burgsteinfurt, Dietrich-Bonhoeffer-Haus; Donnerstag, 14. September, 20 Uhr, Steinfurt-Borghorst, Auferstehungskirche; Freitag, 15. September, 18.30 Uhr, Bad Oeynhausen, Johanniterstraße 7, Kapelle der Johanniter-Ordenshäuser; Sonnabend, 16. September, 15 Uhr, Bielefeld-Sennestadt, Am Beckhof 11, Altersheim; Sonnabend, 16. September, 20 Uhr, Bielefeld-Schildesche, Meierfeld 2, Freie evangelische Gemeinde; Sonntag, 17. September, 14 Uhr, Bielefeld-Stieghorst, Memeler Straße 35, Wohnstift Salzburg (im Rahmen des 24. Jahresfestes); Montag, 18. September, 15.30 Uhr, Hiddenhausen-Lippinghausen, Stephanus-Haus; Montag, 18. September, 19.30 Uhr, Hiddenhausen-Eilshausen, evangelische Kirche; Dienstag, 19. September, 15 Uhr, Bielefeld-Sennestadt, Rheinallee 45 a, Ernst-Barlach-Haus; Mittwoch, 20. September, 19.30 Uhr, Rinteln, Reformierte Kirche.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Zur Deckung der Kosten wird am Ausgang um eine freiwillige Spende gebeten. Kontaktadresse: Joachim Rebuschat, Wohnstift Salzburg e. V., Telefon 05 21/9 24 61-82. **J. R.**

Aus Fremden wurden Freunde

Kinderfreizeit des BdV-Landesverbands Thüringen war wieder ein voller Erfolg

Untermaßfeld – Der BdV-Landesverband Thüringen veranstaltete zum zehnten Mal – auch wieder ohne finanzielle Unterstützung der Bundesregierung – eine Kinderfreizeit in Thüringen. In diesem Jahr trafen sich 16 Kinder aus Thüringen, sechs aus Ostpreußen, fünf aus Pommern und 29 aus Oberschlesien in der Kinderfreizeit- und Bildungsstätte Untermaßfeld, Landkreis Schmalkalden-Meiningen.

Viele gemeinsame Aktivitäten standen für die Zehn- bis Dreizehnjährigen auf dem Programm. Neben Stadterkundungen in Meiningen und Schmalkalden, hier unter der liebenswürdigen Führung von Inge Jünger, gab es Ausflüge in das Meeresaquarium und den Tierpark in Suhl, zur Sprungschanzenanlage nach Oberhof, in die Märchenhöhle nach Walldorf, zum Reiterhof nach Dörrensolz, in das Schaubergwerk „Finstertal" in Asbach, Besuch des Gottesdienstes in Obermaßfeld und vieles mehr. Auch sportlicher Einsatz war gefragt, welchen alle Kinder zum Sportfest in vier Einzeldisziplinen sowie im Volleyball und Völkerball zeigten. Dank des Engagements von Horst Bielas, Kreisvorsitzender des BdV-Regionalverbandes Meiningen, der von unzähligen Sponsoren die Preise sammelte, wurde jeder Teilnehmer des Sportfestes reichlich belohnt.

Besonders erfreulich war, daß sich die Kinder aus den vier verschiedenen Regionen nicht in Grüppchen teilten, sondern in kürzester Zeit eine große Familie wurden. Ein Grund dafür waren sicher die guten Deutschkenntnisse der Kinder aus Oberschlesien, Pommern und Ostpreußen, die während ihres Aufenthalts in Thüringen wesentlich verbessert werden konnten. Jeden Abend wurden gemeinsam Lieder gesungen und Volkstänze einstudiert. Was sie alles können und noch dazugelernt haben, stellten die Kinder dann beim großen Abschiedsnachmittag mit einem wundervoll gestalteten Programm vor. Die vielen Lieder und Gedichte sowie die unter der Leitung von Dariusz eingeübten Volkstänze haben den Gästen sehr gut gefallen. Nicht zuletzt die lustige Modenschau sorgte für Spaß und gute Laune.

Als Gäste kamen der BdV-Landesvorsitzende Dr. Paul Latussek, die Vorsitzende des Frauenverbandes im BdV-Thüringen und Arbeitsgruppenleiterin der AG „Arbeit in die Heimat", Margarete Bielas, der Vorsitzende des BdV-Regionalverbandes Meiningen, Horst Bielas, Inge Mordhorst von der Gruppe Meiningen sowie Landrat Ralf Luther, welcher noch eine Spende zur Unterstützung der Kinderfreizeit mitbrachte. Allen Spendern galt ein herzlicher Dank, besonders Dr. Latussek und dem BdV-Landesverband Thüringen, die diese Kinderfreizeit erst ermöglichten. Auch Familie Bielas wurde für die Organisation der Kinderfreizeit gedankt. Besonderen Anteil am Gelingen der Freizeit hatten die Betreuer, die durch ihre Unterstützung den Kindern die vierzehntägigen Ferien zum Erlebnis werden ließen, an das sie sich gerne erinnern werden. Dies bewiesen die Abschiedstränen, die reichlich flossen, denn: Die Kinder aus Thüringen, Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien sind Freunde geworden. **Monika Heim**

Begeistert bei der Sache: *Viel Einsatz zeigten die Kinder beim Sportfest auf der Kinderfreizeit des BdV-Thüringen* Foto privat

Von Mensch zu Mensch

Schönwalde a. B. – Seine Liebe gilt nicht nur seiner Frau und seinen Kindern. Nein, Walter Giese aus Schönwalde trägt „sein Ostpreußen" fest im Herzen. Der gebürtige Pommer organisiert mehrere Hilfstransporte pro Jahr nach Masuren und ist selbst oft dort. Mit dem Kreis evangelischer Christen in Puppen gibt es seit vielen Jahren eine Patenschaft. Seit mehr als 40 Jahren ist er Vorsitzender der Gruppe Schönwalde a. B., war über Jahrzehnte Kreisvorsitzender und langjähriger stellvertretender Landesvorsitzender. Der gelernte Buchhändler zeigte stets ein außerordentliches und vorbildliches Engagement für die Heimat.

„Alte Liebe rostet nicht", sagt das Sprichwort. Dies ist wohl der Grund, weshalb Walter Giese seinen 75. Geburtstag nicht in seinem jetzigen Wohnort Schönwalde beging, sondern im masurischen Puppen. Und das, obwohl er seit 54 Jahren in Schönwalde ansässig ist und 51 Jahren dort als Buchhändler arbeitete. Seine Gäste sind Freunde, die ihn auf der jüngsten Reise begleitet haben und dort lebende Deutsche, die er seit fast vierzig Jahren unterstützt. Alte Liebe rostet eben nicht. **OB**

Salzburger Verein e. V.



Vereinigung der Nachkommen salzburgischer Emigranten. Geschäftsstelle: Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld, Telefon (05 21) 92 46 186.

Bielefeld – Die Mitgliederversammlung des Salzburger Vereins e. V. findet am Sonnabend, 9. September, 15 Uhr, im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, Bielefeld, statt. Rupert Weitgasser aus Flachau wird einen Diavortrag über den Ort zeigen, in dem Ende Mai/Anfang Juni 2002 das Jahrestreffen im Land Salzburg stattfinden wird. Gäste sind herzlich willkommen. Kontaktadresse: Salzburger Verein e. V., Telefon 05 21/2 99 44 04, Telefax 05 21/2 99 44 05.

Ausstellung

Papenburg – Noch bis zum 29. Oktober zeigt das Ausstellungszentrum Haus Altenkamp, 26871 Papenburg-Aschendorf, Telefon 0 49 62/65 05, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin die Ausstellung „Immanuel Kant – Was ist Aufklärung?" Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr. Weitere Informationen erteilt das Ausstellungszentrum oder das Kulturamt der Stadt Papenburg, Villa, Telefon 0 49 61/8 23 08, Fax 0 49 61/8 23 14.

Veranstaltung

Wolfratshausen – Die Stadt Wolfratshausen und die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft e. V. laden am Freitag, 22. September, 20 Uhr, zu einer Gedenkveranstaltung zum 50. Todestag des ostpreußischen Schriftstellers Ernst Wiechert (18. Mai 1887 bis 24. August 1950) ein. Die Veranstaltung findet statt in der Loisachhalle Wolfratshausen, Hammerschmiedweg 6, 82515 Wolfratshausen.

Die Geschichte des Geldes (Teil II):

Der Dämon Inflation

Zweimal verloren die Deutschen ihr gesamtes Erspartes – Die Angst sitzt noch immer tief

Von EDMUND SAWALL

Die deutsche Wirtschaft begann sich nach der überstandenen Hyperinflation von 1923 ebenso wie die Weltwirtschaft zu erholen, und ab 1928 galt der Goldstandard für die Mark als wieder eingeführt. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturaufschwüngen blieb das Gesamtpreisniveau bis 1929 relativ stabil.

Der Beginn der Depression von 1929 bis 1933 wird für gewöhnlich mit dem New Yorker Börsenkrach im Oktober/November 1929 in Verbindung gebracht. Das Vertrauen in das Bankensystem schwand rapide, und die Einleger stürmten die Geldinstitute. Zahlreiche Bankenpleiten (1930/31) intensivierten die Deflation, einmal durch die Vernichtung von Buchgeld und den Rückgang von Kreditgewährungen sowie durch ansteigende Arbeitslosigkeit schwindendes Vertrauen und zunehmende Mutlosigkeit. Diese Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland die politische Wende einleitete, zeigt abermals, wie sehr Geld mit Psychologie zu tun hat. Es gab eine Phase, in der die politisch definierte Deckungsgrenze mit dem Dekkungsmittel Gold unter anderem überdeckt war, das heißt es bestand seitens der Wirtschaft eine geringere Geldmittel-Anforderung, als Deckungsmittel dieses erlaubt hätten. Das und auch die sinkende Zinsbewegung sprechen dafür, daß nicht Mangel an Geldangebot, sondern Geldnachfrage bestanden haben.

Die finanzpolitische Vorbereitung des II. Weltkrieges war zunächst nach der Konsolidierung des deutschen Geld- und Finanzwesens und des wirtschaftlichen Aufschwungs Anfang der dreißiger Jahre eingetreten. In der Phase der Wiederaufrüstung bis 1939 hat sie offiziell rund 90 Milliarden Reichsmark (Hitler in seiner Reichstagsrede vom 1. September 1939) gekostet. Realistischere Angaben gehen allerdings eher von 45 bis 50 Milliarden aus. Im engeren Sinne beginnt die finanzielle Kriegsvorbereitung mit dem „Gesetz über die Deutsche Reichsbank vom 15. Juni 1939". Damit wurde die Notenbank unmittelbar dem „Führer und Reichskanzler" unterstellt und die Beschränkung der Geldschöpfung durch die Reichsbank zugunsten des Staates aufgehoben. Die beeindruckende „Leichtigkeit" der deutschen Kriegsfinanzierung 1939 bis 1945 war nur möglich durch die unbegrenzte Geldschöpfung bei gleichzeitiger Lohn- und Preisbindung. Während das Haushaltsdefizit des Reiches von 1939 bis 1945 auf zusammen 240,3 Milliarden Mark anstieg, erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Reichsschulden von 30,7 Milliarden auf 379,8 Milliarden Reichsmark. Die „geräuscharme" oder auch „lautlose" Kriegsfinanzierung führte zwangsläufig zu einer aufgestauten Inflation, die sich in der Nachkriegszeit entlud und mit der Währungsreform 1948 ihr Ende fand.

Die Inflationsangst der Deutschen hat ihren Ursprung in der mehrmaligen inflationären Vernichtung ihres Geldes und Vermögens, was sich tief in das Bewußtsein des Volkes eingeprägt hat. Die beiden Weltkriege haben uns einige Erfahrungen über Wesen und Handhabung des Geldes gebracht. Geldschöpfung ist nur zu verantworten bei entsprechender Leistungssteigerung und zusätzlicher Güterschöpfung. Geldübertragung ohne Gegenleistung ist nur sehr begrenzt möglich. Das gilt für die Volkswirtschaft wie für die private Einzelwirtschaft. Die politische Parteiparole „Wohlstand für alle" geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß alles finanzierbar sei. Wohlstand gibt es auf Dauer und in der Menge aber nur für den Fleißigen und Tüchtigen, für den, der seine wirtschaftliche Verantwortung fühlt und erfüllt. Ihm gebührt Wohlstand, dem Faulen und Untüchtigen muß seine Existenzgarantie genügen. Wie komme ich zu Geld und Wohlstand? Dauerhaft und stabil nur auf dem Wege: Arbeiten und Sparen.

Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in Anlehnung an die noch älteren Vorstellungen einer „lateinischen Münzunion" eine Weltwährung auf der Basis einer festen Wertrelation zwischen Gold und Silber für alle Staaten, eine sogenannte Doppelwährung, propagiert. Dazu waren internationale Abkommen mit Aufgabe von Souveränitätsrechten notwendig. Sowohl England wie auch Deutschland lehnten dies mit dem Hinweis ab, daß sie nicht willens seien, ihr Geldwesen durch Angehörige fremder Staaten kontrollieren zu lassen. Damit gab und gibt es kein internationales Währungsgeld. Es wird es auch kaum jemals geben. Einem internationalen Geld müßte in allen zugehörigen Ländern die gesetzliche Zahlungskraft verliehen werden. Man müßte mit ihm in allen diesen Ländern alle Verpflichtungen gegen Staat und Private erfüllen dürfen. Ein Währungsinstitut, einerlei ob Bank oder Regierungsorgan, das solche Vollmacht bekäme, würde zum Herrscher der Welt. Eine undenkbare Sache. Die Währung ist der internationalste Faktor im politischen Leben. Jede Währungsbank ist von der Regierung des Landes abhängig, durch deren Gesetz sie errichtet ist und die ihren Noten die gesetzliche Zahlungskraft im heimischen Bereich verleiht. Die Kreditvergabe ist ohne Notenbank nicht denkbar. Keine Notenbank darf gegen ihre eigene Regierung handeln. Die Regierung ist Herr der Notenbank und kann ihre Kreditpolitik beeinflussen. Die Elastizität des Geldes ist für die wirtschaftliche Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung.

> „Wohlstand für alle": ein uneinlösbares Versprechen der Politik

Seit Entdeckung des Geldes als Tausch- und Zahlungsmittel kreisen die Bemühungen um die Geldwertstabilität. Man hat deshalb auch immer versucht, es mit einem realen Wert zu unterlegen. In der herkömmlichen Form ist Geld ein Versprechen, dafür eine Ware oder Dienstleistung zu erhalten. Es hat aber keinen objektiv festen Wert. Legt man die Wertmenge des Geldes zugrunde, die sich heute in der Welt in Umlauf befindet, war die Menschheit noch nie so reich wie in unseren Tagen, und trotzdem hat es nie so viel bittere Armut und Not gegeben. Der „Wert" des Geldes wird immer im Innenverhältnis, das heißt innerhalb eines nationalen, hoheitlichen Währungsraumes, bestimmt durch die inflationäre Einkommens- und Preisentwicklung und im Außenverhältnis, also gegenüber anderen Währungen durch den Wechselkurs, der seinerseits Ausdruck unterschiedlicher inflationärer Entwicklung ist. Die Wertveränderung vollzieht sich immer im Zeitraum zwischen dem Geldempfang und seiner Verwendung, sprich Zahlung. Daher wird die Laufzeit des Geldes zwischen zwei Geschäftsvorfällen zum entscheidenden Kriterium seines Wertes. Das moderne Papiergeld, die Banknote, unterliegt der Hoheit des Staates. Zwar hat auch der Erfinder des modernen Papiergeldes, der Schotte John Law (1671–1729), eine Art Deckung in der Belastung von Grund und Boden empfohlen, aber die Hauptsicherheit des Papiergeldes sah auch John Law im Vertrauen zur Staatsregierung, die gesetzlich über alle Sicherheiten verfügen kann. Er hatte richtig erkannt, daß Geld, wenn es nicht in handelbarem Metall besteht, eine reine nationale Staatsangelegenheit ist. Das gilt noch heute. Vor dem Krieg behielten die Banknoten ihren Wert in erster Linie dadurch, daß der Staat oder die Notenbank versprach, den ausgegebenen Papiergeldschein jederzeit auf Verlangen in Gold umzuwandeln. Diese Möglichkeit besteht heute nicht mehr. Die vorhandene Goldmenge reicht nicht aus, um den Ersatz des Papiergeldes durch Goldmünzen zu befriedigen. Sie hätte auch früher nie ausgereicht, wenn alle Inhaber von Banknoten diese zum Umtausch in Gold vorgezeigt hätten. Eine solche Möglichkeit aber brauchte man nicht in Rechnung zu stellen. Die Banknote wurde durch das Vertrauen zur Zahlungsfähigkeit des Staates erhalten. International wurde die Goldwährung aufrechterhalten durch die Bereitschaft der Bank von England, nicht nur Gold zu einem festen Preis aufzukaufen, sondern es zu demselben Preis auch jederzeit herzugeben. Wenn später andere Notenbanken auch ihrerseits eine solche Verpflichtung übernahmen, so war es doch das in der ganzen Welt begründete Vertrauen in die Bank von England, welches dem Papiergeld eine gleiche Rolle übertrug wie den Goldmünzen. Dieses Vertrauen ging erst mit dem Ende des II. Weltkrieges, welcher für England den Verlust seines Weltreiches brachte und dem Pfund mit den aufgenommenen amerikanischen Kriegsanleihen die Funktion einer Weltleitwährung nahm, verloren. Dies führte zur Notwendigkeit einer neuen Weltfinanzordnung. Sie wurde 1944 in Bretton Woods, USA, konzipiert.



Ein „Milliardenvermögen" – wertlos: *Banknotenvernichtung während der Hyperinflation 1923*

Die Weltfinanzordnung von Bretton Woods – welche allerdings erst 1946 in Kraft trat und in deren Gefolge der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank ins Leben gerufen wurden – hatte zum Ziel, den Welthandel durch ein internationales Währungssystem der festen Wechselkurse abzusichern. Dieses Fixkurssystem war an den US-Dollar gebunden, der seinerseits einem festen, in Gold garantierten Wert entsprach. Dabei konnten die Währungen gegenüber dem US-Dollar in einer Bandbreite von +/- 1 Prozent sowie untereinander von +/- 2 Prozent schwanken. Die Schwäche des Bretton-Woods-Systems bestand darin, daß auf lange Sicht ein Gleichgewicht der bilateralen Außenhandelssalden vorausgesetzt wurde. Die USA nahmen mit ihrem Dollar eine weltweit vorherrschende Stellung im Bretton-Woods-System ein. Sie konnten ohne Rücksicht auf den Wechselkurs ihrer Währung schalten und walten wie sie wollten, das heißt sie konnten eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die sich nur an innenpolitischen Überlegungen orientierte, da sie nicht selbst für die Stabilität ihrer Währung zu sorgen hatten. Schließlich führte eine zu expansive amerikanische Wirtschaftspolitik, die eine Dollarschwemme erzeugte, zum Zusammenbruch des Systems. Die USA wandelten sich bis Ende der 60er Jahre von einer „weltweiten Wachstumsmaschine" zu einer „weltweiten Inflationsschleuder". Die internationalen Anleger verloren ihr Vertrauen in den Dollar und wechselten entweder in andere stabilere Währungen oder aber in Gold. So wurde die Bundesrepublik gezwungen, am 4. und 5. Mai 1971 zwei Milliarden US-Dollar gegen D-Mark aufzunehmen, woraufhin sie die weitere Inflation stoppte. Die USA konnten den garantierten Goldkurs schließlich nicht mehr halten und kündigten das System 1973 auf.

Seither haben wir ein System freier Wechselkurse mit partiellen Einschränkungen im europäischen Wirtschaftsraum, das mit Einführung des Euro zu einem fest fixierten Umtauschverhältnis zwischen den teilnehmenden europäischen Währungen geführt hat. Der Goldstandard ist praktisch aus der Diskussion um die Währungssicherheit verschwunden. Er wird von keiner Währung mehr garantiert. Im Gegenteil werden Goldreserven aufgelöst. So beispielsweise die Schweiz. Die Schweizer Notenbank besitzt Goldreserven von 2600 Tonnen, die in ihren Büchern zum historischen Wert von zwölf Milliarden Franken aufgeführt sind. Sie haben heute einen Marktwert von 39 Milliarden Franken. Bisher war gesetzlich vorgeschrieben, daß der Bargeldumlauf zu mindestens 40 Prozent in Gold gedeckt sein muß. Nun haben Nationalrat (Abgeordnetenhaus) und Ständerat (Länderkammer) der Schweiz ein Gesetz verabschiedet, wonach die Goldbindung auch verfassungsrechtlich aufgehoben wurde, und die Schweizer Nationalbank hat damit begonnen, mindestens die Hälfte ihres Goldes, das heißt 1 300 Tonnen, zu veräußern.

> Die Notenbanken lösen ihre Goldreserven auf – ein folgenschwerer Fehler?

(Schluß folgt)